



22 | 2008

61. Jg., 47.–48. KW, 27. November 2008

ifo Schnelldienst

Kommentar

Hartmut Schauerte

- Finanzmarktkrise: Können die Maßnahmen eine Kreditklemme verhindern?

Forschungsergebnisse

Wolfgang Meister

- Der neue Kinderzuschlag: Jetzt noch größerer Einkommensverlust an der oberen Einkommensgrenze

Daten und Prognosen

Christian Breuer

- Steuerschätzung: Mehreinnahmen trotz Rezession?
- ifo Branchen-Dialog 2008

Herbert Hofmann

- Werbekonjunktur: Aufschwung war gestern

Im Blickpunkt

Christoph Zeiner

- Brasilien: Daten und weltwirtschaftliche Verflechtung

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Chang Woon Nam,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Kommentar

Finanzmarktkrise: Können die Maßnahmen der Bundesregierung eine Kreditklemme der Unternehmen verhindern?

3

Für *Hartmut Schauerte*, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, ist es durchaus denkbar, dass »in einer Zeit wie heute, in der viele Kreditinstitute Verluste verkraften müssen, ihre Eigenkapitalunterlegung stärken und ihr Fremdkapital verkleinern müssen oder wollen, ... künftig die Ausreichung von Krediten wieder restriktiver gehandhabt wird«. Zwar gingen die meisten Beobachter davon aus, dass diejenigen Teile der Kreditwirtschaft, die ein starkes Einlagengeschäft haben, ihr Kreditangebot weitgehend stabil halten werden. Auch sei bekannt, dass sich die Sparkassen und die genossenschaftlichen Kreditinstitute traditionell ungleich stärker über die Einlagen der Kunden refinanzieren könnten als große Teile der Privatbanken und dass gerade sie es seien, die zusammen etwa rund 70% der Kredite für die kleinen und mittleren Unternehmen aufbringen. Für den weitaus größten Teil des Mittelstandes rechnet Schauerte auch in Zukunft nicht mit einer Kreditverknappung. Trotzdem sind aber, seiner Meinung nach, die Maßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes erforderlich, »um die Finanzwirtschaft in Deutschland zu stabilisieren, Vertrauen wieder herzustellen und Verluste durch staatliche Rekapitalisierungen auszugleichen ...«. Die Maßnahmen seien insgesamt geeignet, die Finanzinstitute in die Lage zu versetzen, ihre Kreditversorgung für die Unternehmen auf hohem Niveau aufrechtzuerhalten.

Forschungsergebnisse

Der neue Kinderzuschlag: Einige Verbesserungen – aber jetzt noch größerer Einkommensverlust an der oberen Einkommensgrenze

6

Wolfgang Meister

Am 1. Oktober 2008 trat das »Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes« in Kraft. Inhalt ist die Verbesserung des Kinderzuschlags. Die Bundesregierung erhofft sich, dass durch die Neugestaltung mehr als doppelt so viele Kinder und Familien erreicht werden wie bisher. Mit der Neufestlegung der Mindesteinkommensgrenze und einer Verminderung der Transferentzugsrate wurden zwei Schwachpunkte der alten Kinderzuschlagsregelung korrigiert. Allerdings gibt es an anderer Stelle eine deutliche Verschlechterung: Bei Erreichen des Höchsteinkommens sinkt nun das Haushaltseinkommen noch stärker ab als zuvor. Die Folge: Die Bereitschaft der Betroffenen, durch eigene Anstrengung von Sozialtransfers unabhängig zu werden, wird gehemmt.

Daten und Prognosen

Steuerschätzung: Mehreinnahmen trotz Rezession?

Gewerbesteuereinnahmen 2008 um 6 Mrd. € nach oben korrigiert

14

Christian Breuer

Auf seiner 132. Tagung hat der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« Mehreinnahmen für die Jahre 2008 und 2009 prognostiziert. Von einem krisenbedingten Einbruch der Staatseinnahmen kann gegenwärtig nicht gesprochen werden. Obwohl die Prognosen für das Wirtschaftswachstum reduziert werden, wird sogar ein höheres Steueraufkommen erzielt als noch im Mai erwartet. Allein die Gewerbesteuererinnahmen des Jahres 2008 werden voraussichtlich um 6 Mrd. € höher ausfallen als in der vorangegangenen Schätzung prognostiziert. Doch die Gewinnsteuern sind alles andere als krisenfest. Vielmehr handelt es sich zum großen Teil um zusätzliche Einnahmen aus den Vorjahren aufgrund von Veranlagungs- und Zahlungsverzögerungen. Mit zeitlicher Verzögerung wird die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Staatskasse treffen.

Am 22. Oktober 2008 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den achten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Nach einer Begrüßung durch den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Herrn Peter Driessen, ging Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, zunächst auf die aktuelle Konjunkturanalyse und -prognose sowie schwerpunktmäßig auf die Ursachen der Finanzmarktkrise ein. Anders als im Vorjahr stand diesmal der Branchen-Dialog im Zeichen eines weltweiten Konjunkturabschwungs. Die Wirtschaft in einer Reihe von Industrieländern droht in eine Rezession abzugleiten. Auch Deutschland ist davon betroffen. Zahlreiche negative Schocks haben bereits zu Jahresmitte eine Eintrübung des Konjunkturklimas bewirkt, und mit der Zuspitzung der Lage an den Finanzmärkten haben sich die Aussichten deutlich verschlechtert. Für das laufende Jahr ist zwar immer noch eine durchschnittliche Jahreswachstumsrate von 1,8% wahrscheinlich. Im nächsten Jahr ist im Jahresdurchschnitt aber bestenfalls mit einem kleinen Plus (0,2%) zu rechnen. Nachdem das Besondere an der jetzigen Situation die Kombination eines traditionellen Konjunkturabschwungs mit einer Finanzkrise ist, legte Sinn in seinem Referat den Schwerpunkt auf die Ursachen der Probleme im Finanzsektor. In ihrem Kern liegt die Ursache der Krise beim Rechtsinstitut der Haftungsbeschränkung, also dem Umstand, dass Gläubiger von Kapitalgesellschaften nicht auf das persönliche Eigentum der Inhaber dieser Gesellschaften zurückgreifen könnten. Im Anschluss an die Ausführung von ifo-Präsident Hans-Werner Sinn wurden in vier Brancheforen die konjunkturellen Tendenzen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen im Detail analysiert und diskutiert. Die Foren wurden jeweils durch eine Einführung von Experten des ifo Instituts eröffnet und die Themen danach durch Beiträge von externen Experten erweitert und vertieft. Den Abschluss der Konferenz bildete ein Vortrag von Michael Blatz, Partner Roland Berger Strategy. Er beschäftigte sich mit den Herausforderungen, die durch den Konjunkturabschwung an Unternehmen und Politik gestellt werden.

Werbekonjunktur: Aufschwung war gestern

52

Herbert Hofmann

Nur wenige Jahre lang hat sich die Werbebranche von dem erheblichen Wachstumseinbruch nach der Dotcom-Krise erholen können. Jetzt steht die konjunkturabhängige Werbung erneut vor einem Abschwung. 2009 wird ein schwieriges Jahr werden für die Werbemedien und die Werbetreibenden. Es ist mit einem Rückgang der Werbeinvestitionen von mindestens 1 bis 2% zu rechnen. Erstmals nach vier Jahren meldet die Branche, dass die Nachfrage nach Werbefachleuten wieder rückläufig sei. Die Umsätze der Werbeagenturen, die im Jahr 2007 durchschnittlich ein Wachstum von rund 4% verzeichnen konnten, werden zwar 2008 noch um rund 2% zulegen. Die Aussichten der Werbewirtschaft für das Jahr 2009 sind aber überwiegend düster. Die Signale aus den Marketingabteilungen deuten jedoch auf Zurückhaltung hin. Desgleichen hat sich das Geschäftsklima bei den Druckereien verschlechtert, was sehr stark auf einen einbrechenden Print-Werbe- markt zurückzuführen ist.

Im Blickpunkt

Ausgewählte Länder und ihre weltwirtschaftliche Verflechtung: Brasilien

55

Christoph Zeiner

Der vierte kurze Länderüberblick in der kleinen Reihe, die einige bedeutende Industrie- und Schwellenländer anhand wichtiger Globalisierungsindikatoren präsentiert, beschäftigt sich mit Brasilien. Die Darstellung beschränkt sich auf die Jahre ab 2001 bis zum aktuellen Rand.

Finanzmarktkrise: Können die Maßnahmen der Bundesregierung eine Kreditklemme der Unternehmen verhindern?

Reichen die Maßnahmen, die die Bundesregierung mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetzes beschlossen hat, aus, um eine drohende Kreditklemme zu verhindern?

Gute Chancen zur Vermeidung einer schwerwiegenden Kreditklemme

Ein Blick auf die Statistik zeigt: Bis zum dritten Quartal 2008 ist in Deutschland ein konstant starkes Wachstum der Unternehmenskredite gegenüber dem Vorjahr von über 10% zu verzeichnen gewesen. Nicht einmal ein Rückgang der Wachstumsrate war in den ersten drei Quartalen zu beobachten. Danach wäre die Frage nach vorhandenen Engpässen in der Kreditbereitstellung vordergründig schnell mit einem klaren »Nein« zu beantworten.

Bei genauerem Hinsehen stellt sich aber doch die Frage, ob das deutliche Kreditwachstum Ausdruck einer unverändert hohen Risikotragfähigkeit und -bereitschaft der Kreditinstitute ist. Bereits vor einiger Zeit erreichten uns Berichte aus den USA, dass viele Unternehmen, die ihre kurz laufenden Schuldverschreibungen (commercial papers) nicht mehr am Kapitalmarkt platzieren konnten, stärker auf ihre Refinanzierungslinien bei den Kreditinstituten zurückgriffen. Auch in Europa und Deutschland nutzen die Unternehmen inzwischen ihre Kreditlinien stärker als bisher. In einer Zeit wie heute, in der viele Kreditinstitute Verluste verkraften müssen, ihre Eigenkapitalunterlegung stärken und ihr Fremdkapital verkleinern müssen oder wollen, könnte es durchaus denkbar sein, dass künftig die Ausreichung von Krediten wieder restriktiver gehandhabt wird.

Zu beobachten war in den letzten Monaten bereits, dass die Kreditinstitute bei neu verhandelten Finanzierungen verschlechterte Konditionen anboten. Damit tragen sie der Erwartung Rechnung, dass die Ausfallquoten während des Konjunkturabschwungs steigen werden. Auch die erhöhten Risikoaufschläge in der eigenen Refinanzierung geben die Kreditinstitute damit weiter. Diese deutliche Verschär-

fung der Standards für Unternehmenskredite wird bei der Auswertung des »Bank Lending Survey« der EZB bereits für das dritte Quartal 2008 deutlich. Für das vierte Quartal 2008 erwarten die deutschen Banken weitere Verschärfungen.

Ein wichtiger Indikator sind für mich die Zuschriften, die ich als Parlamentarier und Staatssekretär erhalte. Bis vor wenigen Wochen war keine Häufung der Unternehmen festzustellen, die sich mit Finanzierungsschwierigkeiten an mich wandten. Zu jedem Zeitpunkt gibt es Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befinden oder die in einer Branche tätig sind, die von den Kreditinstituten negativ eingestuft wird. Dass in diesen Fällen das Finanzierungsangebot nicht der Nachfrage entspricht, ist kein Zeichen einer Kreditklemme, sondern eines normal funktionierenden Marktes.

Seit kurzer Zeit häufen sich allerdings Zuschriften von Unternehmen, die in der Vergangenheit keine Finanzierungsschwierigkeiten hatten und die eine sehr solide Vermögenssubstanz und ein gutes Rating aufweisen. In einigen dieser Fälle ist unzweifelhaft erkennbar, dass die Refinanzierungsrestriktionen des Kreditgebers der entscheidende Grund für die Angebotsverknappung sind; in anderen Fällen liegt zumindest die Vermutung sehr nahe.

Ein Kreditgeber überlegt sich sicher genau, ob eine Nicht-Verlängerung von Kreditzusagen seine Risikoposition verbessert. Gerade bei bilanziell schwachen Unternehmen kann die Nicht-Verlängerung eines Kredites für den Finanzierer bedeuten, dass er durch den Zusammenbruch des Unternehmens und die Verwertung der Sicherheiten einen erheblichen Schaden erleidet. Anders mag sich die Situa-



Hartmut Schauerte*

* Hartmut Schauerte ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

tion im Falle ausreichend vorhandener Sicherheiten darstellen. Wenn sich der Kreditgeber allerdings selbst in Schwierigkeiten befindet, kann dies ein Anreiz sein, gerade bei sehr soliden Unternehmen auf eine Rückzahlung zu drängen.

Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass diejenigen Teile der Kreditwirtschaft, die ein starkes Einlagengeschäft haben, ihr Kreditangebot weitgehend stabil halten werden. Es ist bekannt, dass die Sparkassen und die genossenschaftlichen Kreditinstitute sich traditionell ungleich stärker über die Einlagen der Kunden refinanzieren können als große Teile der Privatbanken. Gerade sie sind es, die zusammen etwa rund 70% der Kredite für die kleinen und mittleren Unternehmen aufbringen. Für den weitaus größten Teil des Mittelstandes rechne ich somit auch in Zukunft nicht mit einer Kreditverknappung.

Allerdings müssen wir die Angebotsengpässe in der Kapitalmarktfiananzierung und in Teilen der Kreditwirtschaft sehr ernst nehmen, zumal der Wettbewerb derzeit nur eingeschränkt dafür sorgt, dass Lücken geschlossen werden. Betroffen von dieser Angebotsverknappung wird vor allem der größere industrielle Mittelstand sein. Das sind häufig Unternehmen, von denen viele in den letzten Jahren ihre Abhängigkeit von Bankdarlehen abgebaut und verstärkt direkte Kapitalmarktfiananzierungen nachgefragt haben. Der Erfolg der Mezzaninangebote ist ein Beispiel für diese Umorientierung. Schuldscheindarlehen, aber auch die verstärkte Nutzung von Factoring und Leasing sind andere Beispiele.

Während das Mezzaninangebot, das zu großen Teilen von einem funktionierenden Verbriefungsmarkt abhing, schon seit über einem Jahr rückläufig ist, verknappt sich inzwischen auch das Angebot in den anderen Kapitalmarktsegmenten für Unternehmensfiananzierungen.

So haben beispielsweise die Warenkreditversicherer, mit denen Lieferanten das Risiko absichern können, dass der Belieferte nicht bezahlen kann, inzwischen nicht nur die Preise, sondern auch in großem Umfang die Eigenbehalte erhöht und die Absicherungsvolumina verringert. Es wird nicht zu vermeiden sein, dass diese Angebotsverknappung Auswirkungen haben wird auf die Fähigkeit und Bereitschaft der Unternehmen, Lieferantenkredite zu gewähren.

Da die Rückversicherer der Waren- und Dienstleistungskreditversicherer weitgehend identisch sind mit den Rückversicherern der Factoring-Anbieter, sind auch Verknappungen im Factoring-Markt wahrscheinlich. Am Beispiel des Factoring-Marktes ist erkennbar, dass in diesem Fall die Fähigkeit und Bereitschaft des Finanzsystems, dem Unternehmenssektor Risiken abzunehmen, auch konkrete Auswirkungen auf die Liquidität hat: Wenn die Ausfallrisiken

von Factoring-Fiananzierungen nicht mehr im bisherigen Umfang bei den Rückversicherern platzierbar sein sollten, versiegt auch die mit dem Factoring verbundene Liquiditätsgewährung.

Aus früheren Zyklen wissen wir, dass sich viele Unternehmen zunächst damit behelfen, dass sie ihre Verbindlichkeiten später bedienen, was in der Folge die Fiananzierungssituation bei den Gläubigern erschwert.

Auch aus dem Bereich der internationalen Handelsfiananzierungen gibt es punktuell beunruhigende Nachrichten. Ein Mangel an Akkreditiven, mit denen Banken Zahlungen im Handel garantieren, kann zu erheblichen Problemen und sogar zur Unterbrechung von Handelsströmen führen.

Anders als Kreditgeber, die meist nicht nur über einen Kredit mit einem Unternehmen verbunden sind, haben Warenkreditversicherer, Handelsfiananzierer, Factoring- und Leasing-Anbieter zudem bessere Möglichkeiten, ihr Angebot einzuschränken, ohne selbst einen Schaden zu erleiden. Das könnte deren Neigung erhöhen, im Zweifel lieber ihren Marktanteil aufzugeben, statt ihr Angebot aufrechtzuerhalten.

Ein frühzeitig aussagekräftiger Indikator für den Zustand der Fiananzwirtschaft ist auch die Bereitschaft, Projektfiananzierungen zu übernehmen. Größere Projektfiananzierungen werden traditionell durch Kapitalgeberkonsortien und weniger durch einzelne Kreditinstitute bereitgestellt. Auch wenn es in diesem Marktsegment in Deutschland noch keine eindeutigen Signale gibt, sind aus der Bauwirtschaft doch schon Stimmen zu vernehmen, dass das unzureichende Fiananzierungsangebot des Marktes Projekte gefährden kann.

Geeignetes Maßnahmenpaket

Vor dem Hintergrund dieser Situationsanalyse verfolgt die Bundesregierung mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz das Ziel, einer möglichen Kreditklemme der Unternehmen wirksam zu begegnen.

Ohne Zweifel waren und sind die Maßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes erforderlich, um die Fiananzwirtschaft in Deutschland zu stabilisieren, Vertrauen wieder herzustellen und Verluste durch staatliche Rekapitalisierungen auszugleichen, sofern sich den Finanzinstituten keine bessere private Alternative eröffnet. Das deutsche Rettungspaket sieht 400 Mrd. € für Garantien und 80 Mrd. € für die Bankenkaptalisierung vor, wobei die Inanspruchnahme dieses Eigenkapitalhilfe unter anderem an die Sicherstellung der Kreditvergabe gerade an kleine und mittlere Unternehmen gekoppelt ist. Die Maßnahmen sind damit insgesamt

geeignet, die Finanzinstitute in die Lage zu versetzen, ihre Kreditversorgung für die Unternehmen auf hohem Niveau aufrechtzuerhalten.

Kein einfach zu lösender Zielkonflikt

Es bleibt die individuelle Abwägung jedes Finanzinstituts, ob es von den staatlichen Angeboten Gebrauch macht. Manches Kreditinstitut hat die Finanzkrise bislang gut überstanden und sieht deshalb keinen Bedarf für eine staatliche Hilfe. Andere Institute haben erhebliche Abschreibungen zu verzeichnen und wollen durch eine Verkleinerung der Bilanzsumme – neudeutsch »deleveraging« – ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Es gibt noch keine gesicherten Erkenntnisse, ob und in welchem Umfang der Abbau von Aktiva auch den Bereich der Unternehmensfinanzierungen umfassen wird.

Natürlich hofft und erwartet die Politik, dass die Finanzinstitute ihre Bilanzrestrukturierungen mit Augenmaß vornehmen und dabei auch die Nachhaltigkeit der Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere auch der mittelständischen Wirtschaft, im Blick haben – wenn nicht aus volkswirtschaftlichen Gründen, dann zumindest aus einem langfristig orientierten Geschäftsinteresse heraus.

Für die Kreditinstitute ergibt sich allerdings ein nicht einfach zu lösender Zielkonflikt: Auf der einen Seite sollen sie ihr Kreditangebot möglichst nicht einschränken; auf der anderen Seite werden von ihnen höhere Kernkapitalquoten verlangt, um für die Zukunft »wetterfester« zu sein. Zudem signalisieren die Schwierigkeiten in der Realwirtschaft den Banken, dass bei Unternehmenskrediten auf absehbare Zeit mit steigenden Ausfallrisiken zu rechnen ist. Eine gewisse Zögerlichkeit bei der Vergabe neuer Kredite ist den Banken in dieser Situation nicht zu verdenken.

Stärkung der Instrumente der Förderfinanzierung

In der Bundesregierung bestand vor diesem Hintergrund schnell Einigkeit, dass in Ergänzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes die Instrumente der Förderfinanzierung gestärkt und erweitert werden müssen. Die zentrale Maßnahme zur Stärkung der Unternehmensfinanzierung im Anfang November vom Bundeskabinett beschlossenen Wachstumspaket ist eine 15 Mrd. Euro-Fazilität, die sich auch an größere Unternehmen mit in der Regel bis zu 500 Mill. € Gruppenumsatz richtet und die die Gewährung von Haftungsfreistellungen für die durchleitenden Kreditinstitute von bis zu 90% vorsieht. Auch Nachrangfinanzierungen sind möglich.

Die Finanzierungsförderung des Bundes und der Länder folgt dem Grundsatz, dass förderungsintensive Maßnahmen vor

allem jungen, kleinen und innovationsorientierten Unternehmen zugute kommen sollen. Größere, ältere und weniger innovationsorientierte Unternehmen können zwar auch günstige Förderfinanzierungen erhalten, dann aber zu (annähernd) marktmäßigen Preisen. An diesem Grundsatz wird auch im Fall der 15 Mrd. Euro-Fazilität festgehalten, indem für die Risikoübernahme und die bereitgestellte Liquidität marktgerechte Entgelte verlangt werden.

Für die Hausbanken der Unternehmen bietet das Programm bedarfsgerechte Möglichkeiten, sich über die KfW Liquidität zu beschaffen und gleichzeitig ihre Risikoexposition zu begrenzen.

Ergänzend zu diesem 15 Mrd. Euro-Plafonds wird das Förderangebot für innovationsintensive und auf den Klimaschutz orientierte Finanzierungen verbessert und das Kreditvolumen allein in 2009 um 2,8 Mrd. € ausgeweitet. Neben diesen Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung hat die Bundesregierung eine Reihe von Nachfrage stimulierenden und den Steuerbürger entlastenden Maßnahmen beschlossen, die die Haushalte von Bund und Länder mit rund 23 Mrd. € belasten werden und zusammen mit den ausgelösten Multiplikatoreffekten einen starken wirtschaftlichen Impuls zur Dämpfung des Konjunkturabschwungs erwarten lassen.

Wenn ich jetzt zur Ausgangsfrage zurückkomme, ob die Maßnahmen der Bundesregierung eine Kreditklemme der Unternehmen verhindern können, ist meine Antwort: Ohne die Maßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes und des Wachstumspakets wäre eine Kreditklemme für viele, insbesondere größere Mittelständler, sehr wahrscheinlich gewesen. Mit unseren Maßnahmen sind die Chancen, dass Deutschland von einer schwerwiegenden Kreditklemme verschont bleibt, dagegen deutlich gestiegen. Im Vergleich zum Euroraum fallen die Ergebnisse für Deutschland gegenwärtig weniger drastisch aus als in den anderen Ländern. In den kommenden Monaten wird sich der Prozess schärferer Kreditstandards und steigender Risikomargen fortsetzen. Wenn wir aus dem bisherigen Verlauf der Finanzkrise etwas gelernt haben, dann die Erkenntnis, dass sich die Krise als bedrohlicher herausgestellt hat, als viele Fachleute lange Zeit erwartet haben. Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung sorgfältig und ist handlungsfähig. Das Ausmaß der Krise wird allerdings letztlich davon abhängen, dass alle Beteiligten jetzt mit Augenmaß reagieren!

Der neue Kinderzuschlag: Einige Verbesserungen – aber jetzt noch größerer Einkommensverlust an der oberen Einkommensgrenze

6

Wolfgang Meister

Am 1. Oktober 2008 trat das »Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes« in Kraft (vgl. Bundesgesetzblatt 2008, 1854). Inhalt ist die Verbesserung des Kinderzuschlags. Die Bundesregierung erhofft sich, dass durch die Neugestaltung mehr als doppelt so viele Kinder und Familien erreicht werden wie bisher. In diesem Beitrag werden die Regelungen für den Bezug dieser Sozialleistung beschrieben und kommentiert sowie die Auswirkungen auf das Nettoeinkommen für einige Familientypen in Abhängigkeit vom Bruttolohn untersucht.

Zugleich mit der Einführung von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld als Grundsicherung für Arbeitsuchende und ihre Familienangehörigen wurde zum 1. Januar 2005 der Kinderzuschlag als eine neue Sozialleistung für bedürftige Familien eingeführt. Ziel war es, Eltern zu unterstützen, die zwar über ausreichendes Einkommen für den eigenen Bedarf verfügen, allein wegen der zusätzlichen Aufwendungen für ihr(e) Kind(er) aber dennoch auf Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld angewiesen wären. Die Bundesregierung erwartete sich damals von der Maßnahme, 150 000 Kinder und ihre Eltern dem Armutsrisiko zu entziehen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004a). Bis einschließlich 31. Dezember 2007 wurden insgesamt 994 000 Anträge auf Kinderzuschlag gestellt, von denen nur 122 000 bewilligt wurden (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008, 9), mehr als 87% der Anträge wurden also negativ beschieden. Der häufigste Grund für eine Ablehnung war die Unterschreitung der Mindesteinkommensgrenze (vgl. Deutscher Bundestag 2007, 7). Die Ausgaben für den Kinderzuschlag beliefen sich auf 103,5 Mill. € (2005), 138,6 Mill. € (2006) und 108,8 Mill. € (2007), wobei im Jahr 2007 in 36 000 Haushalten 100 000 Kinder gefördert wurden (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008, 10). Wenn sich die Erwartungen aus dem Gesetzentwurf, dass nach der Neuregelung 120 000 Kinder und 50 000 Familien zusätzlich vom Kinderzuschlag erreicht werden (vgl. Deutscher Bundestag 2008a, 1), erfüllen, bedeutet das mehr als eine Verdoppelung des bisherigen Niveaus.

Bisherige Regelung

Im Jahr 2006 wurden die alten Regelungen in einem Aufsatz vorgestellt und kom-

mentiert (vgl. Meister 2006, 12–20). Die Kernpunkte sollen noch einmal genannt werden:

Der Kinderzuschlag beträgt für jedes zu berücksichtigende Kind bis zu 140 € monatlich, im Falle mehrerer Kinder wird vom »Gesamtkinderzuschlag« als Summe der einzelnen Kinderzuschläge gesprochen. Um Kinderzuschlag zu erhalten, muss das Einkommen der Eltern bestimmte Anforderungen erfüllen. So gibt es eine Mindest- und eine Höchsteinkommensgrenze, und auch wenn diese eingehalten werden, kann es durchaus passieren, dass kein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht. Denn als zusätzliche Bedingung wird verlangt, dass durch die Zahlung des Kinderzuschlags Hilfebedürftigkeit nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Regelungen zur Grundsicherung für Erwerbsfähige, insbesondere Arbeitslosengeld II) vermieden wird. Das heißt, dass weder zusätzlich »aufstockendes« Arbeitslosengeld II bezogen werden kann, noch ist der Bezug von Kinderzuschlag möglich, wenn zwar die Höchsteinkommensgrenze für den Kinderzuschlag eingehalten wird, gleichzeitig aber das Einkommen für einen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen zu hoch ist. Das Mindest- bzw. Höchsteinkommen wird hierbei im Sinne des »zu berücksichtigenden Einkommens« (SGB II, § 11) unter Beachtung der Freibeträge bei Erwerbstätigkeit (SGB II, § 30) berechnet. Demnach sind vom Bruttoverdienst zunächst die entrichteten Steuern und Sozialbeiträge abzusetzen, vom Rest ist ferner abzuziehen:

- ein Grundfreibetrag von 100 € monatlich,
- für den Teil des Bruttomonatseinkommens, das 100 € übersteigt und nicht mehr als 800 € beträgt, 20%,

- für den Teil des Bruttomonatseinkommens, das 800 € übersteigt und nicht mehr als 1 200 € (für Kinderlose) bzw. 1 500 € (Hilfebedürftige mit mindestens einem Kind) beträgt, 10%.

Die Ermittlung des Bedarfs der Eltern (bzw. des Elternteils), die für die Festlegung der Einkommensgrenzen nötig ist, erfordert eine Aufteilung der Wohn- und Heizkosten auf die einzelnen Familienmitglieder, was mit Hilfe von Anteilen geschieht, die aus dem Existenzminimumbericht der Bundesregierung errechnet werden (§6a, Bundeskindergeldgesetz). Damit die Eltern (bzw. der Elternteil) den eigenen Lebensunterhalt aus dem Einkommen bestreiten können (kann), muss dieses mindestens so groß sein – so ist die Grenze im Kindergeldgesetz definiert – wie die Summe aus Regelleistung(en) des Arbeitslosengelds II einschließlich Mehrbedarfs (z.B. für Alleinerziehende mit kleinen Kindern) und den anteiligen Kosten für Unterkunft und Heizung. Miet- und Heizkosten werden dabei in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen angesetzt, sofern sie angemessen sind. Kein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, wenn das Einkommen der Eltern größer ist als die Summe aus Mindesteinkommen und ungemindertem Kinderzuschlag für alle Kinder (= Höchsteinkommen), weil dann das Elterneinkommen den gesamten Familienbedarf einschließlich des Kinderbedarfs deckt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004b, 5 und Bundeskindergeldgesetz, § 6a).

Wie bei vielen Transferleistungen üblich, wird mit steigender Einkommenshöhe auch der Kinderzuschlag vermindert. Übertrifft das »bereinigte Einkommen« das Mindesteinkommen, so wird der Kinderzuschlag (oder Gesamtkinderzuschlag) gekürzt. Für jede 10 €, um die das Mindesteinkommen übertroffen wird, wird die Transferleistung um 7 € gekürzt.

Anders als für Empfänger von Arbeitslosengeld II ist es für Empfänger von Kinderzuschlag möglich, zusätzlich Wohngeld zu beziehen, in den allermeisten Fällen haben Haushalte mit Anspruch auf Kinderzuschlag auch Anspruch auf Wohngeld.

Mehrere Schwachpunkte der alten Regelungen zum Kinderzuschlag wurden identifiziert (vgl. Meister 2006, 19, siehe auch Deutscher Bundestag 2007, 13):

- Sowohl die Untergrenze als auch die Obergrenze für das Einkommen führen zu sprunghaften Einkommensverläufen.
- Das kumulative Zusammentreffen der einkommensabhängigen Transferkürzungen beim Kinderzuschlag einerseits und beim Wohngeld andererseits führen zu Grenzbelastungen von überwiegend über 100%.
- Die Wirkung des Kinderzuschlags ist vom Alter des Kindes abhängig.

- Die Wirkung des Kinderzuschlags ist davon abhängig, ob das Kind (bzw. die Kinder) von nur einem oder von beiden Elternteilen aufgezogen wird (werden).

Neuregelung

Im Koalitionsvertrag vom November 2005 hatten sich die Parteien der Bundesregierung schon auf eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags verständigt. Konkrete Vorschläge für eine Reform kamen beispielsweise vom Deutschen Gewerkschaftsbund (2007, 6 f.) und zuletzt vom Bundesfamilienministerium (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008, 17 ff.). Die Bundesregierung legte im Frühjahr einen Gesetzentwurf vor, im Juni stimmte der Bundestag zu, und seit 1. Oktober sind die Neuregelungen in Kraft.

Wesentliche Änderungen sind eine Neugestaltung der Mindesteinkommensgrenze und eine Verringerung der Transferentzugsrate. Konkret wird nun als Mindesteinkommen ein (Brutto-)Einkommen von 600 € (Alleinerziehende) bzw. 900 € (Elternpaare) monatlich gefordert. Die Kürzung des Kinderzuschlags beträgt nun bei Überschreitung des »maßgebenden Betrags« (= Bedarf der Eltern, s.o.) je volle 10 € nur noch 5 € statt vorher 7 €.

Berechnungsmethode für das Haushaltseinkommen

Welche Haushalte von Familien mit Kindern profitieren nun von diesen Verbesserungen, und wie viel macht das aus? Um dieser Frage nachzugehen, wurden für eine Reihe von Haushaltstypen Modellrechnungen durchgeführt. Der zeitliche Bezugspunkt der Rechenergebnisse ist das vierte Quartal 2008. Um die Arbeits- und Transfereinkommen bestimmen zu können, müssen zunächst einige allgemeine Festlegungen und Annahmen getroffen werden. Diese sind insbesondere:

- In jedem Haushalt gibt es einen Erwerbstätigen, der eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausübt; außer Kindergeld und gegebenenfalls Wohngeld und Kinderzuschlag hat der Haushalt keine weiteren Einnahmen.
- Alleinerziehende Eltern haben Anspruch auf Mehrbedarf beim Lebensunterhalt im Rahmen der Grundsicherung¹, ein sonstiger Anspruch auf Mehrbedarf (als werdende Mutter, wegen Behinderung oder wegen einer medizinisch notwendigen kostenaufwendigen Ernährung) besteht nicht.
- Das Alter des Kindes bzw. der Kinder wird von Fall zu Fall gewählt, um den unterschiedlichen altersabhängigen Bestimmungen nach dem Wohngeldrecht und der Grundsicherung für Erwerbsfähige gerecht zu werden; für Kin-

¹ In Höhe von 36% der Regelleistung, vgl. § 21 SGB II.

Übersicht**Transferzahlungen für Kinder****Gegenüberstellung Grundsicherung und Kinderzuschlag**

| | Grundsicherung | Kinderzuschlag |
|---|---------------------------------------|-------------------|
| Regelleistung pro Kind monatlich (einschließlich Kindergeld, in €) | | |
| Kind unter 14 Jahren (Sozialgeld) | 211 | |
| Kind mit 14 bis 24 Jahren (Sozialgeld bzw. Arbeitslosengeld II) | 281 | |
| Kindergeld pro Kind monatlich (in €) | 154 ^{a)} | 154 ^{a)} |
| | wird mit der Regelleistung verrechnet | |
| Kinderzuschlag pro Kind monatlich (in €) | | bis zu 140 |
| Kosten für Unterkunft und Heizung (Anteil an den gesamten Kosten für Unterkunft und Heizung in %) | | |
| Alleinstehend mit 1 Kind | 24,47 | |
| Alleinstehend mit 2 Kindern | 39,32 | |
| Ehepaar mit 1 Kind | 16,80 | |
| Ehepaar mit 2 Kindern | 28,77 | |
| Ehepaar mit 3 Kindern | 37,73 | |
| Wohngeld | kein Anspruch | individuell |

^{a)} Für die ersten drei Kinder, für das vierte und jedes weitere Kind 179 €.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

der ab 15 Jahren ist unterstellt, dass sie noch zur Schule gehen.

- Die Steuerabzüge vom Lohn erfolgen für Ehepaare nach Lohnsteuerklasse III, für Alleinerziehende nach Lohnsteuerklasse II; außerdem werden Kinderfreibeträge nach der Anzahl der Kinder berücksichtigt und Kirchensteuer entsprechend dem bayerischen Kirchensteuersatz (8%) abgeführt.
- Die Beiträge zur Sozialversicherung richten sich nach den gegenwärtigen Beitragssätzen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitnehmeranteil 9,95%), der sozialen Pflegeversicherung (0,975%), der Arbeitslosenversicherung (1,65%) und dem durchschnittlichen Satz in der gesetzlichen Krankenversicherung (7,93% im Oktober 2008).
- Die Haushalte haben jeweils typische Aufwendungen für Wohn- und Heizbedarf. Als Referenzgröße werden hier die durchschnittlichen Ausgaben für Kaltmiete und für Heizkosten von Sozialhilfeempfängerhaushalten angesetzt, wie sie im dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung genannt sind.²
- Die Kaltmiete liegt jeweils unter den örtlichen Höchstbeträgen nach den Wohngeldtabellen.³ Das Wohngeld wird nach den derzeit geltenden Bestimmungen errechnet. Das Vorziehen der Wohngelderhöhung vom Januar 2009 auf den Oktober 2008 in Form einer Einmalzahlung⁴ wird in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

² Vgl. Deutscher Bundestag (2008b, 202). Die dort zum Stand Januar 2008 ausgewiesenen Werte wurden bis zum Stand September 2008 fortgeschrieben mit der Preisentwicklung von Wohnungsmieten bzw. von Strom, Gas und anderen Brennstoffen aus der Verbraucherpreisstatistik (Statistisches Bundesamt 2008, 21 und 23).

³ Nach der ortsüblichen Miethöhe werden im Wohngeldgesetz die Gemeinden in sechs Stufen eingeteilt, außerdem ist die zuschussfähige Miete davon abhängig, wann der Wohnraum bezugsfertig wurde.

⁴ Vgl. Bundesregierung (2008). Auch wenn die Zahlung de facto für das vierte Vierteljahr 2008 gelten soll, so wird sie doch erst im Jahr 2009 erfolgen. Zudem sind noch nicht alle Details bekannt und darüber hinaus eine Zustimmung des Bundesrats nötig.

Die Berechnungen zielen auf das Monatseinkommen ab, das Bruttoarbeitseinkommen wird jeweils mit einer Schrittweite von 50 € dargestellt.

Rechenergebnisse für unterschiedliche Haushaltstypen

Da der Kinderzuschlag grundsätzlich als Alternative zur Abhängigkeit von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II gedacht ist, wird bei den Berechnungen das Haushaltseinkommen mit Kinderzuschlag verglichen mit dem Haushaltseinkommen bei Bezug von Grundsicherungsleistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld). Zusätzlich wird noch ein Vergleich mit den bis September 2008 geltenden Regelungen zum Kinderzuschlag angestellt. Einen ersten Überblick über die einzelnen monatlichen kinderbezogenen bzw. haushaltsrelevanten Transferleistungen im Rahmen der Grundsicherung bzw. des Kinderzuschlags gibt die Übersicht.

Für die Aufteilung der Kosten für Unterkunft und Heizung auf Eltern und Kinder eines Haushalts sind hierbei die Anteile aus dem sechsten Existenzminimumbericht der Bundesregierung entnommen. Aus der Übersicht wird deutlich, dass die Regelleistung für Kinder deutlich höher ist als der Kindergeldbetrag und darüber hinaus noch altersabhängig ist. Zu errechnen ist auch, dass der Kinderzuschlag für Familien dann wirkungsvoller ist, wenn die Miete und/oder die Heizkosten niedrig sind. Belaufen sich z.B. diese Aufwendungen im Haushalt eines Ehepaares mit einem achtjährigen Kind auf 445 € monatlich, so ergibt die Gegenüberstellung im Falle der Grundsicherung 285,76 € (16,80% von 445 € sind 74,76 €, hinzu kommen 211 € an Grundbedarf für das Kind) an Transfers, im Falle des ungekürzten Kinderzuschlages sind es hingegen 294 €, also erhält diese Fa-

milie schon ohne Wohngeld eine Einkommensaufbesserung um 8,24 €. Beträgt die Warmmiete aber 602 €, dann ergibt sich folgendes Bild: 312,14 € für die Grundsicherung (211 € Regelleistung plus 101,14 € Anteil des Kindes an der Warmmiete) stehen 294 € für den Kinderzuschlag gegenüber, also 18,14 € weniger. Ohne Wohngeld wäre die Familie also weiterhin auf die Grundsicherung mit Arbeitslosengeld II und Sozialgeld angewiesen (die durchschnittliche Warmmiete für diesen Haushaltstyp liegt übrigens mit 524 € genau in der Mitte dieser Spanne). Allerdings ist bei niedrigerer Miete auch der Wohngeldanspruch geringer, was dann im Gesamtergebnis die Unterschiede verringert (siehe unten).

Was man nicht auf den ersten Blick erkennen kann, ist die Tatsache, dass – gleiche Zahl an Kindern vorausgesetzt – der maximale Einkommenszuwachs bei Alleinstehenden geringer als bei Ehepaaren ist. Das liegt darin begründet, dass Haushalte von Alleinerziehenden in der Grundsicherung implizit einen höheren Transfer für das Kind bzw. die Kinder erhalten als Ehepaare. Zur Verdeutlichung sollen folgende Beispiele dienen: Bei Haushalten mit einem Kind unter 14 Jahren und durchschnittlichen Miet- und Heizaufwendungen (das sind bei Alleinerziehenden 451 €, beim Ehepaar 524 €) beträgt der Grundsicherungstransfer für das Kind bei Alleinstehenden 321,36 € (211 € Sozialgeld plus 24,47% von 451 €, also 110,36 €), während es beim Ehepaar mit 299,03 € (211 € Sozialgeld plus 16,80% von 524 €, also 88,03 €) gut 20 € weniger sind. Für Haushalte mit zwei Kindern unter 14 Jahren ist das Ergebnis so: Bei Alleinerziehenden beläuft sich die Grundsicherungsleistung für die Kinder auf 628,04 € ($2 \cdot 211$ € plus 39,32% von 524 €, also 206,04 €), bei Ehepaaren auf 589,73 € ($2 \cdot 211$ € plus 28,77% von 583 €, also 167,73 €), somit auch wieder je Kind rund 20 € weniger.

Die Absenkung des erforderlichen Mindesteinkommens hat zur Folge, dass Anspruch auf Kinderzuschlag nun zum Teil schon bei einem spürbar niedrigeren Bruttoeinkommen eintritt als zuvor. Zum Beispiel konnten Ehepaare mit zwei Kindern (bis 14 Jahren) vorher erst mit einem Einkommen von monatlich 1 750 € brutto den Schwellenwert überspringen, während nun bereits 1 500 € brutto ausreichen (vgl. Abb. 4.1 oben, im Anhang). Bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern (unter zwölf Jahren) ist es noch deutlicher: Ein Bruttomonats-einkommen von 1 150 € reicht nun aus, um von der Grundsicherung unabhängig zu sein, bis September wären 1 550 € nötig gewesen (vgl. Abb. 2.1 oben). Das Haushaltseinkommen erhöht sich hierdurch monatlich immerhin um rund 130 € (oder gut 6½%) bei Ehepaaren mit zwei Kindern unter 14 Jahren und 1 700 € Bruttolohn bzw. um mehr als 90 € (oder knapp 5½%) bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern unter zwölf Jahren und einem Bruttoarbeitsverdienst von 1 500 € (vgl. Abb. 2.1 unten und 4.1 unten). Allerdings können Einkind-Familien von der reduzierten Mindesteinkommensgrenze kaum profitieren (vgl. Abb. 1 und 3).

Durch die verminderte Kürzung der Leistung bei Überschreiten des maßgebenden Einkommens gibt es nun in der Regel auch mit steigendem Bruttoeinkommen ein kontinuierlich wachsendes Nettoeinkommen. Zu konstatieren ist freilich, dass Alleinerziehende insgesamt eine höhere Grenzbelastung zu tragen haben als Ehepaare (siehe z.B. den Anstieg der roten Kurve in der Abb. 2.1 oben im Vergleich zur Abb. 4.1 oben), was allerdings am stärkeren Steuerabzug wegen der Lohnsteuerklasse (Splittingvorteil der Ehepaare) und nicht an den Bestimmungen des Kinderzuschlags liegt. Der geringere Transferentzug macht sich natürlich bei allen Familientypen bemerkbar, der maximale Zugewinn durch diese Komponente gegenüber dem alten Kinderzuschlag kann 20% des (Gesamt-)Kinderzuschlags betragen, also pro Kind 28 € monatlich.⁵ So kann das Ehepaar mit drei Kindern unter 14 Jahren und einem Bruttolohn von 2 350 € jetzt 82 € mehr an Kinderzuschlag erhalten als zuvor (vgl. Abb. 5 unten).

Im Gegensatz zur unteren Einkommensgrenze wurde durch die Neuregelung die obere nicht korrigiert. Die meisten einkommensabhängigen Sozialleistungen werden mit steigendem Einkommen kontinuierlich vermindert, bis sie (nahezu) ganz abgebaut sind – beim Wohngeld und bei der Ausbildungsförderung gibt es z.B. eine Bagatellgrenze von 10 € monatlich.⁶ Demgegenüber ist beim Kinderzuschlag ein Höchsteinkommen festgelegt worden, wer dieses übertrifft, geht vollkommen leer aus. Die Einkommenshöchstgrenze ist festgesetzt als Summe aus elterlichem Bedarf und dem Gesamtkinderzuschlag. Da bei diesem Grenzwert aber immer noch Anspruch auf den halben (Gesamt-)Kinderzuschlag besteht, heißt das, dass bei Überschreiten des Betrages das Nettoeinkommen abrupt sinkt.⁷ Implizit bewirkt die Absenkung der Transferentzugsrate im Rahmen der Neuregelung hier sogar eine spürbare Verschlechterung. Denn bisher belief sich der Restanspruch bei Erreichen der Höchsteinkommensgrenze nur auf 30% des Kinderzuschlags, weil die Minderungsrate auf 70% festgesetzt war. Damit ist der Umkippeffekt bei dieser Einkommensschwelle noch viel größer geworden. Das Beispiel eines Ehepaares mit zwei Kindern unter 14 Jahren soll die Größenordnung dieses Problems verdeutlichen: Führt ein sozialversicherungspflichtiges Bruttomonatseinkommen von 2 100 € unter Berücksichtigung der gesetzlichen Lohnabzüge sowie der Transfers Kindergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag zu einem verfügbaren Haushaltseinkommen von 2 178,06 €, so sind es bei 2 150 €

⁵ Nach der alten Regelung wurde bei Erreichen des Höchsteinkommens der (Gesamt-)Kinderzuschlag um 70% gekürzt, jetzt sind es noch 50%.

⁶ Vgl. Wohngeldgesetz, Anlage 3 bis 7 und Bundesausbildungsförderungsgesetz, § 51.

⁷ Für ein Kind beträgt der Kinderzuschlag maximal 140 €, die Höchsteinkommensgrenze ist also um 140 € größer als das maßgebliche Einkommen. Je volle 10 €, die das zu berücksichtigende Einkommen das maßgebliche Einkommen übertrifft, vermindert sich der Kinderzuschlag um 5 €. Wird also das maßgebliche Einkommen um exakt 140,00 € übertroffen, so beträgt die Kürzung $14 \cdot 5 = 70$ €, der Kinderzuschlag beläuft sich also noch auf 70 €. Wird das maßgebliche Einkommen aber um 140,01 € überschritten, entfällt der Kinderzuschlag ganz, der Familie geht mit einem Mehrverdienst von nur einem Cent somit 70 € an Nettoverdienst verloren.

brutto nur noch 2 041,48 €, also 6,3% weniger, weil der Kinderzuschlag nun entfällt. Selbst wenn der Alleinverdiener sein Einkommen von 2 100 auf 2 500 steigert – immerhin um 19% – ist das Haushaltseinkommen netto um 4,85 € monatlich niedriger als zuvor (vgl. Abb. 4.1 oben).

In zwei Beispielfällen – Alleinerziehende mit zwei Kindern und Ehepaare mit zwei Kindern – wurde auch der Einfluss des Alters der Kinder untersucht (vgl. die Unterschiede in den Abb. 2.1 und 2.2 bzw. 4.1 und 4.2). Um den Anspruch auf Mehrbedarf im Fall der alleinerziehenden Person zu bewahren, ist in diesem Fall das Alter des älteren Kindes auf unter 16 Jahre begrenzt. Es zeigt sich, dass wie schon bei der alten Regelung Eltern von Kindern ab 14 Jahren weniger vom Kinderzuschlag profitieren können als Eltern kleinerer Kinder. Dies hat seine Ursache in der nach dem Alter gestaffelten Regelleistung des Sozialgeldes (siehe Übersicht), die älteren Kindern einen höheren Bedarf zumisst, während die Höhe des Kinderzuschlags (wie auch des Kindergeldes) nicht altersabhängig ist.⁸

Ergänzende Berechnungen mit Miet- und Heizkosten, die vom durchschnittlichen Wert um bis zu 30% nach unten oder oben abweichen, ergaben für alle betrachteten Haushaltstypen im Großen und Ganzen die gleichen Effekte wie in den Abbildungen dargestellt. Unterdurchschnittliche Kosten für Unterkunft und Heizung führen dazu, dass der Bedarf des Haushaltes geringer ist und dementsprechend auch die Grundsicherungsleistung niedriger. Dies hat zur Folge, dass der (Brutto-)Einkommensbereich, in dem der Kinderzuschlag greift, hin zu kleineren Einkommen verschoben ist. Umgekehrt wird bei überdurchschnittlichen Aufwendungen für die Warmmiete der Effekt auf der Einkommensskala nach rechts verschoben. Ein Teil der Kostendifferenz wird durch das Wohngeld ausgeglichen. So erhält ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren und einer monatlichen Kaltmiete von 579 € (120% des Mittelwertes) bei einem Brutto-lohn von 1 950 € monatlich 175 € an Wohngeld, während es bei einer Miete von 386 € (80%) und gleichem Einkommen nur 83 € sind.

Fazit und Ausblick

Mit der Neufestlegung der Mindesteinkommensgrenze und einer Verminderung des Transferentzugs sind zwei Schwachpunkte der alten Kinderzuschlagsregelungen korrigiert worden. Allerdings gab es an anderer Stelle eine deutliche Verschlechterung: Bei Erreichen des Höchst-

⁸ Zusätzliche kleine Differenzen im Haushaltseinkommen von Alleinerziehenden resultieren aus dem Wohngeldanspruch, denn die Vorschriften zur Einkommensanrechnung sehen bei dieser Sozialleistung für Alleinerziehende einen Freibetrag von 50 € monatlich für jedes Kind unter zwölf Jahren vor. Dies führt zu einem monatlich um ca. 10 bis 15 € geringeren Wohngeld, sobald ein Kind das zwölfte Lebensjahr vollendet.

kommens sinkt nun das Haushaltseinkommen noch stärker ab als zuvor. Derartige Einkommensverläufe hemmen die Bereitschaft der Betroffenen, durch eigene Anstrengungen von Sozialtransfers unabhängig zu werden. In dieser Hinsicht ist also auch die Neuregelung des Kinderzuschlages fehlerhaft konstruiert.

Ein Kombilohnmodell, das die relevanten Sozialleistungen zusammenführt und durch eine Grenzbelastung von knapp über 70% auch spürbare Anreize zur Einkommenssteigerung setzt, hat das ifo Institut vorgelegt (vgl. Sinn et al. 2006, 6 ff.). Eckpfeiler dieses unter dem Stichwort »Aktivierende Sozialhilfe« vorgestellten Konzeptes sind:

- die Zahlung von Lohnzuschüssen im Niedriglohnbereich und eine deutlich verminderte Transferentzugsrate,
- die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten in den Kommunen, die ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten für alle diejenigen, die keinen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft finden können,
- eine Reduzierung der Regelleistungen der Grundsicherung für erwerbsfähige Personen, die keine Beschäftigung aufnehmen.

Im Jahr 2009 soll eine Reihe von Änderungen in Kraft treten, die sich auf das Einkommen von Familien auswirken (können). Zu erwähnen sind insbesondere die Anhebung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags, die Wohngelderhöhung, die Festsetzung eines einheitlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung und die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Einige dieser Maßnahmen sind bereits beschlossen, andere befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren. Außerdem wird in Kürze der siebente Existenzminimumbericht vorgelegt werden, der graduelle Veränderungen bei der Aufteilung des Haushaltsbedarfs auf Erwachsene und Kinder erbringen wird. Wie sich durch all dies das verfügbare Haushaltseinkommen verändert, wird dann an dieser Stelle wieder dargestellt und kommentiert.

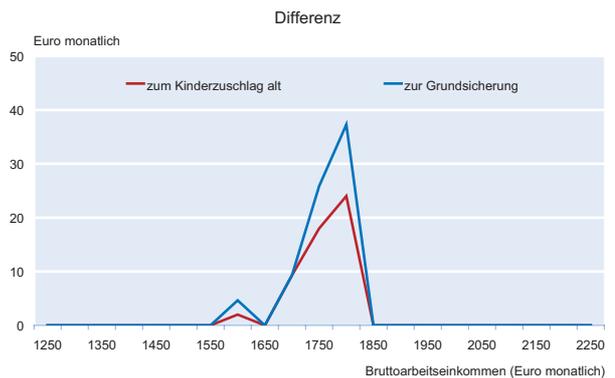
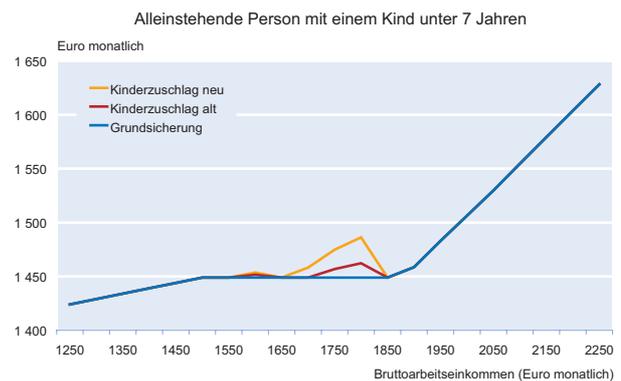
Literatur

- Bundesgesetzblatt (2008), Jahrgang 2008 Teil I, 30. September 2008, S. 1854.
 Bundesausbildungsförderungsgesetz,
http://www.gesetze-im-internet.de/baf_g/index.html.
 Bundeskindergeldgesetz,
http://www.gesetze-im-internet.de/bkkg_1996/index.html.
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004a), »Kinderzuschlag macht 150 000 Kinder unabhängig von Arbeitslosengeld II«, Pressemitteilung vom 9. August.
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004b), A bis Z zum Kinderzuschlag.
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008), Dossier Kinderzuschlag.
 Bundesministerium für Gesundheit (2008), Gesetzliche Krankenversicherung – Mitglieder, mitversicherte Angehörige, Beitragssätze und Krankenstand, Monatswerte Januar–Oktober 2008.
 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008), Wohngeld 2008, Ratschläge und Hinweise.

Bundesregierung (2008), Wohngeldgesetz wird vorgezogen, Pressemitteilung vom 15. Oktober.
 Deutscher Bundestag (2006), Drucksache 16/3265.
 Deutscher Bundestag (2007), Drucksache 16/4670.
 Deutscher Bundestag (2008a), Drucksache 16/8867.
 Deutscher Bundestag (2008b), Drucksache 16/9915.
 Deutscher Gewerkschaftsbund (2007), Reformierter Kinderzuschlag kann Kinderarmut und Hartz IV-Bedürftigkeit von Familien vermeiden.
 Familienkasse (2008a), Merkblatt Kinderzuschlag.
 Familienkasse (2008b), Informationen zum Kinderzuschlag, Die wichtigsten Neuerungen ab 2008.
 Meister, W. (2006), »Der Kinderzuschlag für Geringverdiener – ein Beispiel für mangelhafte Abstimmung im deutschen Transfersystem«, *ifo Schnelldienst* 59(16), 12–20.
 Sinn, H.-W., C. Holzner, W. Meister, W. Ochel und M. Werding (2006), »Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohnmodell des ifo Instituts«, *ifo Schnelldienst* 59(2), 6–27.
 Sozialgesetzbuch Zweites Buch
 (http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/index.html).
 Statistisches Bundesamt (2008), Fachserie 17, Reihe 7 Preise, Verbraucherpreisindizes für Deutschland, September 2008.
 Wohngeldgesetz, http://www.gesetze-im-internet.de/wogg_2/index.html.

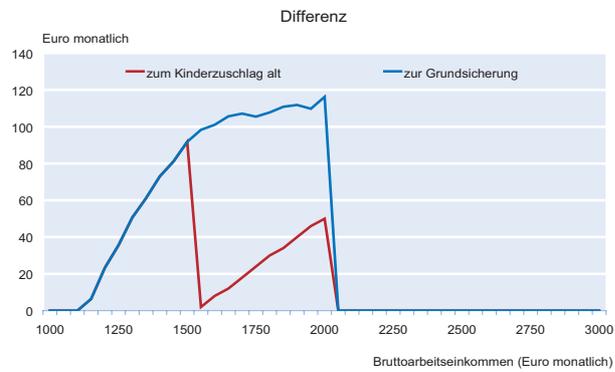
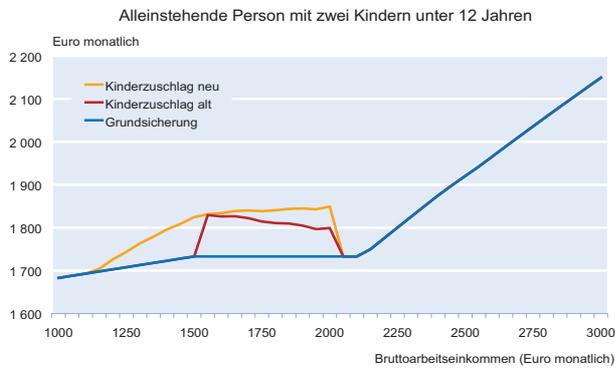
Anhang:
Der neue Kinderzuschlag

Abb. 1
Haushaltsnettoeinkommen



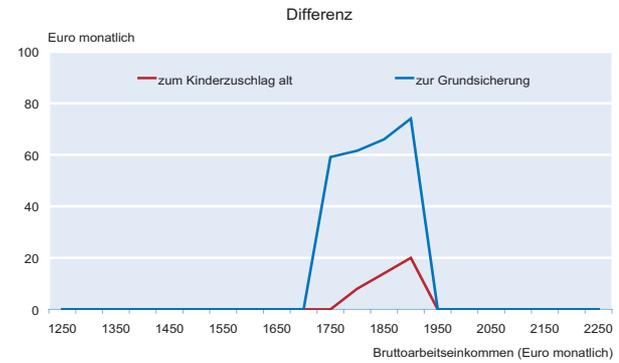
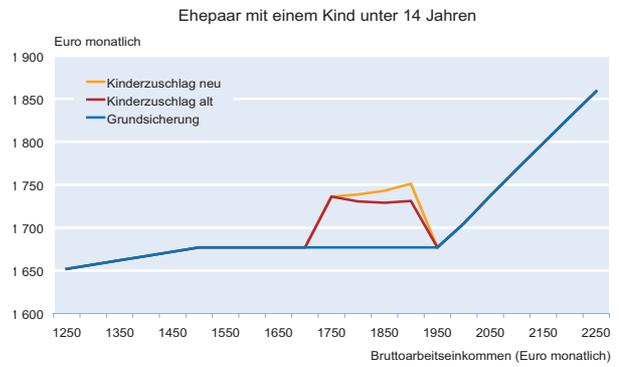
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.1
Haushaltsnettoeinkommen



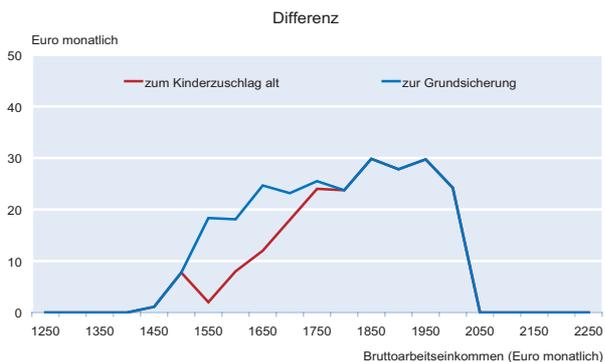
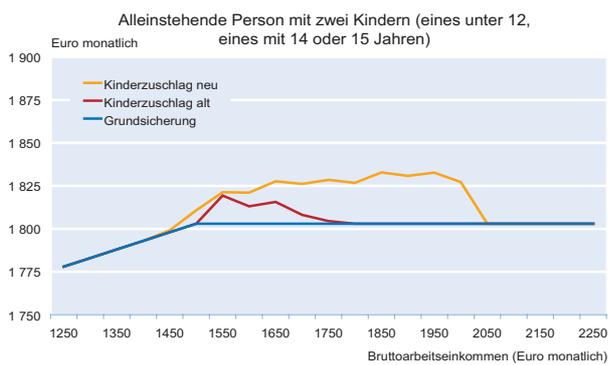
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Haushaltsnettoeinkommen



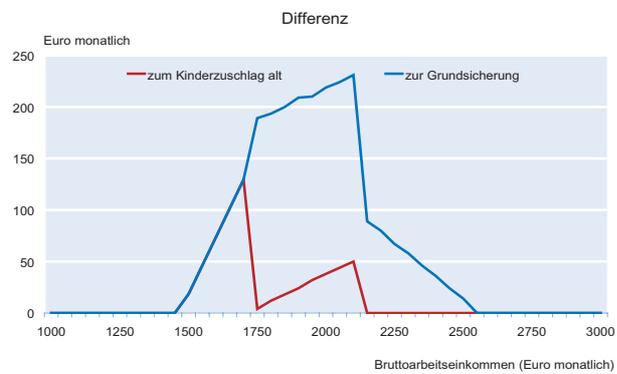
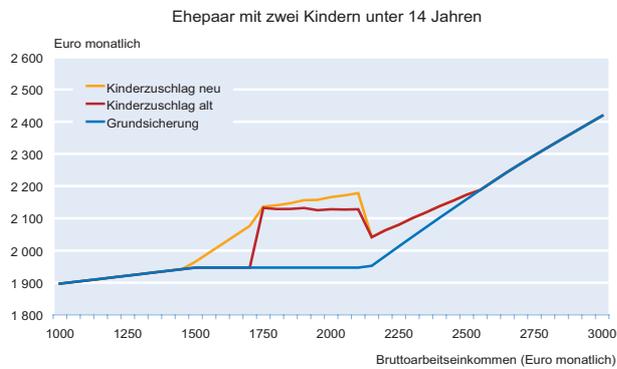
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.2
Haushaltsnettoeinkommen



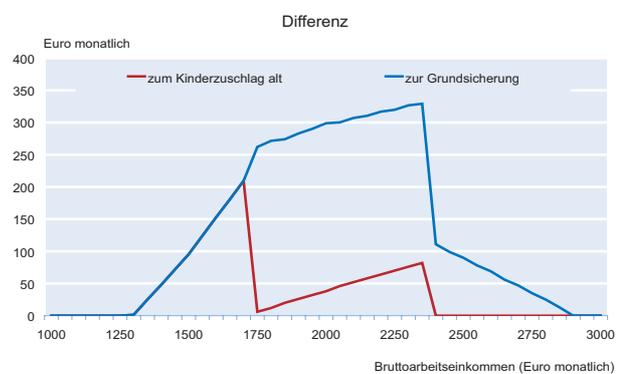
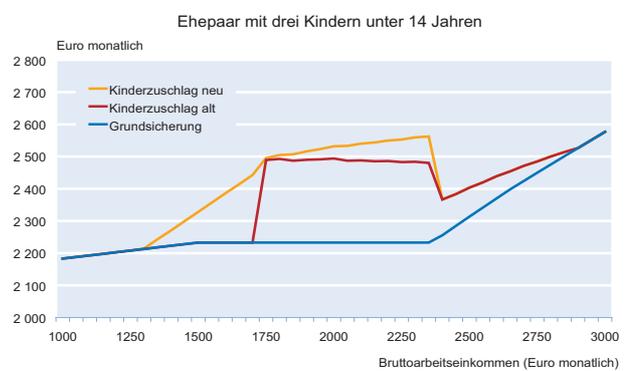
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4.1
Haushaltsnettoeinkommen



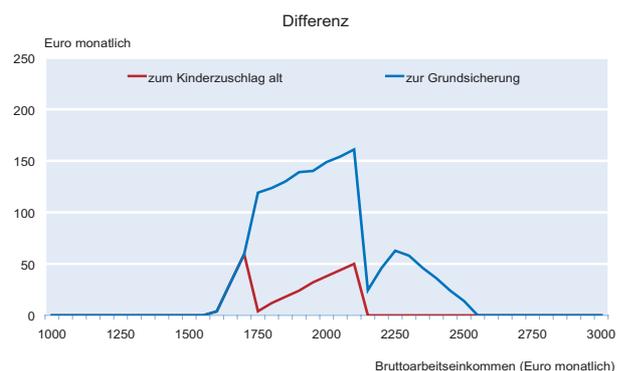
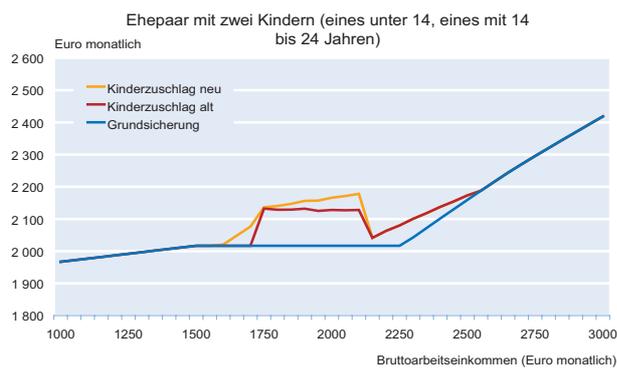
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5
Haushaltsnettoeinkommen



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4.2
Haushaltsnettoeinkommen



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Steuerschätzung: Mehreinnahmen trotz Rezession?

Gewerbesteuereinnahmen 2008 um 6 Mrd. € nach oben korrigiert

14

Christian Breuer

Auf seiner 132. Tagung hat der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« Mehreinnahmen für die Jahre 2008 und 2009 prognostiziert. Von einem krisenbedingten Einbruch der Staatseinnahmen kann gegenwärtig nicht gesprochen werden. Obwohl die Prognosen für das Wirtschaftswachstum reduziert werden, wird sogar ein höheres Steueraufkommen erzielt als noch im Mai erwartet. Allein die Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2008 werden voraussichtlich um 6,0 Mrd. € höher ausfallen als in der vorangegangenen Schätzung prognostiziert. Doch die Gewinnsteuern sind alles andere als krisenfest. Vielmehr handelt es sich zum großen Teil um zusätzliche Einnahmen aus den Vorjahren aufgrund von Veranlagungs- und Zahlungsverzögerungen. Mit zeitlicher Verzögerung wird die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Staatskasse treffen.

Prognose und Aufkommensentwicklung

Trotz der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat der Arbeitskreis Steuerschätzungen während der letzten Sitzung am 4. und 5. November in Hildesheim die Prognosen für das Steueraufkommen der Jahre 2008 und 2009 nach oben korrigiert. Insgesamt steigt das Steueraufkommen von 538,2 Mrd. € im Jahr 2007 auf 561,8 Mrd. bzw. 572,0 Mrd. € in den Jahren 2008 und 2009. Besonders aufkommensstark entwickelt sich dabei die Lohnsteuer, die aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung und der kalten Progression in beiden Jahren um etwa 10 Mrd. € steigt (vgl. Tab. 1). Im Vergleich zur letzten Schätzung vom Mai werden im Jahr 2008 insgesamt etwa 7,35 Mrd. € höhere Steuereinnahmen erwartet. Auch für das Jahr 2009 wird die Schätzung um 0,96 Mrd. € erhöht.

Der Arbeitskreis schätzt in der Regel auf Basis des geltenden Rechts. Ausdrücklich vorgesehene, aber noch nicht verabschiedete Änderungen des Steuerrechts bleiben dabei im Allgemeinen unberücksichtigt. So wurde in diesem Fall die Erhöhung des Kindergeldes¹, bzw. der Kinderfreibeträge, sowie eine Änderung des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts und anderer steuerlicher Sondervergünstigungen, die im Rahmen des Maßnahmenpakets »Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung« beschlossen

worden sind, nicht in der Schätzung berücksichtigt. Im Rahmen des Maßnahmenpaketes werden insbesondere durch geänderte Abschreibungsregeln, den Sonderausgabenabzug von Handwerkerleistungen und die Kfz-Steuerbefreiung für Neuwagen Mindereinnahmen in Höhe von 2,56 Mrd. € erwartet (vgl. Bundesministerium der Finanzen, BMF, 2008a). Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird der Prognoseansatz für das Jahr 2009 nicht zu halten sein.

Änderungen der Prognose im Vergleich zur Mai-Schätzung

Der Schätzansatz des Arbeitskreises basiert auf den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der Herbstprojektion der Bundesregierung. Hiernach beträgt die erwartete Entwicklung des nominalen BIP mit 3,0 bzw. 2,0% für die Jahre 2008 und 2009 konjunkturbedingt 0,4 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger als noch im Mai erwartet wurde.

Die weiterhin positive Entwicklung der Steuereinnahmen trotz einer sich inzwischen deutlich abzeichnenden Rezession ist begründungsbedürftig. Doch durch eine Vielzahl von Effekten wirken sich konjunkturelle Abschwünge erst verzögert auf die Staatseinnahmen aus. So folgt der Arbeitsmarkt nur verzögert dem konjunkturellen Verlauf und entwickelt sich im Jahr 2008 besser, als es die konjunkturelle Situation vermuten lassen würde. Lohnabhängige Steuern und Abgaben entwickeln sich deshalb weiterhin positiv. Allerdings wurden diese Steuern bereits in der Prognose vom Mai schon als

¹ Das von Arbeitgebern und Familienkassen gezahlte Kindergeld wird für die Steuerschätzung auf die Lohnsteuer angerechnet. Somit wird ein höheres Kindergeld auch das Lohnsteueraufkommen im Jahr 2009 beeinträchtigen.

Tab. 1
Steuereinnahmen in Mill. €, 2008 und 2009 Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung

| Steuereinnahmen in Mill. € | | | AKS Mai 2008 | | AKS November 2008 | |
|------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|----------------|
| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2008 | 2009 |
| 1. Gemeinsch. Steuern | 329 302 | 374 334 | 394 055 | 408 177 | 395 890 | 407 488 |
| Lohnsteuer | 122 612 | 131 773 | 141 700 | 151 300 | 141 800 | 151 550 |
| Veranl. Einkommensteuer | 17 566 | 25 027 | 30 050 | 26 650 | 32 450 | 30 450 |
| Nicht veranl. Ertragsteuern | 11 904 | 13 791 | 14 630 | 19 365 | 14 950 | 17 390 |
| Abgeltungssteuer | 7 633 | 11 178 | 12 635 | 10 852 | 13 590 | 11 758 |
| Körperschaftsteuer | 22 898 | 22 929 | 18 840 | 19 810 | 17 250 | 16 190 |
| Steuern vom Umsatz | 146 688 | 169 636 | 176 200 | 181 200 | 175 850 | 180 150 |
| dar: Umsatzsteuer | 111 318 | 127 522 | 132 450 | 136 200 | 130 500 | 133 650 |
| Einfuhrumsatzsteuer | 35 370 | 42 114 | 43 750 | 45 000 | 45 350 | 46 500 |
| 2. Bundessteuern | 84 215 | 85 690 | 86 631 | 87 251 | 86 188 | 86 538 |
| Energiesteuer | 39 916 | 38 955 | 39 900 | 40 250 | 39 500 | 39 550 |
| Stromsteuer | 6 273 | 6 355 | 6 350 | 6 350 | 6 200 | 6 200 |
| Tabaksteuer | 14 387 | 14 254 | 13 420 | 13 340 | 13 400 | 13 450 |
| Branntweinsteuer | 2 160 | 1 959 | 2 160 | 2 160 | 2 130 | 2 130 |
| Versicherungsteuer | 8 775 | 10 331 | 10 400 | 10 400 | 10 450 | 10 450 |
| Kaffeesteuer | 973 | 1 087 | 1 000 | 1 000 | 1 000 | 1 000 |
| Schaumweinsteuer | 421 | 371 | 420 | 420 | 425 | 425 |
| Zwischenerzeugnissteuer | 26 | 26 | 27 | 27 | 28 | 28 |
| Alkopopsteuer | 6 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Solidaritätszuschlag | 11 277 | 12 349 | 12 950 | 13 300 | 13 050 | 13 300 |
| Pauschal. Einfuhrabgaben | 2 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 |
| Sonst. Bundessteuern | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zölle | 3 880 | 3 983 | 4 240 | 4 510 | 4 000 | 4 000 |
| 3. Ländersteuern | 21 729 | 22 836 | 22 082 | 21 905 | 22 103 | 21 880 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 8 937 | 8 898 | 8 690 | 8 690 | 8 850 | 8 900 |
| Vermögensteuer | 27 | 5 | 0 | 0 | -10 | -5 |
| Biersteuer | 779 | 757 | 760 | 760 | 740 | 740 |
| Grunderwerbsteuer | 6 125 | 6 952 | 6 360 | 5 950 | 5 770 | 5 660 |
| Erbschaftsteuer | 3 763 | 4 203 | 4 270 | 4 523 | 4 780 | 4 780 |
| Rennwett- und Lotteriesteuer | 1 775 | 1 702 | 1 682 | 1 662 | 1 648 | 1 480 |
| Feuerschutzsteuer | 322 | 319 | 320 | 320 | 325 | 325 |
| 4. Gemeindesteuern | 49 319 | 51 401 | 47 427 | 49 207 | 53 607 | 52 107 |
| Gewerbesteuer | 38 369 | 40 116 | 36 200 | 37 750 | 42 200 | 40 500 |
| Grundsteuer A | 353 | 355 | 355 | 355 | 355 | 355 |
| Grundsteuer B | 10 045 | 10 358 | 10 300 | 10 530 | 10 480 | 10 680 |
| Grunderwerbsteuer | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Sonstige Gemeindesteuern | 551 | 572 | 572 | 572 | 572 | 572 |
| Steuern insgesamt | 488 444 | 538 243 | 554 435 | 571 050 | 561 788 | 572 013 |

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2008b; 2008c).

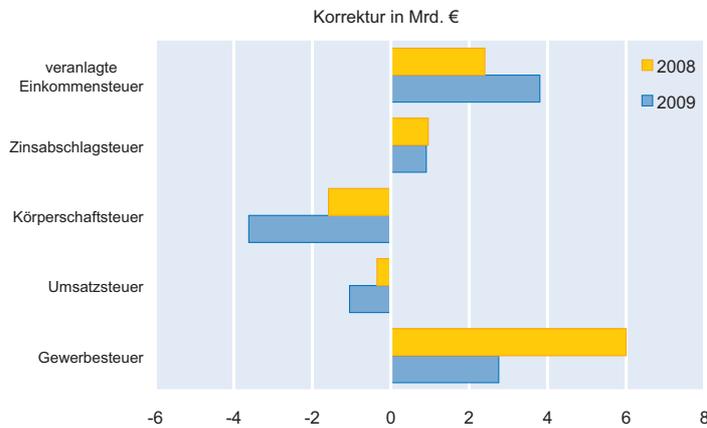
recht stark eingeschätzt. Die Prognose des Lohnsteueraufkommens im Jahr 2008 wird lediglich um 0,1 Mrd. € und 2009 um 0,25 Mrd. € angehoben. Die Prognose der Umsatzsteuer wird dagegen konjunkturbedingt 2008 um 0,35 Mrd. € und 2009 um 1,05 Mrd. € reduziert. Die insgesamt positive Änderung des Schätzansatzes ist jedoch wesentlich auf das unerwartet hohe Aufkommen der Unternehmensteuern zurückzuführen (vgl. Abb. 1).

Besonders stark entwickelt sich das Gewerbesteueraufkommen im Vergleich zur Schätzung vom Mai (+ 6 Mrd. € im Jahr 2008 und + 2,75 Mrd. € im Jahr 2009). Auch die veranlagte Einkommensteuer (+ 2,4 Mrd. € im Jahr 2008 + 4,8 Mrd. € im Jahr 2009) läuft dynamischer als erwartet, während die Prognose der Körperschaftsteuer nach unten korrigiert wird (- 1,59 Mrd. € im Jahr 2008 und - 3,62 Mrd. € im Jahr 2009).

Die Prognosen der gewinnabhängigen Steuern weisen erhebliche Schätzunsicherheiten auf. Insbesondere die Auswirkungen der Finanzkrise und der Unternehmensteuerreform 2008 entkoppeln die Beziehung zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen (als Indikatorvariable) und Unternehmensteueraufkommen (als Zielvariable). Die einzelnen Effekte sind sehr schwierig zu messen und lassen sich nur sehr grob quantifizieren. So basieren die geänderten Schätzansätze der Gewinnsteuern unter anderem auf aktualisierten Berechnungen zu den Auswirkungen der Unternehmensteuerreform.

Hier ist neben der Frage der Höhe der drohenden Aufkommenseinbußen jedoch auch die Frage des Zeitpunkts zu stellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich ein Großteil der aktuellen Schätzungs-korrekturen nicht auf das Steuerjahr

Abb. 1
Veränderung der Prognose ausgewählter Steuern im Vergleich zur Schätzung vom Mai



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF 2008a, 2008b).

2008 bezieht, sondern als Erstattung bzw. Nachzahlung für bereits vergangene Jahre in diesem Jahr erst kassenwirksam wird, während sich die Auswirkungen der aktuellen Ereignisse (Unternehmensteuerreform und Finanzkrise) äquivalent zum großen Teil erst im Zuge der Veranlagung im Jahr 2009 und 2010 auf das Steueraufkommen niederschlagen werden.

Zahlungsverzögerung bei Veranlagungssteuern

Die insgesamt noch positive Entwicklung der Unternehmensteuern lässt sich deshalb zu einem erheblichen Teil durch eine Analyse der zeitlichen Zahlungsstruktur erklären, da die unerwarteten Mehr- oder Mindereinnahmen in hohem Maße zusätzliche Nachzahlungen bzw. Erstattungen aus Vorjahren darstellen. Auch die Vorauszahlungen für das Jahr 2008 bleiben trotz Unternehmensteuerreform noch recht hoch. Aufgrund der Besonderheiten des Veranlagungsverfahrens werden die Vorauszahlungen nur langsam den inzwischen ungünstiger werdenden Gewinnerwartungen angepasst.

Da die Veranlagung der gewinnabhängigen Steuern regelmäßig erst verzögert durch die Steuererklärung ein bzw. zwei Jahre nach Entstehung der Steuer erfolgt, ist für die Abweichungen dieser Steuern im Schätzzjahr t auch und vor allem die Veränderung der Indikatorvariablen (Unternehmens- und Vermögenseinkommen) der beiden Vorjahre ($t - 1$ und $t - 2$) maßgeblich.

Besonders ins Gewicht fallen im Jahr 2008 unerwartete Mehreinnahmen durch Nachzahlungen für Vorjahre bei der Gewerbesteuer,

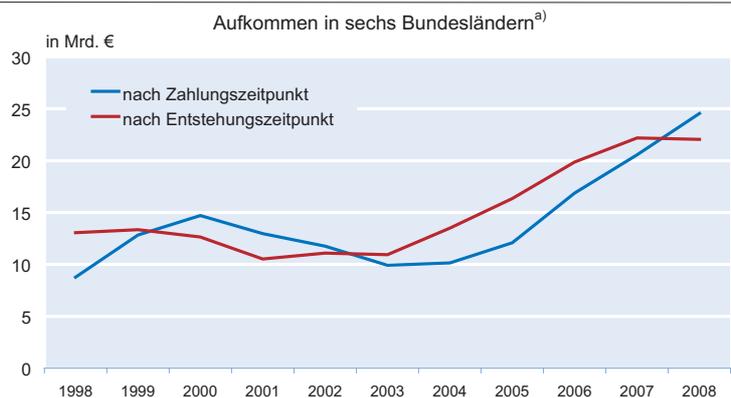
insbesondere im zweiten und dritten Quartal 2008. Diese Nachzahlungen wurden zum großen Teil aufgrund hoher Gewinne in den aufkommensstarken Jahren 2006 und 2007 gezahlt. Anders als noch im Mai zu erwarten war, haben sich diese Nachzahlungen im Jahr 2008 nicht reduziert, sondern deutlich erhöht. Die Schätzung wird jedoch erschwert, da die entsprechende Zahlungsstrukturstatistik nur teilweise in Umfragen zur Gewerbesteuerentwicklung des Deutschen Städtetages enthalten ist und nicht für alle Gemeinden erhoben wird.

Bei der veranlagten Einkommensteuer ergibt sich ein deutlicheres Bild. Aufgrund der hohen Nachzahlungen, insbesondere für das Steuerjahr 2006 ($t - 2$), fällt das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer

2008 höher aus als erwartet. Zwar sind auch die Vorauszahlungen für das aktuelle Jahr gestiegen. Diese werden jedoch auf Basis der ermittelten Gewinne der letzten Veranlagung festgesetzt und beziehen sich deshalb ebenfalls der Höhe nach auf das Jahr 2006. Auch hier sind, entsprechend des Veranlagungs-Lags, die beiden unmittelbaren Vorjahre entscheidend, wobei symptomatisch für das Veranlagungsverfahren ist, dass Erstattungen tendenziell für das Vorjahr und höhere Nachzahlungen für das Vorvorjahr ($t - 2$) kassenwirksam werden. Die hohen Vorauszahlungen für das Jahr 2008 lassen deshalb aufgrund der konjunkturellen Entwicklung auch hohe Erstattungen in den beiden Folgejahren erwarten.

Die aktuellen Korrekturen bei der Körperschaftsteuer resultieren ebenfalls aus der Zahlungsstruktur der Vorjahre und kommen nicht durch Steuerrechtsänderungen oder direkte Auswirkungen der Finanzkrise zustande: Die Vorauszah-

Abb. 2
Zahlungsverzögerung der veranlagten Einkommensteuer



^{a)} Berlin, Baden-Württemberg; Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF 2008d); Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Zahlungsverzögerung der Körperschaftsteuer



^{a)} Berlin, Baden-Württemberg; Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF 2008d); Berechnungen des ifo Instituts.

lungen für das Jahr 2008 verlaufen trotz Unternehmensteuerreform stabil. Während die zusätzlichen Nachzahlungen für Vorjahre ein konsistentes Aufkommen erzeugen, kommen durch steigende Erstattungen, auch hier insbesondere für das Jahr 2006 (t – 2), zusätzliche Mindereinnahmen in Milliardenhöhe zustande.

Fazit und finanzpolitische Implikationen

Es zeigt sich, dass die Verzögerung der Steuerzahlung nach Veranlagung etwa 1 Jahr beträgt (Vgl. Abb. 2 und 3). Nachzahlungen wirken sich außerdem stark auf das übernächste Jahr aus. Geht man von einer solchen Lag-Struktur bei den gewinnabhängigen Veranlagungssteuern aus, dann entstehen Risiken durch Steuerrechtsänderungen bzw. durch die Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Steuerjahr 2008 für den Fiskus erst in den Jahren 2009 und 2010. Verluste des Jahres 2008 werden demnach vor allem in den Folgejahren kassenwirksam. Die Gewinnsteuern sind folglich keinesfalls krisensicher, wie es die aktuelle Entwicklung erscheinen lässt. Es stellt sich weniger die Frage ob, sondern vielmehr wann die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Staatskasse erreicht. Dies ist wesentlich davon bestimmt, wann und in welchem Umfang die Unternehmen ihre Vorauszahlungen an die negativere Gewinnerwartung anpassen und wann die einkommensabhängigen Steuern der entsprechenden Jahre veranlagt werden.

Deshalb sollte genau beobachtet werden, wie sich die Zahlungsstruktur in den kommenden Monaten im konjunkturellen Verlauf entwickelt und welche Implikationen sich für die Steuerschätzung, aber auch die Finanzpolitik ergeben. Problematisch für eine solche Untersuchung ist jedoch die Datenlage: Die Zahlungsstrukturstatistik für Gesamtdeutschland liegt erst seit Oktober 2005 vor, weshalb die Beobachtung über den gesamten Konjunkturzyklus nur mit Hilfe

der Statistik für einzelne Bundesländer erfolgen kann, die bereits seit 1998 vorliegt.

Es liegt jedoch nahe, dass sich die Zahlungsstruktur in Abschwungphasen anders zusammensetzt als in Aufschwungphasen, da jeweils entweder Erstattungen bzw. Nachzahlungen überwiegen und sich so das Gewicht des aktuellen Jahres verändern kann.

Eine aus diesen Gründen höhere Unternehmensteuerquote im ersten Jahr der Rezession erscheint auf den ersten Blick aus konjunkturpolitischer Sicht kontraproduktiv zu sein. Schließlich werden offenbar weiter hohe Steuerzahlungen getätigt, auch wenn sich die aktuelle Lage schon deutlich schlechter

darstellt. Bei näherer Betrachtung ist die vorübergehend erhöhte Steuerquote indessen weniger problematisch. Die konjunkturell bedeutsamen automatischen Stabilisatoren in der Besteuerung rühren vor allem aus dem Anknüpfen an der erwarteten Gewinn- und Einkommensentwicklung. Für die Investitionsnachfrage ist deshalb das geltende Steuerrecht maßgeblich. Die Entwicklung der Steuerzahlungen ist demgegenüber zweitrangig, insbesondere da sie vorhersagbar sind und auch durch entsprechende Rückstellungen abgesichert werden.

Literatur

Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2008a), *Ergebnis der 131. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 6. bis 8. Mai 2008 in Meißen*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53510/DE/Presse/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2008/05/20080805_PM15.html.
 Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2008b), *Ergebnis der 132. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« vom 4. bis 5. November 2008 in Hildesheim*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4156/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Steuern/Steuerschaeetzung_einnahmen/Ergebnis_der_Steuerschaeetzung/0811061a6002,templateId=raw,property=publicationFile.pdf.
 Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2008c), *Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53530/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Gesellschaft_und_Zukunft/schutzschirm_fuer_arbeitsplaetze/002_bundesregierung_konkretisiert_massnahmenpaket_a,templateId=raw,property=publicationFile.pdf.
 Bundesministerium der Finanzen (BMF, 2008d), *Zahlungsstrukturstatistik bis September 2008*, Berlin.

Am 22. Oktober 2008 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den achten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Einzelhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Anders als im Vorjahr stand diesmal der Branchen-Dialog im Zeichen eines weltweiten Konjunkturabschwungs. Nach Sektoren und Branchen ergeben sich zum Teil erhebliche Unterschiede. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 26. Oktober 2009 in München stattfinden.

Konjunkturausblick und Ursachen der Finanzkrise

Nach einer Begrüßung durch den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Herrn Peter Driessen, ging Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, zunächst auf die aktuelle Konjunkturanalyse und -prognose sowie schwerpunktmäßig auf die Ursachen der Finanzmarktkrise ein.

Die Ausführungen zur Konjunktur betreffend, bezog sich Sinn auf die kurz vorher vorgelegte Analyse der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, zu der auch das ifo Institut gehört (vgl. ifo Schnelldienst 20/2008). Danach drohe die Wirtschaft in einer Reihe von Industrieländern in eine Rezession abzugleiten. Auch Deutschland sei davon betroffen. Zahlreiche negative Schocks hätten bereits zu Jahresmitte eine Eintrübung des Konjunkturklimas bewirkt, und mit der Zuspitzung der Lage an

den Finanzmärkten hätten sich die Aussichten deutlich verschlechtert. Deutschland sei von der internationalen Konjunkturschwäche in besonderem Maße betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern, die im deutschen Export eine überragende Rolle spielen, zurückgehe.

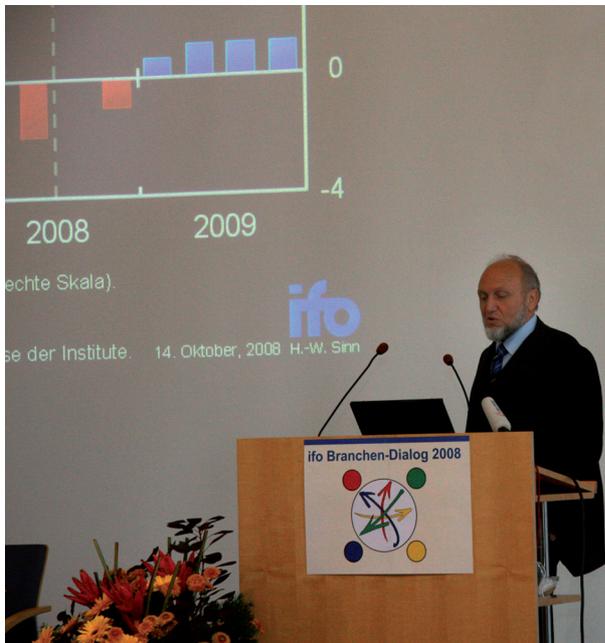
Die vorlaufenden konjunkturellen Indikatoren ließen für die kommenden Monate einen weiteren Produktionsrückgang erwarten. Vor allem hätten sich die Erwartungen der Unternehmen in nahezu allen Sektoren in einem Maße verschlechtert, wie es sonst nur in Rezessionen zu beobachten sei. Für das laufende Jahr sei trotz dieser negativen Faktoren immer noch eine durchschnittliche Jahreswachstumsrate von 1,8% wahrscheinlich, die aber ausschließlich aus dem starken Wachstum im ersten Quartal resultiere. Im nächsten Jahr sei im Jahresdurchschnitt bestenfalls mit einem kleinen Plus (0,2%) zu rechnen, wenn es gelingen sollte, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen – sowohl geld- als auch fiskalpolitischer Art – den konjunkturellen Rückgang ab Mitte 2009 zu stoppen und eine moderate wirtschaftliche Erholung einzuleiten.

Nachdem das Besondere an der jetzigen Situation die Kombination eines traditionellen Konjunkturabschwungs mit einer Finanzkrise ist, legte Sinn in seinem Referat den Schwerpunkt auf die Ursachen der Probleme im Finanzsektor.¹



Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

¹ Vgl. ifo Standpunkt Nr. 100, Hans-Werner Sinn, Lehren aus der Bankenkrise, erschienen unter dem Titel »Ende des Verwirrspiels«, WirtschaftsWoche, Nr. 42, 13. Oktober 2008, S. 64–65, auch abgedruckt im CESifo Forum 9(4), 2008.



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Nachdem der US-Kongress das umstrittene 700-Milliarden-Dollar-Programm zur Rettung seines Finanzsystems abgesegnet habe, sei es an der Zeit, nach vorne zu blicken und Lehren aus der Krise zu ziehen. Dazu müsse man ihre Ursachen verstehen. Behauptungen, hier sei das Modell des amerikanischen Kapitalismus zugrunde gegangen, seien genauso wenig zielführend wie Hinweise auf die Gier der Investmentbanker oder anderer gesellschaftlicher Gruppen. Sie bewegen sich an der Oberfläche des Geschehens.

In ihrem Kern liege die Ursache der Krise beim Rechtsinstitut der Haftungsbeschränkung, also dem Umstand, dass Gläubiger von Kapitalgesellschaften nicht auf das persönliche Eigentum der Inhaber dieser Gesellschaften zurückgreifen könnten. Die Haftungsbeschränkung führe zu einer systematischen Vernachlässigung von Katastrophenrisiken, also Ereignissen, die zwar zunächst nur mit kleiner Wahrscheinlichkeit auftreten, dafür aber riesige Verluste bringen. Investoren, die statt sicherer Projekte mitmäßigem Gewinn unsichere Projekte mit hohen Gewinn- und Verlustmöglichkeiten wählen, würden profitieren – weil sie einen Teil der möglichen Verluste gar nicht tragen müssten. Laufen die Dinge gut, erziele man den vollen Gewinn. Laufen die Dinge schlecht, verliere man schlimmstenfalls das eingesetzte Eigenkapital, aber nicht mehr, da ein Durchgriff auf das Privatvermögen ausgeschlossen sei. Diese Asymmetrie erzeuge Wagemut und Risikovorliebe. Es wäre voreilig, hieraus zu schließen, man müsse die Haftungsbeschränkung abschaffen, denn Wagemut habe ja auch sein Gutes. Die Haftungsbeschränkung wurde im 19. Jahrhundert in den USA und Europa eingeführt, um unkon-

trollierbare Belastungen der Anteilseigner zu vermeiden und den Unternehmen mutige wirtschaftliche Entscheidungen zu ermöglichen, die zu treffen sie sich andernfalls nicht getraut hätten. Erst dadurch erhielt der Kapitalismus die Möglichkeit, die Produktivkräfte der Volkswirtschaften zu entfesseln.

Bei hoher wirtschaftlicher Unsicherheit könne die Haftungsbeschränkung allerdings zum Problem werden, weil sie den Wagemut zum Glücksrittertum übersteigere. Wie immer gehe es um eine Abwägung zwischen Vor- und Nachteilen und um das richtige Maß der Dinge. Das Problem des Glücksrittertums sei besonders gravierend, wenn die Kapitalgesellschaften selbst über das Ausmaß ihrer Haftung bestimmen dürften, indem sie ihr Eigenkapital im Verhältnis zu ihrem Geschäftsvolumen nach eigenem Gutdünken wählen. Sie würden dann in der Tendenz mit zu wenig Eigenkapital arbeiten und zu hohe Gewinnanteile an die Aktionäre ausschütten. Die fünf großen US-Investmentbanken, von denen bisher drei der Krise zum Opfer fielen, hätten hemmungslos auf diese Strategie gesetzt, frei nach der Devise, dass man nicht verlieren könne, was man nicht habe. Die Risiken schufen Anreize, das Eigenkapital zu minimieren, und die geringe Höhe des Eigenkapitals schuf Anreize, besonders hohe Risiken zu suchen. Im Wechselspiel zwischen diesen Anreizen liege die eigentliche Ursache der Krise und damit auch der Ansatzpunkt für Reformen.

Das Privileg der Haftungsbeschränkung sei nicht im Markt entstanden, sondern vom Gesetzgeber gewährt worden, und weil das so sei, müsse der Gesetzgeber auch definieren, was er wirklich damit meine. Er könne die Definition nicht den Begünstigten selbst überlassen. Wie man gesehen habe, definieren sie die Beschränkung dann so, dass sie fast keinerlei Haftung mehr übernehmen. Die US-Investmentbanken, die der amerikanischen Bankenaufsicht nicht unterworfen waren, hätten ihr Geschäft mit Kernkapitalquoten in der Gegend von 4% betrieben, was viel weniger als die Quote sei, mit der private Geschäftsbanken operieren. Zudem hätten sie sehr komplexe Kreditoperationen außerhalb ihrer Bilanzen durchgeführt und der Kontrolle ihrer Anleger entzogen.

Man möge entgegenhalten, dass das Glücksrittertum durch die Ratingagenturen vermieden werde. Die dahinter stehende Idee: Ratingagenturen erteilen bei übermäßigen Risiken schlechte Bewertungen, so dass die Banken gezwungen sind, für die selbst aufgenommenen Gelder höhere Zinsen zu zahlen. Insofern, so das Argument, helfe der Markt sich selber und erzeuge das richtige Maß an Vorsicht. Das klägliche Versagen der Ratingagenturen bei der jetzigen Krise zeige aber, wie illusorisch dieses Argument sei. Die Agenturen hätten nicht rechtzeitig gewarnt und ihre Triple-A-Bewertungen erst dann zurückgezogen, als es gar nicht mehr anders ginge.

Da sie selbst ihr Einkommen von den bewerteten Finanzinstitutionen erhalten und auf deren Gunst angewiesen seien, konnten sie es sich nicht leisten, die Wahrheit zu sagen. Fast bankrotte Großkunden der Agenturen in Amerika würden schön geschrieben, während vergleichsweise robuste, aber kleinere Kunden in Europa abgewertet würden. Auch die Kreditpakete mit Ansprüchen gegen amerikanische Hauseigentümer, die schon lange im Risiko gestanden hätten, würden auf diese Weise den deutschen Landesbanken weit über Wert angedient.

Der beste Beweis dafür, dass die Ratingagenturen und andere Informationskanäle nicht funktioniert hätten und außerstande seien, die Käufer von Bankschuldverschreibungen und Kreditpaketen über die wahren Verhältnisse aufzuklären, liege in dem Umstand, dass Eigenkapital auf dem Kapitalmarkt stets viel teurer sei als Fremdkapital. Wären die Käufer von Bankschuldverschreibungen über die Rückzahlungswahrscheinlichkeiten korrekt informiert, würden sie risikogerechte Zuschläge auf die Zinsen oder Abschläge auf die Preise dieser Schuldverschreibungen verlangen, die das Fremdkapital für die Banken genauso teuer wie das Eigenkapital machen. Die Finanztheorie bezeichne diese Erkenntnis nach ihren Urhebern als Modigliani-Miller-Theorem. Davon könne aber in der Praxis nicht die Rede sein. Jeder nutze die Hebelwirkungen billigen Fremdkapitals bis zu dem Limit, das die Ratingagenturen setzen, um dem Eigenkapital höhere Erträge zu verschaffen. Wer es nicht tue und durch höhere Kapitalunterlegung die Rückzahlungswahrscheinlichkeit für die verkauften Finanzprodukte steigere, würde dafür vom Kapitalmarkt nicht belohnt.

Bankschuldverschreibungen und verbriefte Risikopakete seien mit einer Kaskade verschachtelter Rechtsansprüche verbunden, an deren Ende irgendwo ein reales Investitionsprojekt stehe. Es seien Produkte, bei deren Bewertung selbst Fachleute überfordert seien. Fast nie könnten die Käufer die tatsächliche Rückzahlungswahrscheinlichkeit richtig einschätzen. Nur die Verkäufer, die die verbrieften Pakete zusammenstellen, wüssten in etwa, was sie verkaufen. Die Bankprodukte seien in der Sprache der Ökonomen »Lemon-Güter«, also Güter, deren Qualität von den Käufern beim Kaufakt nur unvollständig beobachtet werden könne und die deshalb zumeist in minderwertiger Qualität angeboten würden. Die Anbieter würden die mangelnde Information der Käufer ausnutzen, indem sie ihre Kosten zu Lasten der Qualität vermindern, weil sie wüssten, dass die Käufer sie dafür nicht durch Preisabschläge oder Kaufzurückhaltung bestrafen könnten. Die Qualität sacke ab und sei niedriger als jene Qualität, die sich auf einem Markt mit informierten Käufern einstellen würde. Um Lemon-Märkte zu verhindern, hätten die meisten Länder zum Beispiel ein Lebensmittelrecht, das Untergrenzen für die Qualität der Lebensmittel in Form von Höchstgrenzen für gesundheitsgefährliche Inhaltsstoffe vorlege. Bei Pharmazeutika wer-

de die Mindestqualität sogar durch Zulassungsverfahren gesichert. Auch die Kredite, die in den USA an die Hausbauer vergeben werden und am Ende der Anspruchskaskade stehen, seien Lemon-Produkte. Einerseits seien in den USA viel höhere Verschuldungsquoten üblich als in Deutschland. Andererseits hätten die Banken vielfach keine Durchgriffhaftung auf das Privatvermögen oder Arbeitseinkommen der Hausbesitzer wie in Deutschland. Wenn es dem Hausbesitzer nicht mehr passe, könne er den Schlüssel seines Hauses bei der Bank abgeben und sei seine Rückzahlungsverpflichtungen los. Im Bewusstsein dieser Haftungsbeschränkung hätten sich in den USA die Hausbesitzer viel zu waghalsig an Immobilienprojekte herangetraut, die sie nur im Fall immer weiter wachsender Hauspreise schultern konnten. Die Immobilienblase, die vor anderthalb Jahren zu platzen begann und die Bankenkrise nach sich zog, sei auf diese Weise entstanden.

Die Amerikaner hätten sich über das letzte Vierteljahrhundert, seit der Zeit von Präsident Reagan, zunehmend im Ausland verschuldet und sich ein schönes Leben gemacht. Sie ließen ihre Investitionen durch das aus dem Ausland hereinströmende Kapital finanzieren und anstatt zu sparen, verließen sie sich darauf, dass ihr Immobilienvermögen immer wertvoller wurde. Das Defizit der Leistungsbilanz, also der Überschuss der importierten Waren und Leistungen über die Exporte, erreichte in der Spitze einen Wert von 5,5% des Bruttoinlandsprodukts. Es wurde mit immer raffinierter konstruierten Anlageobjekten finanziert, die mit dem Stempel der Ratingagenturen zertifiziert waren, bis auch der letzte Investmentmanager der deutschen Landesbanken merkte, welcher Schrott hier verkauft wurde. Das Verwirrspiel sei jetzt zu Ende. Die schmerzhaft Erfahrung, dass die teuren Value-at-Risk-Modelle der Investmentbanker genauso wenig taugen wie die Ratings der Agenturen, blieb keiner europäischen Bank erspart.

Die Politik müsse sich nun endlich der Aufgabe stellen, die gesetzliche Haftungsbeschränkung der Kapitalgesellschaft zu definieren, indem sie strenge Mindestanforderungen für Eigenkapitalunterlegungen bei den verschiedenen Geschäftstypen der Banken festlege – sowohl in Amerika als auch in Europa. Strengere Vorschriften seien kein Nachteil für die Wirtschaft, denn das scheinbar so viel teurere Eigenkapital, dessen Verwendung man damit erzwingen, sei volkswirtschaftlich nicht teurer als Fremdkapital, wie die Lasten, die nun auf den amerikanischen Staat zukämen, beweisen. Es könne auf diese Weise auch keine Knappheit an Finanzierungsmitteln entstehen, denn die Ersparnis der Welt reiche unabhängig von solchen Vorschriften gerade aus, die Investitionen zu finanzieren. Im Einzelnen sollte Folgendes geschehen:

1. Die USA müssten sich endlich an internationalen Vereinbarungen zur Harmonisierung der Bankenaufsicht beteiligen

gen. Diese Vereinbarungen könnten sich am Basel-II-System orientieren, das staatlich zu kontrollieren sei.

2. Europa brauche ein gemeinsames System der Finanzaufsicht. Dabei müsse jeder Staat für die Verluste seiner eigenen Banken aufkommen.

3. Investmentbanken, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssten den gleichen Regeln unterworfen werden wie die Geschäftsbanken.

4. Haftungsbeschränkungen bei Hypotheken und ähnlichen Immobilienkrediten seien aufzuheben.

5. Conduits und anderen Konstruktionen zur Auslagerung des Investmentbanking-Geschäfts aus den Bankbilanzen sollten so beschränkt werden, dass die eingegangenen Risiken in den Bankbilanzen transparent werden.

Wer dem den Ruf nach freien Märkten entgegensetze, ohne die die Marktwirtschaft nicht bestehen könne, verwechsle Marktwirtschaft mit Anarchie. Die Marktwirtschaft könne nur funktionieren, wenn sie Verkehrsregeln unterworfen sei. Das bürgerliche Gesetzbuch sei voller Regeln, die private Verträge beschränken. Nur eine Teilmenge der Verträge, die eine unkontrollierte Marktwirtschaft entwickeln würde, sei erlaubt, und genau deshalb funktioniere das System. Europa und die Welt bräuchten strengere Regeln für den Finanzverkehr. Solche Regeln bedeuten keinen Systembruch. Sie seien für das Funktionieren der Finanzkapitalmärkte unerlässlich.

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Bauwirtschaft« und »Dienstleistungen« statt. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Foren dargestellt.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Die europäische Industrie spürt zunehmend die Belastungen aus der weltweiten Finanzkrise

Im Forum 1 wurden die Perspektiven der Industrie durch drei Vorträge beleuchtet. Hans-Günther Vieweg, ifo Institut, setzte in der Einführung bei der konjunkturellen Entwicklung in der Triade an. Er zeigte, dass sich ein Abschwung der »Realwirtschaft« in den USA schon in der zweiten Hälfte 2006 angedeutet hatte. Im Verlauf der sich aufbauenden Finanzkrise verschärfte sich die Situation, und 2008 wird die Industrie mit einem Minus abschließen. Japan profitierte dagegen 2007 noch in vollem Umfang vom weltweit dynamischen Wirtschaftswachstum. Der nun einsetzende Abschwung wird erst 2009 zu einem Rückgang der Industrieproduktion führen. Im laufenden Jahrzehnt hatte die konjunkturelle Erholung in Europa später als in den beiden anderen großen Volkswirtschaften eingesetzt. Im Jahr 2007 wurde noch vielfach davon ausgegangen, dass sich die europäische Industrie dem weltweiten Abwärtstrend für einige Zeit entziehen könne. Die anlässlich des Branchen-Dialogs 2007 im Forum 1 heftig diskutierte These eines Abflauens der industriellen Dynamik wurde im Herbst 2008 als doch zutreffend akzeptiert. Tobias Just, Deutsche Bank Research, Frankfurt, stellte aus der Sicht einer großen Geschäftsbank die Aussichten für die deutsche Industrie dar. In seinen Ausführungen kam er zu dem Schluss, dass die nachlassende Dynamik in den Schwellenländern, insbesondere die konjunkturelle Schwäche der europäischen Volkswirtschaften und der USA, zu einem Rückgang der deutschen Industrieproduktion führen wird. Investitionsgüter sind stärker von der Abkühlung als Konsumgüter betroffen.² Andreas Gontermann, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt, gab einen Einblick in die Struktur und die langfristigen Perspektiven der deutschen Elektrotechnik. Aufgrund einer Reihe von Faktoren sieht er die Branche auf einem langfristig sicheren Wachstumspfad. Hierzu gehören Investitionen in die Infrastruktur, die in den Industrieländern einer grundlegenden Erneuerung bedarf und in den Schwellenländern den Ansprüchen an moderne Volkswirtschaften noch lange nicht genügt. Hinzu kommen Investitionen, um für den weiter steigenden Energiebedarf neue Kapazitäten zu schaffen und mit neuen Technologien und effizienten Verfahren dem Klimawandel entgegenzuwirken.

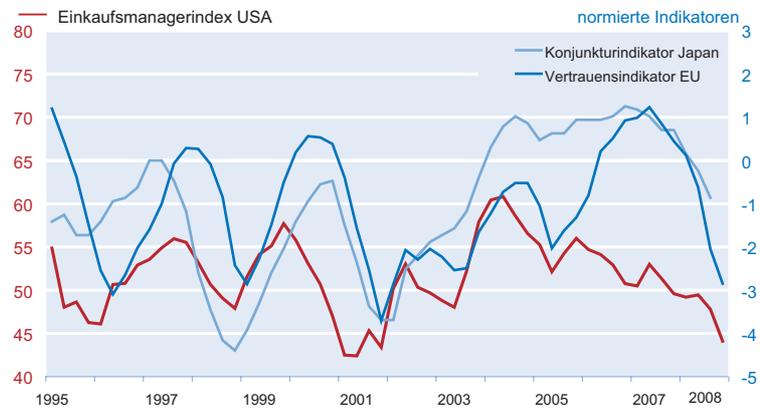
² Vgl. Deutsche Bank Research, Deutsche Industrie im Abschwung, Frankfurt am Main, 14. Oktober 2008.

Mit mutigen Entscheidungen hatte die amerikanische Zentralbank nach dem Zusammenbruch der so genannten »New-Economy« dafür gesorgt, dass das Finanzsystem funktionsfähig blieb. In der Folge einer Politik des »leichten« Geldes und einer zunehmenden Risikobereitschaft der Finanzmarktakteure stieg die weltwirtschaftliche Dynamik dramatisch an. Über eine Reihe von Jahren lagen die globalen Wachstumsraten um 4%. Selbst die durch eine starke Ausweitung der Nachfrage bedingten Preissteigerungen bei Energie- und Industrierohstoffen konnten die Entwicklung nicht aufhalten. Die Produktion industrieller Erzeugnisse stieg weltweit sogar stärker als das Weltbruttoinlandsprodukt an: Die dabei zunehmende Kapazitätsauslastung führte zu einem lange nicht mehr erlebten Boom auf den Märkten für Maschinen und Ausrüstungen.

Der Aufschwung hatte zuerst in den USA und Japan eingesetzt. Schon 2003 hellte sich die Stimmung der Unternehmen auf. Die Konjunkturindikatoren für Europa zeigten dagegen erst in der zweiten Hälfte 2005 eine bemerkenswerte Verbesserung der Geschäftserwartungen in der Wirtschaft an. In dieser Zeit ließ in den Vereinigten Staaten der Optimismus schon allmählich nach. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie fiel Ende 2006 erstmals kurzzeitig unter den magischen Wert von 50, der eine Kontraktion der Industrie signalisiert. Parallel dazu lief der Höhenflug des Stimmungsindicators aus dem Tankan-Bericht für die japanische Industrie aus. Die Einschätzungen der Unternehmen für die wirtschaftlichen Perspektiven tauchten von Anfang 2007 bis Mitte 2008 in den negativen Bereich ab. Die Erwartungen der europäischen Industrieunternehmen reagierten mit nur kurzer Verzögerung auf die verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und fielen noch schneller in den Keller. Am aktuellen Rand wiesen die Indikatoren in der Triade unisono auf eine nachlassende industrielle Aktivität hin.

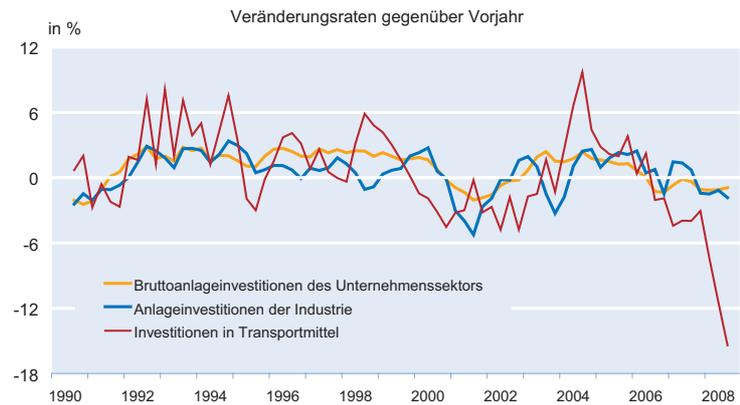
Frühe Zeichen einer konjunkturellen Dämpfung der Konjunktur in den USA lieferte die Investitionstätigkeit, die 2004 ihren Höhepunkt erreicht hatte. 2005 schwächten sich die Investitionsausgaben des gesamten Unternehmenssektors ab, und 2006 waren sie schon rückläufig. Die Industrie zeigte aber in dieser Phase – verglichen mit anderen Sektoren – eine noch relativ stabile Investitionstätigkeit. Während dieser Zeit litten erst wenige Industriebranchen unter den sich aufbauenden Problemen am Immobilienmarkt; das betraf insbesondere die Hersteller von Baumaschinen und Möbeln.

Abb. 1
Konjunkturindikatoren für die Triade



Quelle: Institute for Supply Management; Bank of Japan; DG ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
Konjunkturindikatoren für die US-Industrie



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 1
Die Industrieproduktion in der Triade

| Land/Region | 2007 | 2008 | 2009 ^{a)} | 2010 ^{a)} |
|-------------|------|------|--------------------|--------------------|
| Deutschland | 6,5 | 1,2 | -2,0 | -3,5 |
| EU-27 | 3,9 | -1,0 | -2,5 | -3,0 |
| USA | 1,7 | -0,5 | -2,5 | - |
| Japan | 2,9 | 0,4 | -2,0 | - |

^{a)} Revision 20. November 2008.

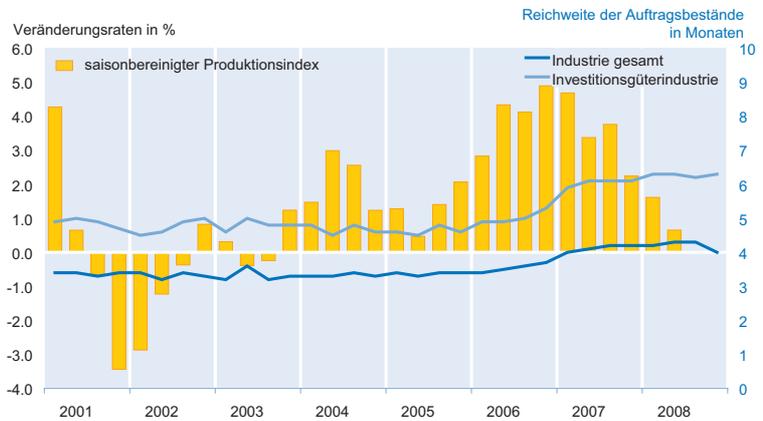
Quelle: OECD; Goldman Sachs; ifo Institut.

Andere Sektoren profitierten vom schwachen US-Dollar und der robusten wirtschaftlichen Aktivität in Lateinamerika. Die Exporte stützten die Produktion angesichts einer nachlassenden Binnennachfrage. Für die Industrieproduktion, die 2007 noch expandierte, ist 2008 mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Die Situation hat sich inzwischen weiter eingetrübt. In erster Linie ist der Fahrzeugbau schwer von der Kreditkrise getroffen. Für 2009 ist eine deutliche Schrumpfung der Produktion im verarbeitenden Gewerbe zu erwarten (vgl. Tab. 1).

Die japanische Industrie befand sich in den zurückliegenden Jahren in einer komfortablen Situation. Sie profitierte in vergleichbarer Weise wie Deutschland vom weltweit guten Investitionsklima und daher über den Export von Maschinen und Anlagen. Sie konnte zusätzlich die Nähe zur dynamisch expandierenden chinesischen Volkswirtschaft nutzen und besaß mit einem schwachen Yen einen weiteren Vorteil im internationalen Preiswettbewerb. Die Lage hat sich zwischenzeitlich grundlegend verändert. Der für die japanische Automobilindustrie wichtige US-Markt ist eingebrochen, was primär den Absatz der für die amerikanischen Kunden hergestellten »Spritfresser« traf. Darüber hinaus hat sich im Gefolge der Finanzkrise zuletzt eine drastische Aufwertung des Yen ergeben, die die Stellung japanischer Produzenten auf Auslandsmärkten verschlechtert. Die jüngsten Entwicklungen lassen sich an den Auftragseingängen aus dem Ausland ablesen. Die Bestellungen von Maschinen und Anlagen, die besonders stark auf einen konjunkturellen Abschwung reagieren, haben nach einer dynamischen Expansion in den letzten Jahren seit Mitte 2008 stagniert. Für den weiteren Verlauf und das kommende Jahr muss mit einem kräftigen Rückgang gerechnet werden. Die inländischen Auftragseingänge der Maschinen- und Anlagenbauer expandierten dagegen noch bis Jahresmitte deutlich. Angesichts der inzwischen sehr schlechten Rahmenbedingungen für die exportorientierten Industrieunternehmen wird sich das Investitionsklima eintrüben, so dass ein Einbruch der Nachfrage nach Maschinen auch aus dem Inland immer wahrscheinlicher wird.

Voraussichtlich schrumpft die japanische Industrieproduktion schon im zweiten Halbjahr 2008, so dass im Durch-

Abb. 4
Die Auftragsbestände für die Industrieproduktion in der EU-15



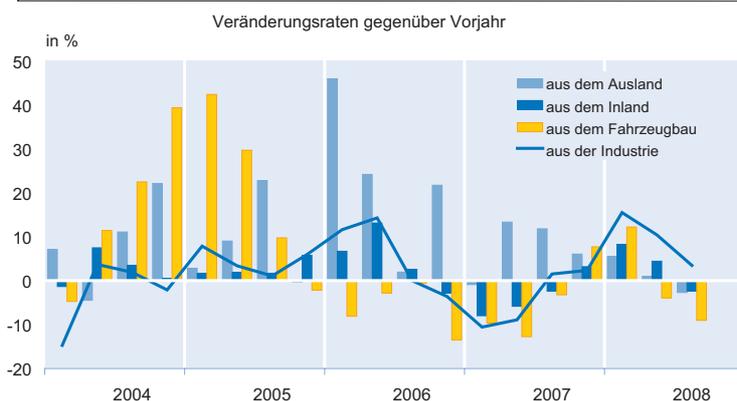
Quelle: Eurostat; DG ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

schnitt kaum mehr als eine Stagnation zu erreichen sein wird; 2009 ist ein Rückgang nicht mehr zu verhindern.

Die Konjunktur in den europäischen Volkswirtschaften, die in der Phase des weltweiten Aufschwungs in diesem Jahrzehnt einen Nachlauf insbesondere gegenüber den USA aufwies, zeigte sich zu Beginn der sich aufbauenden Finanzmarktkrise aufgrund einer stabilen Binnennachfrage noch robust. Die Bestellungen aus anderen Regionen, den großen Schwellen- und Transformationsländern, sowie den Rohstoffförderländern reichten aus, die sich abschwächende Nachfrage aus Amerika zu kompensieren. Die Industrie wuchs dynamisch, auch wenn die Zuwachsraten langsam schwächer wurden. Die Auftragseingänge für europäische Industrieprodukte expandierten weiterhin so stark, dass die Auftragsbestände bis in den Spätsommer 2008 hinein noch anstiegen, im Mittel über alle Branchen auf eine Reichweite von 4,3 Monaten. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung lag bei den Herstellern von Investitionsgütern, die vom globalen Investitionsboom profitierten. Die Auftragsbestände sicherten dort zuletzt die Produktion nach Einschätzung der Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft für 6,2 Monate.

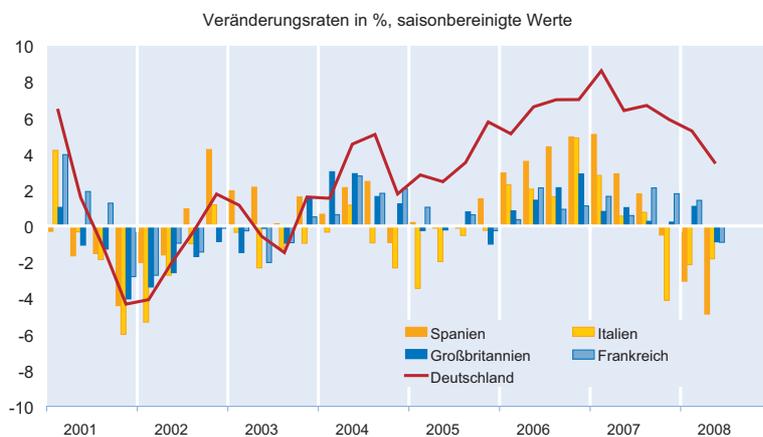
Die Entwicklung der Industrie in der europäischen Gemeinschaft weist große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf. Dies lässt sich teils durch strukturelle Unterschiede erklären. Deutschland, Italien und Spanien besitzen leistungsfähige Investitionsgüterindustrien, so dass diese Länder in besonderem Maße von der weltweit hohen Investitionsbereitschaft profitierten. Allerdings hatten sich im laufenden Jahrzehnt die Rahmenbedingungen für die Industrie sowohl in Spanien als auch in Italien verschlechtert. Hohe Inflationsraten und im Fal-

Abb. 3
Maschinenbestellungen in Japan



Quelle: Economic and Social Research Institute, Cabinet Office; ifo Institut.

Abb. 5
Entwicklung der Industrieproduktion in großen europäischen Ländern



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

le Spaniens indexierte Löhne haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Erschwerend kam hinzu, dass das Leistungsprogramm der Investitionsgüterhersteller in beiden Ländern einem stärkeren Wettbewerb durch die Konkurrenz aus den Schwellenländern oder auch aus den neuen Mitgliedstaaten der EU ausgesetzt ist, als das für Deutschland der Fall ist. Dies erklärt wesentlich den Erfolg deutscher Industrieunternehmen auf den Weltmärkten, der seit 2004 zu einer deutlich stärkeren Expansion der Produktion in Deutschland als in den anderen große europäischen Ländern beigetragen hat.

Der kräftige Aufschwung des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, der im Jahr 2004 einsetzte, läuft derzeit im Einklang mit der Eintrübung der Weltwirtschaft aus. Das industrielle Produktionsvolumen – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – wies 2007 mit einem Anstieg von 6,5% das stärkste Wachstum der vergangenen Jahre auf. In den ersten sieben Monaten 2008 setzte sich dieser Prozess zunächst fort: Die reale Produktion nahm um 4,5% gegenüber dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode zu. Die industrielle Wertschöpfung ist 2007 real um 6,1% und in der ersten Jahreshälfte 2008 um 4,2% gestiegen. Sie hat sich damit wie in den vorangegangenen Jahren stark überproportional gegenüber der Gesamtwirtschaft – das Bruttoinlandsprodukt stieg 2007 um 2,5% und im ersten Halbjahr 2008 um etwa 2,4% – entwickelt und bildete eine wesentliche Komponente der gesamtwirtschaftlichen Expansion.

Dass das stürmische Wachstum der Industrieproduktion nun zu Ende geht, zeigt sich an der Entwicklung der Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen. Der reale Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes war im Jahresdurchschnitt 2006 um 9,1% und 2007 um 9,5% höher als im jeweiligen Jahr zuvor; bis zur Jahresmitte 2008 erreichte er aber nur

noch ein Plus von 2,1% gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres. Die nachlassende Ordertätigkeit bei gleichzeitig hohem Produktionsniveau ist ein Hinweis darauf, dass zunehmend der hohe Auftragsbestand abgearbeitet wird. Auch die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie bewegt sich weiter auf extremem Niveau; sie verringerte sich – saisonbereinigt – von Juli 2007 bis Juli 2008 nur leicht von 88,0 auf 87,3%.

Das dynamische Wachstum der vergangenen Jahre war vor allem auf den kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage zurückzuführen. Aber auch hier zeigen sich nun unübersehbare Brems Spuren: Während der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt 2007 noch um 12,2% zulegen konnte, stieg er in den ersten

sieben Monaten 2008 nur noch um 1,9%. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich damit im betrachteten Zeitraum schlechter entwickelt als der gesamte Auftragseingang. Die Aufträge aus der Eurozone sind dabei sogar um 0,1% zurückgegangen, während die Bestellungen aus dem übrigen Ausland noch um 3,6% über dem Vorjahreswert lagen.

Ein ähnliches Muster mit einem nicht ganz so starken Rückgang zeigt die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes. Nach einem Zuwachs des Auftragseingangs von 6,7% im Jahresdurchschnitt 2007 belief sich im ersten Halbjahr 2008 das reale Plus auf nur noch 2,3% gegenüber dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraums. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei im ersten Halbjahr 2008 mit einem Plus von 2,9% lediglich die inländische Nachfrage nach Vorleistungsgütern, während die nach Investitionsgütern leicht unterdurchschnittlich zulegen (2,0%) und die industriellen Konsumgüter den Nachzügler bildeten (0,2%).

Trotz der sich abzeichnenden konjunkturellen Eintrübung war bis Mitte 2008 eine positive Beschäftigungsentwicklung zu verzeichnen. Nachdem die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe 2005 und auch 2006 noch leicht zurückging, kam es im Jahr 2007 zu einem Anstieg um 1,7%. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen sogar um 2,0% zu. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2008 setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 2,7% mehr Arbeitnehmer registriert, und die geleisteten Arbeitsstunden waren sogar um 3,3% höher.

Der vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftsführer

wartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung ziemlich gut wider. Seit dem Frühjahr 2008 geht der Wert zurück, und seit August hat er ein negatives Vorzeichen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage sogar noch bis zuletzt per saldo als gut beurteilt. Dagegen hat sich bei den Geschäftserwartungen nach einer raschen Eintrübung im laufenden Jahr schon seit Mai eine pessimistische Grundhaltung durchgesetzt. Diese Einschätzungen werden durch die Meldungen der Testteilnehmer über eine sinkende Produktion, steigende Lagerbestände, eine nachgebende Nachfrage und kleiner werdende Auftragsbestände unterstrichen. Dazu kommt noch, dass die Exporterwartungen zuletzt negativ eingeschätzt wurden.

Die deutschen Unternehmen blicken – gemessen an den Geschäftserwartungen des ifo Konjunkturtests – sehr skeptisch in die Zukunft. Damit unterscheidet sich die gegenwärtige Situation insbesondere von der Entwicklung von Geschäftslage und Geschäftserwartungen im Vorfeld der schweren Rezession zu Beginn der neunziger Jahre. Die Unternehmen verspürten damals eine Verschlechterung der Lage, bei den Erwartungen überwog aber noch längere Zeit eine zuversichtliche Haltung. Erst Mitte 1992 – sehr spät im Abschwung – verschlechterten sich die Erwartungen für die Geschäftstätigkeit in den kommenden sechs Monaten. Viele Unternehmen wurden damals von der Tiefe und Länge der rezessiven Phase überrascht und reagierten zu spät mit der Anpassung des Personals, was vielfach zu existenziellen Schwierigkeiten führte. Da die Unternehmen im gegenwärtigen Abschwung eine größere Vorsicht erkennen lassen, ist davon auszugehen, dass sie frühzeitig auf die schlechtere Auftragslage reagieren werden. Trotz der Finanzkrise besteht somit die Chance, eine vergleichbar schwierige Situation wie damals vermeiden zu können.

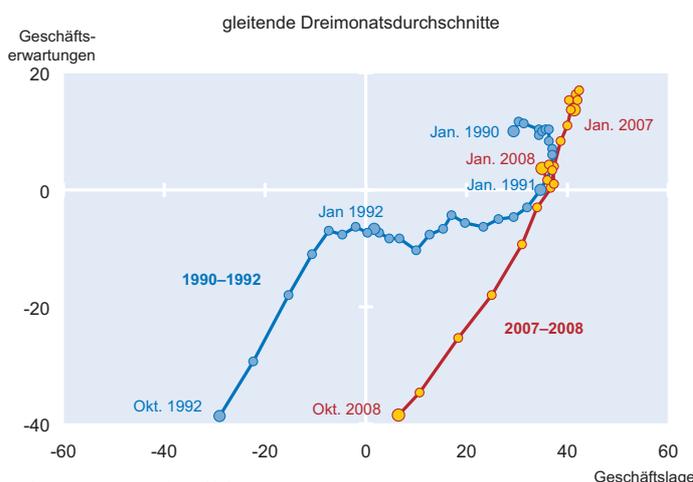
Der deutliche Rückgang des Geschäftsklimaindiktors für das verarbeitende Gewerbe korrespondiert mit dem Abschwung der Weltwirtschaft, der neben einem Auslaufen des globalen Investitionsbooms vor allem auf die Unsicherheiten zurückzuführen ist, die sich in Folge der weltweiten Finanzkrise aufgebaut und beträchtliche ökonomische Verwerfungen zur Folge haben werden. An der Wachstumsrate der industriellen Produktion in Deutschland im Jahr 2008 werden diese Bremsspuren vor dem Hintergrund eines sinkenden Auftragsbestands schon zu erkennen sein. Das zeigen auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die kurzfristigen Produktionspläne, die schon seit Jahresmitte einen Rückgang signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das verarbeitende Gewerbe insgesamt mit einer Wachstumsrate der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2008 von real 1,2% zu rechnen.

Angesichts der durch die internationale Finanzmarktkrise ausgelösten Turbulenzen an den Weltbörsen und die in Stärke und Dauer ungewissen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren besteht derzeit bei der Festlegung der Rahmendaten zur Abschätzung der Entwicklung des deutschen verarbeitenden Gewerbes große Unsicherheit. Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland entsprechen dem Basisszenario des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2009 auf 1,8% sinken, das Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung nur noch um 3% zunehmen. Insgesamt wird für die Weltwirtschaft mit einer Konsolidierungsphase gerechnet. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2009 von rund 100 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,45 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2007 und im laufenden Jahr real zurückgegangen sind, werden 2009 voraussichtlich wieder zulegen können. Dagegen werden die Ausstattungsinvestitionen gegenüber dem Vorjahr deutlich sinken. Vor dem Hintergrund der Abschwächung der Weltwirtschaft werden auch die Exporte nur noch wenig wachsen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2009 – dem Herbstgutachten zufolge – um lediglich 0,2% steigen, bei einer in der zweiten Jahreshälfte leichten Erholung.

Daneben wurde von den Gutachtern in einem Risikoszenario, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit sie mit einem Drittel ansetzen, ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% errechnet. Angesichts der jüngsten Entwicklung ist nicht auszuschließen, dass

Abb. 6
Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, Deutschland
1990–1992 und 2007–2008



im Jahresdurchschnitt 2009 die Ölpreise und die US-Dollar/Euro-Relation deutlich unter den im Herbstgutachten zugrunde gelegten Prognoseannahmen liegen werden. Der Verfall der Rohstoffpreise am aktuellen Rand kann als Indiz für einen stärker als im Basisszenario unterstellten Rückgang der weltwirtschaftlichen Aktivität verstanden werden, der in erster Linie die Produktion physischer Güter betrifft, und damit vor allem das verarbeitende Gewerbe tangiert. Es kann deshalb auch zu einer etwas länger anhaltenden Talfahrt kommen. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass bei einer weltwirtschaftlichen Erholung die Produktion industrieller Erzeugnisse nicht sofort steil ansteigt. Insbesondere die für die deutsche Industrie wichtigen Investitionsgüterhersteller haben lange Auftragsbearbeitungszeiten. Die Reaktion der Produktion auf Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld verzögert sich im Aufschwung ebenso wie im Abschwung.

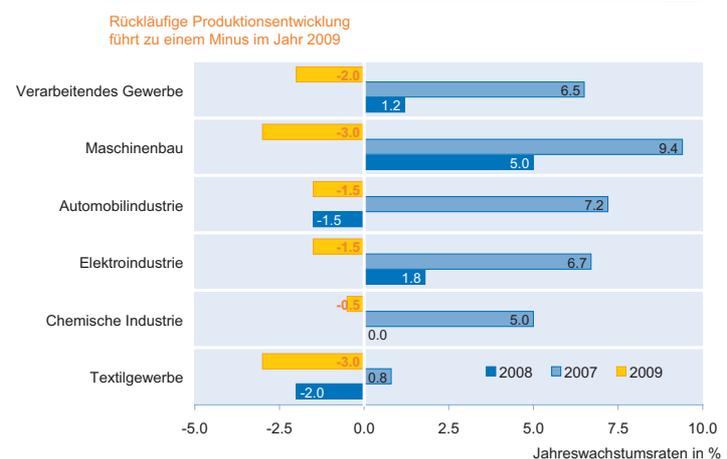
Die Auswirkungen der Finanzkrise und des weltwirtschaftlichen Abschwungs auf Deutschland könnten somit durch gegenläufige Effekte abgemildert werden. Der Rückgang der Ölpreise, die derzeit bei knapp 70 US-Dollar je Barrel liegen, entlastet die privaten Haushalte und verschafft Kaufkraft für den Konsum. Hinzu kommt, dass die Verschuldung der Haushalte in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig ist und es keine Immobilienblase gegeben hat. Der Anstieg des US-Dollars gegenüber dem Euro (gegenwärtiger Kurs bei knapp 1,30 US-Dollar/Euro) und die Höherbewertung des japanischen Yen gegenüber dem Euro stärken die Preiswettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten.

Von dem zu erwartenden schwachen Auslandsgeschäft wird angesichts ihres hohen Exportanteils die deutsche Industrie in besonderer Weise betroffen sein. Eine zusätzliche Belastung resultiert aus den sinkenden Ausrüstungsinvestitionen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich das verarbeitende Gewerbe 2009 schlechter entwickeln wird als die Gesamtwirtschaft und seine Produktion damit aller Voraussicht nach zurückgeht. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (chemische Industrie, Metallerzeugung, -bearbeitung) werden von der schwachen Investitionstätigkeit im Inland und der geringen Weltmarktdynamik betroffen sein. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2009 voraussichtlich um 2,0% sinken. Ohne die gegenwärtig noch hohen Auftragsbestände müsste mit einem noch stärkeren Rückgang gerechnet werden.

Das **Investitionsgütergewerbe** hat 2007 mit einem Produktionswachstum von 8% überdurchschnittlich zugenommen. Hier bildete das gleichzeitige Anziehen der Auslandsnachfrage (+ 14,9%) und der Inlandsbestellungen (+ 9,0%) den Hintergrund für die Fortsetzung der kräftigen konjunkturellen Erholung seit dem zweiten Halbjahr 2003. Die deutsche Industrie profitiert dabei von ihrer Spezialisierung auf die traditionellen Investitionsgüterbereiche, die im nun auslaufenden weltwirtschaftlichen Boom besonders stark nachgefragt wurden, wobei die äußerst dynamischen Industrialisierungsprozesse in großen Schwellenländern zusätzlich beschleunigend wirkten.

Im laufenden Jahr sind die Bedingungen für das Wachstum der Investitionsgüterindustrie deutlich ungünstiger, da im ersten Halbjahr 2008 die Auslandsorder um lediglich 2,2% und die inländischen Auftragseingänge nur noch um 2,0% real zunahm. Wegen der hohen Auftragsbestände wird sich die Abschwächung der Nachfrage verzögert auf die Ausbringung auswirken, so dass sich im Jahresdurchschnitt das Produktionsplus 2008 auf etwa 3% belaufen dürfte. Neben dem Maschinenbau und den Segmenten der Elektroindustrie trägt in diesem Jahr auch die Gruppe der Metallerzeugnisse zum Wachstum des Investitionsgüterbereichs bei. 2009 wird die Investitionsgüterindustrie infolge ihres hohen Exportanteils vom Abschwung der Weltwirtschaft überproportional betroffen sein. Es ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage nur leicht zunehmen wird. Die Bestellungen des Inlands werden angesichts spürbar nachgebender Ausrüstungsinvestitionen rückläufig sein. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Geschäftserwartungen von den Investitionsgüterproduzenten zunehmend pessimistisch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2009 bei der In-

Abb. 7
Reale Produktion im verarbeitenden Gewerbe



Tab. 2
Wachstumsraten der Produktionsindizes des verarbeitenden Gewerbes

Daten: Index 2000 = 100 (kalendermonatlich); Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

| WZ 93 | Branche | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ^{a)} | 2009 ^{a)} |
|-------|------------------------------------|------------|------------|------------|------------|--------------------|--------------------|
| | Verarbeitendes Gewerbe | 4,5 | 3,2 | 6,0 | 6,5 | 1,2 | - 2,0 |
| | Vorleistungsgüter | 5,1 | 2,6 | 7,6 | 7,4 | 0,8 | - 1,0 |
| | Investitionsgüter | 5,1 | 4,5 | 6,5 | 8,0 | 3,0 | - 2,5 |
| | Konsumgüter | 1,7 | 1,8 | 2,8 | 2,2 | - 1,5 | - 1,0 |
| | Gebrauchsgüter | 1,8 | - 0,2 | 6,5 | 1,0 | | |
| | Verbrauchsgüter | 1,6 | 2,7 | 1,2 | 2,7 | | |
| 15 | Ernährungsgewerbe | 2,3 | 4,3 | 1,7 | 2,1 | 0,0 | 0,5 |
| 16 | Tabakverarbeitung | - 7,7 | - 10,7 | - 5,9 | - 3,2 | - 26,0 | - 5,0 |
| 17 | Textilgewerbe | - 0,9 | - 4,2 | - 0,7 | 0,8 | - 1,5 | - 2,0 |
| 18 | Bekleidungsgewerbe | - 4,0 | - 7,9 | - 14,2 | - 11,0 | - 12,0 | - 5,0 |
| 19 | Ledergewerbe | - 3,4 | - 9,4 | - 4,9 | 11,7 | - 6,0 | - 2,0 |
| 20 | Holzgewerbe | 3,9 | 0,2 | 6,6 | - 1,0 | - 2,5 | - 1,0 |
| 21 | Papiergewerbe | 3,2 | 2,7 | 3,3 | 8,4 | - 0,5 | - 1,0 |
| 22 | Verlags- und Druckereigewerbe | 2,9 | 0,4 | 0,2 | - 1,3 | - 0,8 | 0,0 |
| 23 | Mineralölverarbeitung | 10,5 | 3,3 | 0,1 | - 0,7 | - 0,5 | 0,0 |
| 24 | Chemische Industrie | 3,4 | 4,8 | 3,7 | 5,0 | 0,0 | - 0,5 |
| 25 | Gummi- und Kunststoffwaren | 3,8 | 0,3 | 4,2 | 6,4 | 1,0 | - 1,0 |
| 26 | Glas, Keramik, Steine und Erden | 1,4 | - 3,7 | 5,4 | 6,2 | - 5,0 | - 3,0 |
| 27 | Metallerzeugung, -bearbeitung | 4,9 | 0,5 | 6,5 | 5,3 | 2,0 | - 2,0 |
| 28 | Metallerzeugnisse | 4,1 | 0,8 | 6,3 | 8,2 | 4,0 | - 1,0 |
| 29 | Maschinenbau | 4,9 | 4,4 | 7,7 | 9,4 | 5,0 | - 3,0 |
| 30 | Informationstechnik, Büromaschinen | 11,2 | 33,6 | 19,9 | 41,6 | 14,0 | - 3,0 |
| 31 | Elektrotechnik | 6,0 | 2,7 | 7,2 | 6,7 | 1,8 | - 1,5 |
| 32 | Kommunikationstechnik, Elektronik | 19,3 | 18,6 | 31,7 | 16,9 | 10,0 | - 3,0 |
| 33 | Mess-, Regel-, Medizintechnik | 5,4 | 2,0 | 9,5 | 4,5 | 2,5 | - 1,0 |
| 34 | Automobilindustrie | 5,6 | 3,7 | 2,4 | 7,2 | - 1,5 | - 1,5 |
| 35 | Sonstiger Fahrzeugbau | - 0,9 | 3,2 | 10,0 | - 2,6 | 5,5 | 0,0 |
| 36 | Sonstige Gebrauchsgüter | 0,3 | - 0,1 | 4,0 | 2,4 | - 0,5 | - 1,0 |
| 37 | Recycling | 20,7 | 10,0 | 17,3 | 13,2 | 12,0 | 5,0 |

^{a)} Prognose vom November 2008.

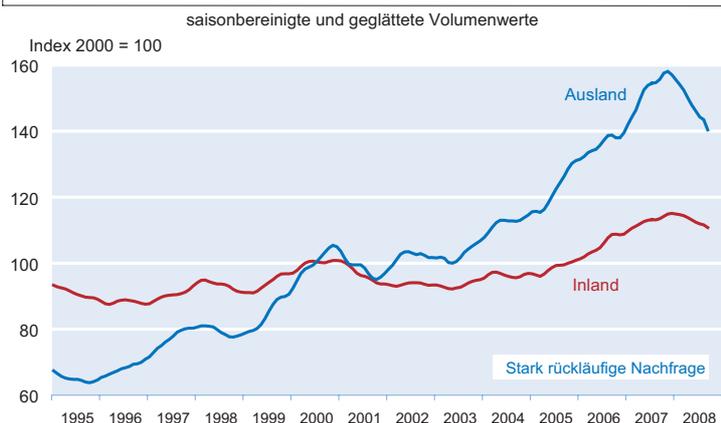
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Investitionsgüterproduktion ein Minus von rund 2,5% zu erwarten ist.

schlecht beurteilt, und auch die Geschäftserwartungen werden überwiegend pessimistisch eingeschätzt. Es muss des-

Die Konsumgüterproduktion, die 2007 mit 2,2% ein vergleichsweise schwaches Wachstum aufwies, ist tendenziell weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Die Auslandsaufträge gingen im ersten Halbjahr 2008 um 1,6% zurück und der Auftragseingang aus dem Inland stieg geringfügig um 0,2%. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlands geschäfts war die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten nur um 0,5% geringer. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte die Produktion dieses Bereichs um 1,5% sinken. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo als

Abb. 8
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

halb trotz der im Gemeinschaftsgutachten erwarteten Belebung der privaten Konsumausgaben davon ausgegangen werden, dass das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2009 angesichts der konjunkturellen Eintrübung nochmals um 1,0% zurückgehen wird.

Einen dynamischen Aufschwung zeigte in den Jahren 2006 und 2007 der **Bereich der Vorleistungsgüterproduktion**, was vor allem auf lagerzyklische Bewegungen und einen hohen Bedarf an Vorleistungsgütern in den stürmisch wachsenden Volkswirtschaften einiger großer Schwellenländer zurückzuführen war. Bei einem realen Plus der Auslandsbestellungen von 8,1% und der Inlandsnachfrage von fast 6% legte die Produktion im Jahresdurchschnitt 2007 um 7,4% zu. Im ersten Halbjahr 2008 waren die Wachstumsraten der preisbereinigten Nachfrage mit 2,3% (Ausland) und 3,3% (Inland) deutlich niedriger und dürften zu einem Produktionswachstum von nur noch 0,8% im Gesamtjahr 2008 führen. Es liegt damit unter dem gesamtindustriellen Durchschnitt. Die Aussichten für diesen Bereich trüben sich derzeit deutlich ein, wie auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen; die Geschäftserwartungen werden von einer Mehrheit der Produzenten von Vorleistungsgütern zunehmend ungünstig beurteilt. Der Bereich der Vorleistungsgüter wird vom Abschwung erfasst werden und 2009 voraussichtlich mit einem realen Produktionsminus von rund 1% abschließen.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Manuel Birnbrich und Uwe Christian Täger

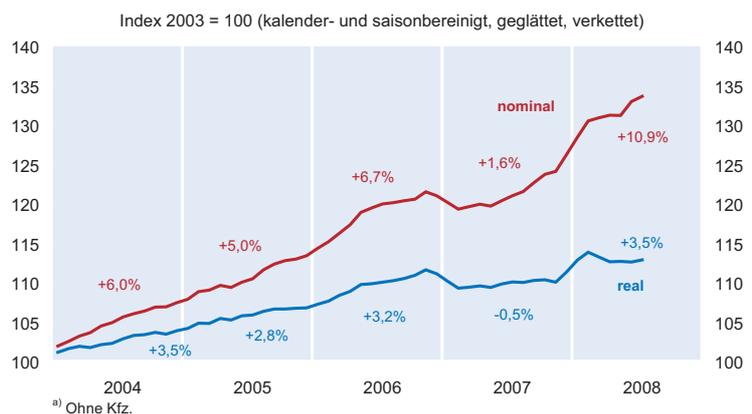
Im Branchenforum Handel wurde zunächst die jüngste konjunkturelle Entwicklung im deutschen Groß- und Einzelhandel anhand aktueller Daten der amtlichen Statistik sowie des ifo Instituts dargestellt und ein Ausblick auf die Umsatzentwicklungen für 2008 und 2009 eröffnet. Anschließend wurden die Geschäftsentwicklung sowie gegenwärtige Trends in der deutschen Bau- und Heimwerkermarktbranche vorgestellt, bevor im abschließenden Beitrag Einblicke in die Strategie eines Münchner Traditionsunternehmens aus dem Facheinzelhandel mit Haushaltswaren gegeben wurden.

Großhandel erwartet Abschwächung

In einem ersten Beitrag ging Uwe Christian Täger, ifo Institut, auf die konjunkturelle Entwicklung im Großhandel ein. Die nominalen Umsätze des Großhandels bewegten sich nach einer starken Zunahme in den Jahren 2004 bis 2006 in der ersten Hälfte des Jahres 2007 zunächst nach unten. Zur Jahresmitte und insbesondere zum Ende des letzten Jahres hin belebten sich die Umsätze dann wieder (vgl. Abb. 9). Insgesamt erzielte der Großhandel im Jahr 2007 – aktuellen Ergebnissen der amtlichen Statistik zufolge – ein Umsatzwachstum von nominal 1,6% gegenüber dem Vorjahr 2006. Die realen Umsätze blieben dagegen um 0,5% unter dem damaligen Stand. Das Beschäftigteniveau im gesamten Großhandel blieb nahezu konstant.

Von Januar bis September 2008 wurde die Aufwärtsentwicklung zeitweise unterbrochen, gegenüber dem gleichen

Abb. 9
Umsatzentwicklung im Großhandel^{a)}



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Zeitraum 2007 ergab sich aber dennoch ein deutliches nominales Umsatzplus von 10,9%. Diese Zunahme war allerdings in erheblichem Maß auf gestiegene Verkaufspreise für industrielle Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse und mineralische Brennstoffe zurückzuführen. Unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen verblieb für die ersten neun Monate des Jahres 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine reale Umsatzzunahme um 3,5%. Infolge der sich nach der Finanzkrise abzeichnenden allgemeinen Abschwächung der gewerblichen Inlandsnachfrage im Produktionsverbindungshandel und auch der Nachfrage nach Konsumgütern zum Ende des Jahres 2008 kann davon ausgegangen werden, dass im Großhandel für das gesamte Jahr 2008 ein nominales Umsatzwachstum in der Größenordnung von 7 bis 8% und real von rund 2% erreicht wird.

Eintrübung der Geschäftserwartungen im Großhandel

Das ifo Geschäftsklima tendierte während des gesamten Jahres 2007 nach unten. Zu Jahresanfang 2008 verzeichnete der Klimaindex eine leichte Verbesserung; einer Seitwärtsbewegung bis zum Ende des ersten Tertials folgte dann wieder eine Verschlechterung (vgl. Abb. 10). Derselbe Verlauf zeigt sich auch bei der Bewertung der Geschäftslage. Zur Jahresmitte dominierten die positiven Urteile der Testfirmen zur aktuellen Situation nur noch leicht. Trotz der zunehmend negativen Meldungen über die Finanzkrise überwogen bis Oktober 2008 die positiven Meldungen von Testfirmen im Großhandel, wenn auch sehr geringfügig. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2008 wurden dagegen die Geschäftsaussichten für die kommenden Monate von einem wachsenden Teil der Testteilnehmer ungünstig beurteilt, im Oktober 2008 schätzten per saldo 30% der Firmen die künftige Geschäftsentwicklung

pessimistisch ein, im September 2007 lag der entsprechende Saldo noch bei plus 8%.

Nachdem es den Unternehmen in den ersten Monaten 2008 bei verbesserter Geschäftslage vereinzelt gelungen war, die Warenbestände zu verringern, hat der Lagerdruck bei einer steigenden Zahl der Testfirmen inzwischen wieder zugenommen. Das hat sich auch in den Meldungen zu den Bestellplänen niedergeschlagen; immer mehr Testfirmen beabsichtigen, weniger Order als im Vorjahr zu vergeben. Sie haben auch ihre Beschäftigtenpläne nach unten korrigiert. Diese deuten nun eher auf eine Verringerung des Personalstands hin. Der in den zurückliegenden Monaten stark ausgeprägte Preisaufrtrieb scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben; die Großhandelsfirmen planten zuletzt weniger häufig eine Anhebung der Verkaufspreise.

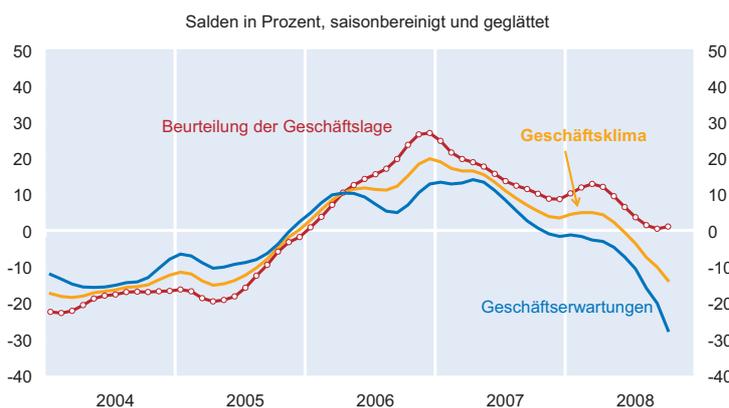
Deutliches Umsatzwachstum im Produktionsverbindungshandel

Die nominalen Umsätze des Produktionsverbindungshandels stiegen nach einer Stagnation im ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte 2007 deutlich an. Dabei haben speziell die Großhandelsunternehmen im Investitionsgüterbereich neben der guten Ertragslage und hoher Kapazitätsauslastung ihrer Abnehmer von einem Sondereinfluss profitiert: Ihre Kunden wollten nämlich vielfach die bis zum Jahresende 2007 befristete degressive Abschreibung nutzen. Bei einigen ihrer Lieferanten dürfte dieser Auftragsschub angesichts hoher Auslastung der Fertigungskapazitäten im vierten Quartal allerdings zu Lieferengpässen geführt haben, weshalb Produktion und Auslieferung erst zu Beginn des Jahres 2008 erfolgen konnten, womit die befürchtete Abschwächung ausgeblieben ist.

Infolge der günstigen Nachfrageentwicklung konnte der Großhandel mit industriellen Rohstoffen, Halbwaren etc. zwischen Januar und September 2008 ein reales Plus von 4,7% und der Großhandel mit Maschinen und sonstigen Ausrüstungen ein Plus von 8,1% verzeichnen. Nach den letzten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests erwartet jedoch ein zunehmender Anteil der Großhandelsunternehmen aus diesen Bereichen für die kommenden sechs Monate eine Absatzminderung. Per saldo gingen im Oktober 2008 rund 20% der Unternehmen von einer Geschäftsabschwächung in den nächsten Monaten aus, zu Beginn des Jahres lag der entsprechende Saldo der Konjunkturtestergebnisse für die Geschäftserwartungen noch bei plus 1,6%.

Für das gesamte Jahr 2008 ist im Produktionsverbindungshandel mit einem nomina-

Abb. 10
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

len Umsatzplus in der Größenordnung von rund 8 bis 9% (real: rund 5%) zu rechnen, trotz der zu erwartenden Geschäftsabschwächung zum Ende dieses Jahres. Ein positives Umsatzergebnis ist vor allem für den Rohstoffhandel zu erwarten. Dieses Plus ist allerdings auf zum Teil kräftig gestiegene Preise zurückzuführen, wobei sich der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr 2008 in einigen Bereichen der industriellen Rohstoffe deutlich abgeschwächt hat. Eine etwas geringere Umsatzsteigerung als im Vorjahr wird sich im **Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör** ergeben. Dazu trägt das schwächere Wachstum der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bei. Speziell im Geschäft mit Investitionsgütern für das verarbeitende Gewerbe dürften sich – aufgrund der schwächeren Nachfrageimpulse aus dem Ausland – eingetrübte Absatzperspektiven bemerkbar machen. Die baunahen Großhandelssparten profitieren von der Zunahme im öffentlichen Bau sowie im Wirtschaftsbau. Vom Wohnungsbau dürften dagegen kaum Impulse ausgehen.

Bisher reger Absatzverlauf im Konsumgüterhandel

Nach einem schleppenden Umsatzverlauf zu Jahresbeginn 2007 verzeichnete der Konsumgütergroßhandel einen Umsatzanstieg, der während des gesamten Jahres anhielt. Auch die ersten neun Monate des Jahres 2008 standen im Zeichen eines insgesamt günstigen Absatzverlaufs. Sowohl der **Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken etc.** als auch der **Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern** konnten vom Januar bis September 2008 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein nominales Plus von 6,3 bzw. 3,4% erzielen (real: – 1,0 bzw. 0,8%). Allerdings weisen die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests vom Oktober 2008 darauf hin, dass Testteilnehmer aus dem Bereich der Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel mit einer Geschäfts-

abschwächung in den kommenden sechs Monaten rechnen, im Bereich der Verbrauchsgüter dagegen ist der Pessimismus für die nächsten Monate nicht ganz so stark ausgeprägt (vgl. Abb. 11).

Für die meisten Bereiche des Konsumgütergroßhandels zeichnen sich für das gesamte Jahr 2008 Umsätze ab, die das Vorjahresergebnis nur noch geringfügig übertreffen werden. Die Großhandelsunternehmen in diesen (Konsum-)Bereichen dürften allenfalls vom leicht steigenden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte profitieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Konsumenten bei der Auswahl sowohl der Produkte als auch der Einkaufsstätten weiterhin und z.T. verstärkt preisgünstige Alternativen präferieren werden. Dadurch ergeben sich Vorteile für jene Großhandelsunternehmen, die sich in den letzten Jahren in der Beschaffung kostengünstiger Produkte vor allem aus den ost- und südasiatischen Produktionsländern positioniert und auf der Absatzseite einen Kundenkreis aufgebaut haben, der bei den Konsumenten als besonders preisaktiv angesehen wird.

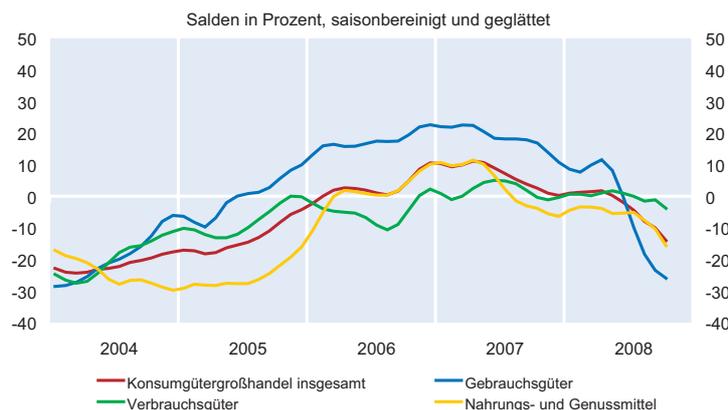
Deutliche Geschäftsabschwächung 2009

Es wird davon ausgegangen, dass sich infolge der Finanzmarkt- und Bankenkrise und der daraus resultierenden Wirkungen auf die meisten Sektoren des Großhandels die bisherige Geschäftsentwicklung abschwächen wird. Diese zum Ende des Jahres 2008 zu erwartende Abschwächung wird voraussichtlich bis zur Mitte des Jahres 2009 anhalten, danach wird sich der Geschäftsverlauf im Großhandel wieder normalisieren, und die Unternehmen in den gewerblichen Abnehmerkreisen der meisten Großhandelssektoren werden ihre zurückgefahrenen Lagervorräte wieder auffüllen.

Von diesen finanzmarktinduzierten Absatzminderungen wird vor allem der Konsumgütergroßhandel betroffen sein, da viele Verbraucher relativ kurzfristig ihre Anschaffungspläne z.B. für langlebige Gebrauchsgüter verändern bzw. zurückstellen werden. Die industrielle Nachfrage nach Rohstoffen, Halbwaren etc. sowie nach Maschinen und Ausrüstungen wird sich in den nächsten Monaten ebenfalls vermindern. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2009 werden sich vermutlich die In- und Auslandsnachfrage wieder positiv entwickeln, wenn auch nur mit sehr geringfügigen Wachstumsraten, da die Unternehmen ihre Geschäftspläne infolge der hohen Unsicherheiten auf ihren In- und Auslandsmärkten wohl sehr vorsichtig realisieren werden.

Abb. 11

Geschäftsklima im Konsumgütergroßhandel nach Gütergruppen



Für den gesamten Großhandel kann aufgrund der zu erwartenden konjunkturellen Abschwächung in der gewerblichen Inlandsnachfrage, des geringeren Anstiegs im Außenhandel sowie der erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mit einem nominalen Umsatzplus für das Jahr 2009 gerechnet werden. Unter Berücksichtigung sinkender Verkaufspreise für einige industrielle Rohstoffe wird sich auch real ein Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr ergeben.

Geschäftsentwicklung im Einzelhandel 2008 etwas günstiger als 2007

Anhand aktueller Zeitungsmeldungen über den Einzelhandel zeigte Manuel Birnbrich, ifo Institut, auf, dass die derzeitige Situation der Branche von den Medien sehr unterschiedlich dargestellt wurde: Negativen Meldungen mit Betonung auf einer allgemeinen Kaufzurückhaltung der Konsumenten und pessimistischen Aussichten für das Weihnachtsgeschäft standen auch einige positiv gefärbte Artikel gegenüber, die sich auf ein temporäres Umsatzwachstum in einzelnen Monaten dieses Jahres oder auf expansive Beschäftigungsplanungen verschiedener großer Einzelhandelsunternehmen bezogen.

Geht man nach den Umsatzzahlen der amtlichen Statistik, so kann die Geschäftsentwicklung des Einzelhandels 2008 bisher als verhalten positiv bezeichnet werden. Nach dem schwachen letzten Jahr, das auch wegen der Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung mit einem Umsatzminus endete, hat der Einzelhandel zwischen Januar und September 2008 wieder ein nominales Absatzplus in Höhe von 2,4%

Abb. 13
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel

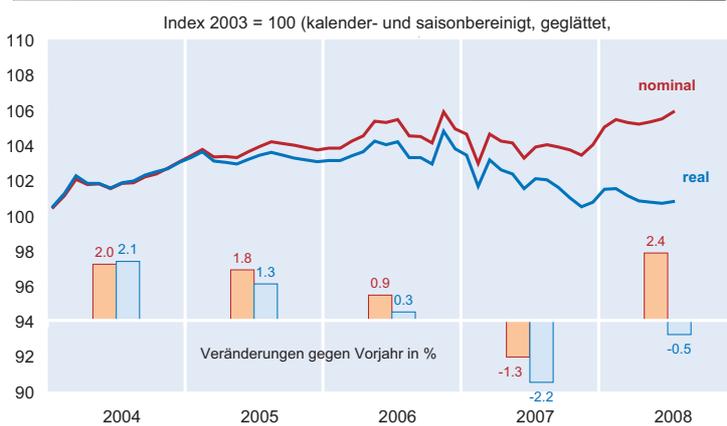


verbuchen können. Diese auf den ersten Blick günstige Entwicklung muss jedoch vor dem Hintergrund der in diesem Jahr stärker gestiegenen Einzelhandelspreise gesehen werden, denn real war erneut ein Umsatzminus von 0,5% zu verzeichnen (vgl. Abb. 12).

Das vom ifo Institut berechnete Geschäftsklima für den Einzelhandel zeigt, dass die Geschäftsentwicklung im Frühjahr 2008 noch recht günstig war, sich aber seit Mitte dieses Jahres deutlich verschlechtert hat (vgl. Abb. 13). Während zwischen Februar und Juni die Mehrheit der vom ifo Institut befragten Unternehmen mit ihrer **Geschäftslage** weitgehend zufrieden war, nahm die Zahl der negativen Stimmen zu Beginn der zweiten Jahreshälfte sichtlich zu. Auch der Start ins Herbstgeschäft war den letzten Umfrageergebnissen zufolge verhalten; im September verschlechterte sich die Geschäftslage noch einmal spürbar.

Parallel zur aktuellen Geschäftsentwicklung zeigten sich die Unternehmen auch in ihren **Geschäftserwartungen** seit Sommer zunehmend skeptisch. Es überwogen die Firmen, die mit einer weiteren Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten rechneten. Die Lagerbestände wurden im Durchschnitt wieder häufiger als überhöht empfunden, und die Orderpläne zeigen eine sich seit Jahresmitte verstärkende Zurückhaltung der Einzelhändler.

Abb. 12
Umsatzentwicklung im Einzelhandel^{a)}



Kauf- und Warenhäuser verlieren Marktanteile

Relativ schwach war der Geschäftsverlauf in diesem Jahr im **Lebensmittel-Facheinzelhandel**, der im Zuge der in den Medien stark thematisierten gestiegenen Lebensmittelprei-

se offenbar viele Kunden an die Filialsysteme, vor allem an die Discounter, verloren hat. Die Umsätze gingen zwischen Januar und September 2008 nominal um knapp 1% zurück, preisbereinigt sogar um 4,5%. Im klassischen **Sortiments-Lebensmitteleinzelhandel**, zu dem auch die großen Filialsysteme zählen, stiegen die Umsätze immerhin um 1,7%, preisbereinigt waren jedoch auch hier Einbußen von mehr als 3% zu verzeichnen.

Am günstigsten verlief die Entwicklung im »Sonstigen Facheinzelhandel«: Die Umsätze stiegen in den ersten neun Monaten 2008 nominal um fast 5%. Einer lebhaften Nachfrage konnte sich in diesem Jahr unter anderem der **Fahrradfachhandel** erfreuen, der vor dem Hintergrund der starken Benzinpreissteigerungen Mitte des Jahres offensichtlich viele neue Kunden gewonnen hat. Auch der Fachhandel mit **Unterhaltungselektronik** gehörte – wenigstens bis zum Herbstanfang – zu den erfolgreichen Einzelhandelszweigen. Die Fußball-Europameisterschaft und die Olympischen Spiele sorgten für einen erneuten Nachfrageschub bei Flachbildfernsehern, und auch Spielekonsolen wurden gut verkauft. Im Facheinzelhandel mit **Textilien, Bekleidung und Schuhen** sowie im Einzelhandel mit **Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf** nahmen die Umsätze nominal mit 1 bzw. 1,1% nur relativ moderat zu.

Mit einem besonders ungünstigen Geschäftsverlauf hatte der »Sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art« zu kämpfen, zu dem vor allem **Kauf- und Warenhäuser** gehören. Hier gingen die Umsätze zwischen Januar und September nominal um 1,7% zurück. Seit 2003 haben die Kauf- und Warenhäuser – preisbereinigt – mehr als 10% ihres Umsatzes eingebüßt und dabei Marktanteile an andere Vertriebstypen verloren. Die Konsumenten wenden sich zunehmend von den traditionellen Kauf- und Warenhäusern ab und bevorzugen den Einkauf in modernen Shopping Centern, deren Zahl in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

Energiepreissteigerungen zehren Einkommen der privaten Haushalte auf

Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels war in den letzten fünf Jahren, wenn man sie mit den Wachstumsraten des Großhandels vergleicht, relativ schwach. Insbesondere blieben die Einzelhandelsumsätze Jahr für Jahr hinter der Entwicklung des privaten Konsums und des verfügbaren Einkommens, den beiden wesentlichen Einflussfaktoren für die Entwicklung des Einzelhandels, zurück. Das bedeutet, dass die priva-

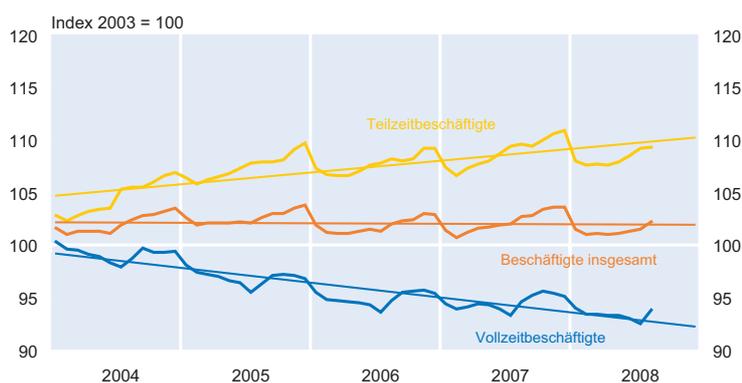
ten Verbraucher ihr Einkommen immer weniger für Käufe im Einzelhandel verwenden und es zunehmend für andere Zwecke ausgeben, z.B. für Wohnungsmieten, Energie oder Dienstleistungen. 2008 mussten die Verbraucher teilweise deutlich gestiegene Preise für Energie und für Treibstoffe verkraften. Die Preise für Dieselmotorkraftstoff lagen Mitte des Jahres zeitweise um mehr als 40% über dem Niveau von 2005. Haushaltsenergie hat sich seit 2005 um 30% verteuert. Der in den letzten Jahren rückläufige Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Konsumausgaben dürfte in diesem Jahr angesichts ebenfalls stärker gestiegener Preise für diese Produktgruppe wieder etwas zugenommen haben. Dagegen ist der Anteil der Ausgaben für Bekleidung und Schuhe sowie für Einrichtungsgegenstände und Haushaltsartikel bereits seit Jahren stetig rückläufig.

Einzelhandel setzt verstärkt auf Teilzeitkräfte

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel ist im bisherigen Jahresverlauf – entgegen der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – um 0,3% gesunken. Grund dafür war der weitere Rückgang bei den Vollzeitbeschäftigten (-0,8%), der sich im Vergleich zum letzten Jahr sogar noch verstärkt hat. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen geringfügig um 0,1%, allerdings hat sich das Wachstum gegenüber letztem Jahr abgeschwächt.

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigtenzahl seit 2003, so ist festzustellen, dass der Beschäftigtenzuwachs von rund 2% im Einzelhandel ausschließlich auf den deutlichen Anstieg bei den Teilzeitkräften zurückgeht (+10%), während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Einzelhandel in den letzten fünf Jahren um rund 7% zurückgegangen ist (vgl. Abb. 14).

Abb. 14
Beschäftigungsentwicklung im Einzelhandel^{a)}



^{a)} Ohne Kfz u. Tankstellen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

2008 und 2009 nur geringes Umsatzwachstum für den Einzelhandel

Die Auswirkungen der internationalen Banken- und Finanzmarktkrise auf den privaten Konsum und die Entwicklung des Einzelhandels sind schwer abzuschätzen. Bereits im ersten Halbjahr 2008 entwickelten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte nicht so gut wie erwartet. Im Vorjahresvergleich stagnierten sie weitgehend. Grund dafür waren vor allem die in der ersten Jahreshälfte um 2,9% gestiegenen Verbraucherpreise, die die Realeinkommen der Konsumenten schrumpfen ließen, und die weiter gestiegene Sparquote. Trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und deutlich gestiegener Nominallohne wird der **private Verbrauch** in diesem Jahr, der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2008 zufolge, real um 0,4% abnehmen. Was die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze angeht, herrscht insbesondere Unsicherheit darüber, wie sich die Konsumenten in Bezug auf das diesjährige Weihnachtsgeschäft verhalten werden. Da das Jahr 2007 für den Einzelhandel, sowohl insgesamt als auch speziell zum Jahresende, ungewöhnlich schlecht verlaufen ist und sich **2008** der Preisauftrieb spürbar beschleunigt hat, ist für dieses Jahr insgesamt nach nominaler Rechnung von einem Umsatzplus von etwa 1,5% auszugehen. Preisbereinigt dürften die Umsätze dagegen um rund 1% sinken.

Im nächsten Jahr wird sich die Konjunktur weiter abkühlen, so dass nach drei Jahren mit teilweise kräftigen Zuwächsen wieder mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen zu rechnen ist. Für die Konsumenten stehen einem niedrigeren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung höhere Ausgaben z.B. für die gesetzliche Krankenversicherung gegenüber. Darüber hinaus werden die aller Voraussicht nach wieder steigenden Preise für Energie und Verkehrsleistungen erneut einen beträchtlichen Teil des für Einkäufe im Einzelhandel zur Verfügung stehenden Budgets absorbieren. Unter diesen Voraussetzungen werden sich die **Einzelhandelsumsätze 2009** mit einem Plus von nur 0,5% (real: – 1%) noch etwas schwächer entwickeln als in diesem Jahr.

Perspektiven der Bau- und Heimwerkermarktbranche

Nach der Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Groß- und Einzelhandel insgesamt ging Frank Michel, Geschäftsführer des **Bundesverbandes Deutscher Heimwerker-, Bau- und Gartenfachmärkte (BHB)**, in seinem Vortrag auf die konjunkturelle Entwicklung sowie auf aktuelle Trends in der deutschen Bau- und Heimwerkermarktbranche ein. Die Entwicklung der Branche sei stark von externen Faktoren abhängig. 2007 wirkten sich beispielsweise der Wegfall der Eigenheimzulage sowie die Mehrwertsteu-

erhöhung negativ auf das Geschäft der Bau- und Heimwerkermärkte aus. Gartenfachmärkte wiederum seien sehr stark vom Wetter abhängig: Während Anfang 2007 die Umsätze wegen der günstigen Witterung deutlich gestiegen waren, fehlten derartige Impulse im ersten Quartal 2008, so dass die Umsätze deutlich hinter dem Vorjahresniveau zurückblieben. Erst im Mai und Juni kam das Geschäft mit Saatgut, Pflanzen, Gartengeräten und vor allem Gartenmöbeln angesichts des besser werdenden Wetters spürbar in Gang.

Aktuell litten die Bau- und Heimwerkermärkte unter der schwachen Entwicklung des privaten Konsums in Deutschland. Wegen der anhaltenden Skepsis bezüglich der bevorstehenden konjunkturellen Entwicklung und des relativ starken Anstiegs der Verbraucherpreise in diesem Jahr stellen die Konsumenten größere Renovierungs- und Modernisierungsprojekte am und im Haus zurück und beschränken sich auf kleinere Verschönerungsmaßnahmen. Bei den meisten in Baumärkten verkauften Warengruppen waren daher im bisherigen Jahresverlauf 2008 Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Insgesamt gingen die Umsätze der deutschen Bau- und Heimwerkermärkte nach Untersuchungen der GfK und des BHB in den ersten drei Quartalen 2008 um 0,7% zurück, flächenbereinigt sogar um 2,2%.

Positiv für die Geschäftsentwicklung der Bau- und Heimwerkermärkte sei die aktuell wieder zunehmende **Qualitätsorientierung** der Konsumenten, die zu einer höheren Nachfrage nach Markenprodukten führe. Neben guter Produktqualität erwarten die Kunden aber auch fachkundige **Beratung**, stets für Fragen verfügbares Personal und Übersichtlichkeit des Baumarktes. Erfolgreich und zukunftsfähig werden die Baumärkte sein, die eine gezielt auf ihre Hauptkundengruppen zugeschnittene Produktvorauswahl treffen und mit qualifiziertem Personal bisher ungenutzte Verkaufspotentiale, auch hinsichtlich zusätzlicher Dienstleistungen, erschließen.

Bezug nehmend auf Studien verschiedener großer Unternehmensberatungsfirmen, die in der letzten Zeit vielfach in den Medien zitiert wurden, teilte Herr Michel zwar die Auffassung, dass auf dem deutschen Bau- und Heimwerkermarkt Konsolidierungsbedarf besteht, war im Gegensatz zu den genannten Studien aber nicht der Meinung, dass als Ergebnis dieses Konsolidierungsprozesses von den derzeit am Markt aktiven großen Baumarktketten am Ende nur noch drei übrig bleiben werden.

Herausforderungen für den gehobenen Facheinzelhandel mit Haushaltswaren

In einem Beitrag zur aktuellen und strukturellen Situation im Facheinzelhandel ging Herr Gerald Funk, F.S. Kuster-

mann GmbH, München, auf die Anforderungen eines Facheinzelhandelsunternehmens mit einem tiefen und breiten Sortiment an Haushaltswaren in einem Ballungszentrum ein. Im Mittelpunkt des Angebots stehen Markenprodukte, die in ihrem Absatz weniger von konjunkturellen Faktoren, sondern in einem überwiegenden Maß von strukturellen Faktoren des Verbrauchs und Einkaufsverhaltens derjenigen Konsumenten abhängen, die über eine relativ hohe Kaufkraft verfügen können. Aus diesem Grund seien auch die Wettbewerbsbeziehungen zu den Discountern mit ihrem Sonderangeboten von preisgünstigen Non-Food-Produkten in den letzten Jahren zwar spürbar, aber nicht das Hauptproblem der Firma Kustermann gewesen, die sich hauptsächlich auf starke Marken des Haushaltswarenbereichs konzentriert und sich durch ein anspruchsvolles Warenangebot eine Stammkundschaft erarbeitet habe.

Die Kustermann GmbH habe sich in München als führendes Einzelhandelsgeschäft mit einer konsequenten Preispolitik für qualitätsvolle Markenwaren und einem umfangreichen Beratungs- und Serviceangebot gegenüber den »Billig-Anbietern« positioniert. Diese Anbieter könnten aufgrund ihres Organisationsgefüges und ihrer Kostenstrukturen keine angemessene Beratungsqualität für ihre Kunden anbieten, die für den großstädtischen Facheinzelhandel einer der wichtigsten Wettbewerbsparameter geworden sei. Dies sei auch ein wesentlicher Grund für die F. S. Kustermann GmbH gewesen, vor einigen Jahren eine umfassende fachliche Qualifizierung des Verkaufspersonals voranzutreiben, um möglichst über dieses Wettbewerbsinstrument eine hohe Kundenzufriedenheit und intensive Kundenbindung zu erzielen. Diese kostenintensive Qualitätsoffensive habe sich nach einer Anlaufzeit und immer wieder notwendig werdenden Feinjustierungen in den Schulungsprogrammen als positiv für die Umsatzentwicklung des Geschäfts erwiesen. Durch Testkäufe würde man auch weiterhin Schwachstellen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verkaufs offen legen und beseitigen.

Als eine hohe betriebliche Belastung stellte Herr Funk die in den letzten Jahren stark gestiegenen Betriebskosten des Facheinzelhandels heraus, insbesondere die hohen Energie- und Personalkosten. Diese Entwicklung habe die Handelsspanne und damit auch die Gewinnsituation im Facheinzelhandel negativ tangiert. Dieser Terrainverlust in der distributiven Wertschöpfung sei auch der Grund, dass der Einzelhandel in den nächsten Monaten versuche werde, seine Preise für bestimmte Qualitätswaren nach und nach anzuheben.

Hinsichtlich der künftigen Umsatzentwicklung sei man trotz der derzeitigen Finanz- und Bankenkrise verhalten optimistisch und erwarte auch in den kommenden Jahren einen

– wenn auch etwas abgeflachten – positiven Umsatzverlauf des Unternehmens. Die hohe Kundenbindung und das umfassende Angebot an Markenwaren mit anerkannter Qualität seien wichtige Stabilisatoren in der Umsatzentwicklung auch in konjunkturell schwierigen Zeiten.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch

Im einleitenden Referat ging Erich Gluch, ifo Institut, zunächst auf die aktuellen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests ein. Danach hat sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe zwar seit rund zwei Jahren leicht eingetrübt. Es ist aber immer noch nahezu so gut wie letztmals vor über 13 Jahren. Selbst in der Phase deutlicher Aufhellung im Verlauf des Jahres 1999 – nach der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler – wurden in der Spitze nur ähnlich gute Klimawerte erreicht.

Frühindikator signalisiert Verschlechterung der Geschäftslage

Bei einer Differenzierung nach Hoch- und Tiefbau zeigen sich nur geringe Unterschiede. Die Lage wird, trotz der Verschlechterung seit dem Herbst 2006, von den im Hochbau

tätigen Unternehmen als gut, von den im Tiefbau tätigen Unternehmen gerade noch als gut bewertet (vgl. Abb. 15). Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate waren bis zum Sommer 2007 noch recht optimistisch. Seitdem haben die eher pessimistischen Einschätzungen jedoch sichtlich zugenommen. In früheren Phasen mit einer vergleichbaren Eintrübung der Erwartungen (z.B. 1994/95 oder 2000) kam es anschließend zu spürbaren Verschlechterungen der Geschäftslage. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Geschäftslage noch weit bis ins Jahr 2009 hinein verschlechtern dürfte, ist somit relativ groß. Diese negative Entwicklung könnte jedoch durch die baurelevanten Beiträge des von der Bundesregierung Anfang November vorgestellten »Maßnahmenpakets« etwas abgemildert werden.

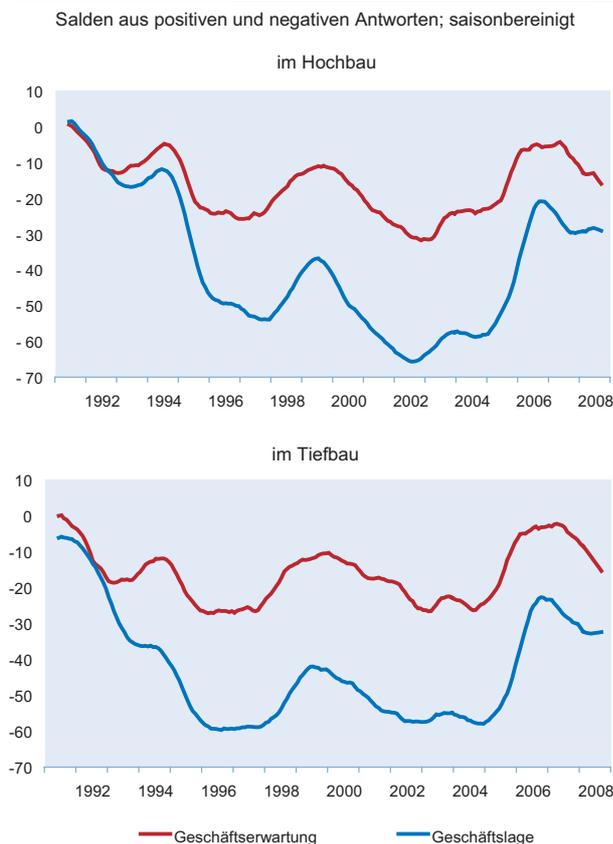
Die Situation im Wohnungsbau hat sich im Verlauf des Jahres 2008 weiter verschlechtert. Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, welche dramatische Veränderungen allein von Seiten des Staates erfolgten. So wurde die Wohnungsnachfrage bis Mitte der neunziger Jahre durch steuerliche Begünstigungen massiv stimuliert: In Ostdeutschland ermöglichte das sog. Fördergebietsgesetz Sonderabschreibungen in Höhe von 50% der jeweiligen Anschaffungskosten bzw. Herstellkosten – zusätzlich zur linearen AfA; wobei die Kosten sofort oder auf vier Jahre verteilt, geltend gemacht werden konnten. Aber auch in Westdeutschland waren die AfA-Sätze mit jeweils 8% in den ersten fünf Jahren überaus attraktiv. Allein in den beiden Jahren 1994 und 1995 wurden über eine Million Wohnungen in neu errichteten Gebäuden fertiggestellt.

Die ab 1996 eingeführte Eigenheimzulage konnte die bereits abgeschwächte Nachfrage nochmals für einige Jahre – im Wesentlichen die Jahre 1997 bis 1999 – etwas beleben. 2000 betrug die Belastungen des Bundes im Rahmen der Wohnungsbauförderung bereits 10 Mrd. € (rund 7 Mrd. € für Eigenheimzulagen sowie rund 3 Mrd. € »Steuerauffälle« aus noch laufenden Förderfällen über §10e und §34f EStG (Baukindergeld, vgl. Abb. 16). Trotz anhaltend hoher Belastungen für den Bund fiel die Zahl der Fertigstellungen jedoch bereits 2000 deutlich unter die Marke von 400 000 Wohnungen, 2001 waren es nur noch 286 000, was vor allem daran lag, dass viele Haushalte die Eigenheimzulage in Anspruch nahmen, um eine Wohnung aus dem Bestand zu erwerben.

Eigenheimzulage bereits nach zehn Jahren wieder gekippt

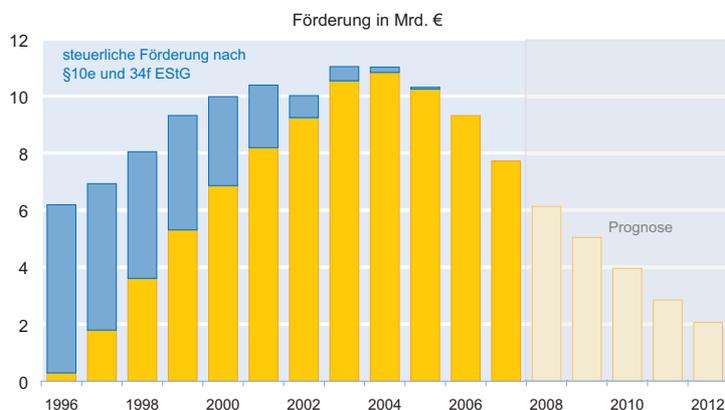
Rund drei Jahre lang hielt dann die Diskussion über die Abschaffung der Eigenheimzulage die Entwicklung der Wohnungsnachfrage in Schach. Bei jeder neuerlichen Ankündigung kam es zu einer – vorübergehenden – Verstärkung der Nachfrage. Den dritten und letzten großen Vorziehef-

Abb. 15
Geschäftslage und -erwartungen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 16
Entwicklung der Eigenheimzulage



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis „Steuerschätzungen“.

fekt gab es schließlich Ende 2005, als die große Koalition in einer ihrer ersten Amtshandlungen die Zulage endgültig zum 1. Januar 2006 kippte. Aufgrund zahlreicher legaler Möglichkeiten, die Zulage zu »retten«, obwohl erst nach dem 1. Januar 2006 mit dem Bau begonnen wurde, erfolgten noch viele »zulageberechtigte Fertigstellungen« in 2006. Mit rund 220 000 fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden wurde 2006 das Vorjahresergebnis jedoch lediglich um rund 6 000 Einheiten übertroffen.

Der Staat hat sich somit seit 1996 aus der Förderung des Wohnungsneubaus so gut wie komplett zurückgezogen, nachdem die degressive AfA – nach einigen schrittweisen Verschlechterungen – ebenfalls zum 1. Januar 2006 gestrichen wurde. Die Verlängerung der sog. Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre sowie die Rückführung des sozialen Wohnungsbaus auf eine bescheidene Restgröße erfolgte bereits etliche Jahre zuvor. Neben einigen Landesprogrammen stimuliert der Staat somit nur noch indirekt über das Wohngeld und die Bausparprämie in nur noch marginalem Umfang. Auch im aktuellen Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche finden sich keine Maßnahmen, die auf den Neubau von Wohnungen ausgerichtet sind.

Die vorliegenden statistischen Daten zeigen demzufolge auch bis heute noch keine Anzeichen einer Nachfragebelebung. So erreichten die neu akquirierten Aufträge zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern – nach den Ergebnissen der ifo Architektenumfrage – im ersten Halbjahr 2008 nicht mehr das bereits recht niedrige Niveau des vergleichbaren Vorjahreswertes. Auch im Geschosswohnungsbau war ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich der Umfang der Planungsaufträge in diesem Teilsegment bereits seit bald zehn Jahren auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau »eingependelt« hat.

Auch die Genehmigungsdaten geben noch keine positiven Signale. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden nur 45 323 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt. Das sind knapp 3% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; im ersten Halbjahr 2006 waren es sogar noch fast doppelt so viele. Bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen lag die Zahl der Genehmigungen im ersten Halbjahr dieses Jahres allerdings nur noch knapp unter dem Vorjahreswert (29 644 gegenüber 29 855 Wohneinheiten).

Weiter rückläufige Genehmigungsdaten im Wohnungsbau

Mit weniger als 100 000 genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wird 2007 und 2008 nicht einmal die Hälfte der Genehmigungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erreicht. Im Geschosswohnungsbau liegen die Genehmigungen mit rund 60 000 in 2007 und 2008 nur bei einem Bruchteil des Spitzenwertes aus dem Jahr 1994 (386 484 Wohneinheiten).

Aufgrund der insgesamt recht guten Wohnungsversorgung gibt es derzeit auch nur wenige Regionen, vor allem Städte mit hohem Wachstum und niedrigen Arbeitslosenquoten, in denen ein – akuter – Mangel an Wohnungen besteht. Andererseits verzeichneten beispielsweise die durch den Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW) vertretenen Unternehmen in Ostdeutschland im Jahr 2002 noch eine Leerstandsquote von rund 16%. Insbesondere im Rahmen des Programms »Stadtumbau Ost« haben umfangreiche Gebäudeabrisse stattgefunden. In den Jahren 2002 (Programmbeginn) bis 2007 wurden allein von den GdW-Unternehmen fast 200 000 Wohnungen abgerissen. Der ostdeutsche Wohnungsmarkt hat sich dadurch in den letzten Jahren sichtlich normalisiert. Die Leerstandsquote dürfte nunmehr nur noch rund 10% betragen. Nach den derzeitigen Plänen soll das Rückbauprogramm bis 2016 verlängert werden, wodurch weitere 300 000 Wohnungen vom Markt genommen würden. Die Leerstandsquoten von Ost- und Westdeutschland dürften sich dann bei ca. 3½ bis 4% annähern. Die positiven Effekte auf den Wohnungsneubau dürften aber 2009 und 2010 noch recht gering sein.

Ein wichtiger Einflussfaktor der Wohnungsnachfrage – neben staatlichen (Förder-)Maßnahmen sowie der demographischen Entwicklung – ist die Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte. Denn steigende reale Einkommen versetzen vermehrt Haushalte in die Lage, Wohneigentum nachzufragen oder ihre Wohnsituation durch eine grö-

Bere Wohnung zu verbessern. Die Einkommenssituation wurde 2007 von zwei Maßnahmen spürbar beeinträchtigt:

- Die Umsatzsteuer wurde zum 1. Januar 2007 von 16 auf 19% erhöht; der ermäßigte Satz in Höhe von 7% blieb bestehen. Das Kassenaufkommen der Steuern vom Umsatz erhöhte sich dadurch 2007 um 15,6% – rund 23 Mrd. € – auf fast 170 Mrd. €.
- Gleichzeitig wurde die sog. Entfernungspauschale, mit der Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten oder Betriebsausgaben steuerlich geltend gemacht werden konnten, gestrichen. Um Härtefälle zu vermeiden, werden allerdings weiterhin Aufwendungen ab dem 21. Entfernungskilometer wie bisher berücksichtigt.

Erstmals seit sieben Jahren mehr Geld für Kinder

In diesem Jahr lagen bislang, erstmals seit vielen Jahren, die Tarifaufschläge im Durchschnitt über den Verbraucherpreisen. Hinzu kommt ab 1. Januar 2009 die erste Erhöhung des Kindergeldes sowie des Kinderfreibetrags seit sieben Jahren. Auch wenn die absoluten Werte eher unbedeutend aussehen – das Kindergeld steigt für das erste und zweite Kind um 10 auf 164 €, für das dritte Kind sowie für alle weiteren Kinder um 16 auf 170 bzw. 195 € – erreicht das gesamte Volumen der Erhöhung rund 2,5 Mrd. €. Daneben wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, der erst Anfang dieses Jahres für die Jahre 2009 und 2010 noch einmal deutlich auf 2,8% herabgesetzt. Im Vergleich zu 2006, als dieser Satz noch 6,5% betrug, werden die Arbeitnehmer um jährlich rund 15 Mrd. € weniger belastet.

Die Entlastung der meisten Arbeitnehmer wird allerdings durch die Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 15,5% des Bruttoeinkommens mehr als ausgeglichen. Eine spürbare Entlastung der privaten Haushalte wird jedoch ab 1. Januar 2010 erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt werden die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in deutlich größerem Umfang als bisher steuerlich abzugsfähig sein. Diese Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts dürfte die Einnahmen des Fiskus ab 2010 um rund 8 bis 9 Mrd. € pro Jahr verringern.

Bei einer eher schwächeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahr dürften die Verbraucherpreise – und auch die Baupreise – wieder sichtlich langsamer ansteigen als noch in diesem Jahr. Insbesondere die Preise für Energie und Rohstoffe werden 2009 unter den Durchschnittswerten

dieses Jahr liegen. Damit dürften auch die Preise für die meisten Baumaterialien unter Druck geraten. Auch die Hypothekenzinsen dürften – zumindest noch 2009 – günstig bleiben.

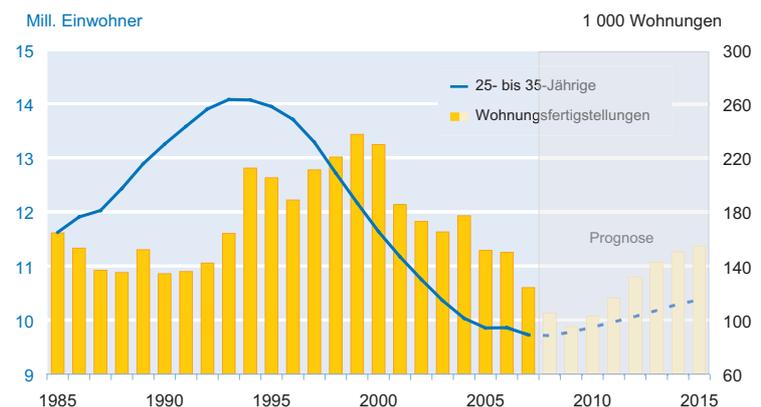
Trotz einiger positiver Entwicklungen werden die realen Einkommen bis 2010 allerhöchstens in bescheidenem Umfang zunehmen. Denn die derzeit hohe Verunsicherung der Bevölkerung wird sich nur sehr langsam abbauen. Dies bedeutet aber, dass selbst bei verbesserter Einkommenssituation in vielen Fällen zunächst die Sparquote erhöht wird – und nicht die Investitionsbereitschaft.

Dämpfender demographischer Einfluss zu Ende

Die demographische Entwicklung war über viele Jahre hinweg ein stark die Wohnungsnachfrage dämpfender Einflussfaktor. So verringerte sich die Zahl der 25- bis 35-Jährigen zwischen 1995 und 2005 um über 4 Millionen auf nur noch knapp 10 Millionen (vgl. Abb. 17). Und gerade von dieser Altersgruppe gehen im Allgemeinen die umfangreichsten Nachfrageimpulse aus, da junge Leute in diesem Alter besonders oft erstmals eine eigene Wohnung mieten oder gar eine eigene Wohnung erwerben. Bis 2010 wird sich die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe zwar nur geringfügig erhöhen. Von spürbaren positiven Effekten kann daher noch nicht ausgegangen werden. Andererseits hat zumindest die stark dämpfende Wirkung – durch den kräftigen Rückgang der Personen in dieser Altersgruppe – nach einer langen Periode ein Ende gefunden.

Am 8. April 2008 wurde vom Bundeskabinett ein Gesetzesentwurf zum Eigenheimrentengesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz soll die Integration der selbst genutzten Wohnimmobilie in die staatlich geförderte Altersvorsorge erfolgen.

Abb. 17
Anzahl der 25- bis 35-Jährigen und neu errichtete Wohnungen in Ein- und Zweifamiliengebäuden in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Das heißt, das in einem sog. Riester-Vertrag angesparte Kapital soll zukünftig vollständig für den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum verwendet werden können. Auch die späteren Tilgungsleistungen sollen der Förderung unterliegen. Der Gesetzgeber verspricht sich davon eine merkliche Belebung der Neubautätigkeit, aber auch eine Erhöhung der Wohneigentumsquote durch eine Zunahme bei den Mieterprivatisierungen. Experten gehen jedoch fast einhellig davon aus, dass die Effekte eher gering sein dürften, da das Gesamtkonzept sehr kompliziert ist – und daher für die meisten potentiellen Nutzer wenig attraktiv ist.

Es ist allerdings auch sehr gut möglich, dass der »Wohnungs-Riester«, ähnlich wie sein Vorgänger, einige Jahre benötigt, bis er in größerem Umfang von der Bevölkerung angenommen wird. Aber auch dies würde bedeuten, dass allenfalls mittel- bis langfristig positive Effekte für den Wohnungsneubau zu erwarten wären.

Andererseits kann jedoch damit gerechnet werden, dass eine Belebung der Nachfrage aus einem völlig anderen Grund erfolgen könnte. So kam es im Gefolge der mittlerweile weltweiten Finanzkrise auch zu kräftigen Einbrüchen an den internationalen Börsen. Deutsche Anleger wurden dabei besonders hart getroffen. Die Zahl der Aktionäre hat weiter abgenommen. Die Verunsicherung der Bevölkerung bezüglich der »Sicherheit« ihrer angesparten Vermögen hat sich dadurch merklich erhöht.

Stimuliert die Verunsicherung der Bevölkerung den Wohnungsbau?

Wurden lange Zeit die Gelder vor allem in Geldmarktfonds und Staatsanleihen umgeschichtet, mehren sich mittlerweile die Anzeichen, dass vielfach wieder die Immobilie als »sichere« Geldanlage entdeckt wird. Auch wenn der größere Teil dieses Anlagekapitals in bereits bestehende Gebäude fließen wird, dürfte es – vor allem in wachstumsstarken Regionen – auch zu einer Stimulierung der Neubaunachfrage kommen.

Die gesamten Wohnungsfertigstellungen lagen 2007 noch bei rund 210 000 Einheiten (vgl. Tab. 3). 2008 und 2009 wird selbst dieses niedrige Niveau nicht erreicht werden. Mit rund 195 000 bzw. 183 000 Fertigstellungen werden sogar neue Tiefpunkte erreicht. Selbst 2010 dürfte die Marke von 200 000 fertiggestellten Wohnungen noch knapp verfehlt werden.

Nach verschiedenen Schätzungen gehen derzeit bereits rund 70% der Wohnungsbauinvestitionen in die Altbaumerneuerung, also in den Wohnungsbestand. Das bedeutet, dass nur noch rund 30% auf den Bau neuer Wohngebäude entfällt. Dabei stehen anhaltend Maßnahmen zur

Verringerung des Energieverbrauchs an der ersten Stelle.

Amtliche Daten zum Umfang der Bestandsmaßnahmen sind leider nicht verfügbar. Gute Anhaltspunkte ergeben sich jedoch aus den Statistiken des GdW. Die in diesem Verband organisierten rund 3 000 Wohnungsunternehmen und -genossenschaften weisen einen Wohnungsbestand von rund 6 Millionen Wohnungen auf. Sie erreichen damit einen Marktanteil an allen Geschosswohnungen von fast 50% in Ostdeutschland bzw. knapp 25% in Westdeutschland. Der GdW erfasst regelmäßig Daten zur Investitionstätigkeit ihrer Mitglieder. Diese geben zumindest einen groben Anhaltspunkt zur möglichen Entwicklung im Bestandsbereich.

Nach den Umfrageergebnissen des GdW stiegen die Bauinvestitionen ihrer Mitgliedsunternehmen im Jahr 2007 um 4,1% (2006: + 6,8%). Aufgrund stark expandierender Neubautätigkeiten in Westdeutschland legten die Bestandsinvestitionen mit gut 2% sogar nur unterdurchschnittlich zu (2006: + 8,4%). Zu Beginn dieses Jahres planten die Mitgliedsunternehmen für 2008 eine Aufstockung ihrer Investitionsbudgets für Bestandsmaßnahmen um 2,2% auf knapp 7 Mrd. €; gut 70% davon sollten auf Maßnahmen an bereits bestehenden Wohngebäuden in Westdeutschland entfallen.

Umfangreiche öffentliche Mittel für energetische Sanierung

Diese Planansätze dürften jedoch 2008 deutlich übertroffen werden, da die Nachfrage nach den aus Haushaltsmitteln des Bundes finanzierten Programmen für energieeffizientes Bauen und Sanieren in diesem Jahr deutlich über den Vorjahreszahlen liegt. Mit dem Start der Förderinitiative »Wohnen, Umwelt, Wachstum« im Februar 2006 erfuhr die staatliche Förderung des Klimaschutzes bereits eine wesentliche Erweiterung. Die Programmfamilie »Energieeffizientes Bauen und Sanieren« umfasst mittlerweile folgende Programme:

- CO₂-Gebäudesanierungsprogramm:
In diesem Programm fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die energetische Sanierung von Wohngebäuden, die vor 1995 errichtet worden sind, wenn dadurch mindestens der Energiestandard von Neubauten erreicht wird.
- Programm »Wohnraum-Modernisieren«:
Neben Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz werden auch nichtenergetische Investitionen zur Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen und Wohngebäuden, zum alten- und behindertengerechten Umbau sowie zur Verbesserung des Wohnumfeldes von Mehrfamilienhäusern finanziert.

Tab. 3
Wohnungsfertigstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Teilgebieten und Gebäudearten 2000 bis 2010
 1 000 Wohnungen

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 ¹⁾ | 2008 ^{a)} | 2009 ^{a)} | 2010 ^{a)} |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Westdeutschland | | | | | | | | | | | |
| In neu errichteten Wohngeb. | 296,8 | 235,5 | 211,7 | 199,7 | 212,1 | 183,1 | 191,6 | 162,4 | 149,8 | 138,3 | 148,5 |
| davon in: | | | | | | | | | | | |
| Ein- und Zweifamiliengeb. | 182,2 | 149,7 | 140,4 | 136,1 | 147,1 | 126,1 | 125,8 | 106,1 | 88,7 | 80,1 | 86,4 |
| Mehrfamiliengebäuden ^{b)} | 114,6 | 85,8 | 71,3 | 63,6 | 64,9 | 57,0 | 65,8 | 56,3 | 61,1 | 58,2 | 62,1 |
| Sonstige Fertigstellungen ^{c)} | 36,1 | 29,0 | 26,9 | 25,6 | 24,9 | 23,7 | 24,2 | 21,4 | 19,3 | 19,1 | 21,8 |
| Wohnungen insgesamt | 332,9 | 264,5 | 238,6 | 225,2 | 237,0 | 206,8 | 215,7 | 183,8 | 169,1 | 157,4 | 170,3 |
| Ostdeutschland | | | | | | | | | | | |
| In neu errichteten Wohngeb. | 71,8 | 50,4 | 42,0 | 36,4 | 35,7 | 30,7 | 29,1 | 23,0 | 22,1 | 21,9 | 24,3 |
| davon in: | | | | | | | | | | | |
| Ein- und Zweifamiliengeb. | 47,5 | 35,7 | 32,4 | 29,1 | 30,1 | 25,4 | 24,3 | 18,0 | 16,115 | 14,9 | 16,7 |
| Mehrfamiliengebäuden ^{b)} | 24,3 | 14,8 | 9,6 | 7,3 | 5,6 | 5,3 | 4,8 | 5,0 | 6,0 | 7,0 | 7,6 |
| Sonstige Fertigstellungen ^{c)} | 18,4 | 11,3 | 9,0 | 6,5 | 5,3 | 4,9 | 4,6 | 4,0 | 3,5 | 3,3 | 3,9 |
| Wohnungen insgesamt | 90,1 | 61,7 | 51,0 | 42,9 | 41,0 | 35,5 | 33,7 | 26,9 | 25,6 | 25,2 | 28,2 |
| Deutschland insgesamt | | | | | | | | | | | |
| In neu errichteten Wohngeb. | 368,5 | 285,9 | 253,7 | 236,1 | 247,8 | 213,8 | 220,6 | 185,3 | 171,9 | 160,2 | 172,8 |
| davon in: | | | | | | | | | | | |
| Ein- und Zweifamiliengeb. | 229,7 | 185,4 | 172,9 | 165,2 | 177,2 | 151,5 | 150,1 | 124,0 | 104,8 | 95,0 | 103,1 |
| Mehrfamiliengebäuden ^{b)} | 138,8 | 100,6 | 80,8 | 70,9 | 70,6 | 62,3 | 70,6 | 61,3 | 67,1 | 65,2 | 69,7 |
| Sonstige Fertigstellungen ^{c)} | 54,5 | 40,3 | 35,9 | 32,0 | 30,2 | 28,6 | 28,8 | 25,4 | 22,8 | 22,4 | 25,7 |
| Wohnungen insgesamt | 423,0 | 326,2 | 289,6 | 268,1 | 278,0 | 242,3 | 249,4 | 210,7 | 194,7 | 182,6 | 198,5 |

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in (neu errichteten) Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Überwiegend Neubaumaßnahmen werden durch folgende Programme gefördert:

- Programm »Ökologisch Bauen«:
 Im Rahmen dieses Programms wird der Neubau von Wohngebäuden mit besonders niedrigem Energieverbrauch sowie die Installation von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Energieversorgung in Neubauten finanziert.
- Wohneigentumsprogramm:
 Neben dem Neubau (Erwerb) wird auch die Modernisierung von selbst genutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen gefördert.

Die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm waren bereits im Spätsommer annähernd aufgebraucht. Der Bund musste die Mittel damals bereits aufstocken. Insbesondere der dramatische Anstieg des Ölpreises dürfte viele Immobilienbesitzer veranlasst haben, schneller als ursprünglich geplant, Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz an ihren Gebäuden vornehmen zu lassen. Es überraschte daher nicht, dass die Bundesregierung in ihrem Anfang November beschlossenen Maßnahmenpaket zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche weitere Gelder zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden bereitstellen möchte. So werden die Mittel für das CO₂-Ge-

bäudesanierungsprogramm, den altersgerechten Umbau von Wohnraum sowie die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten und sonstige soziale Infrastruktur um insgesamt 3 Mrd. € für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt. Das bereits hohe Niveau der Bestandsmaßnahmen dürfte somit 2009 und 2010 gehalten oder sogar noch weiter gesteigert werden.

Fiskus beteiligt sich noch umfangreicher an Handwerkerleistungen

Seit 2006 können Selbstnutzer, also auch Mieter und Vermieter, die ihre Wohnung renovieren oder modernisieren, den Fiskus an Ihren Handwerkerrechnungen beteiligen. Nach dem Gesetz zur »Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen« werden nämlich 20% der entstandenen Kosten im Rahmen der Steuererklärung erstattet. Die Höchstgrenze der Aufwendungen – nur Dienstleistungen, keine Materialkosten – die steuerlich berücksichtigt werden, wird ab 2009 sogar von 3 000 auf 6 000 € pro Jahr erhöht.

Insbesondere die umfangreichen Bestandsmaßnahmen werden dazu führen, dass die Bauinvestitionen im Wohnungsbau in diesem Jahr um rund 1,5% steigen werden. Trotz der Aufstockung der staatlichen Fördermittel, vor allem zur

Tab. 4
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2000 bis 2010
 Verkettete Volumenangaben in Mrd. € (Referenzjahr 2000)

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ^{a)} | 2009 ^{a)} | 2010 ^{a)} |
|-------------------------|--|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Wohnungsbau | 140,92 | 132,37 | 124,64 | 123,45 | 119,82 | 115,27 | 121,77 | 122,14 | 124,0 | 122,7 | 124,6 |
| Nichtwohnhochbau | 64,18 | 62,68 | 58,23 | 55,59 | 52,58 | 51,52 | 53,85 | 56,79 | 59,9 | 59,7 | 60,2 |
| - gew. Hochbau | 53,49 | 52,36 | 48,26 | 46,02 | 43,70 | 42,90 | 44,85 | 47,47 | 50,1 | 49,8 | 50,3 |
| - öff. Hochbau | 10,69 | 10,32 | 9,97 | 9,58 | 8,89 | 8,63 | 9,02 | 9,34 | 9,8 | 9,9 | 9,9 |
| Tiefbau | 36,75 | 35,68 | 34,41 | 34,71 | 33,10 | 32,51 | 33,62 | 33,96 | 35,4 | 35,6 | 35,8 |
| - gew. Tiefbau | 16,66 | 16,38 | 15,91 | 16,19 | 15,42 | 15,65 | 16,50 | 17,01 | 17,7 | 17,8 | 18,0 |
| - öff. Tiefbau | 20,09 | 19,30 | 18,50 | 18,51 | 17,68 | 16,86 | 17,12 | 16,95 | 17,7 | 17,8 | 17,8 |
| Insgesamt | 241,85 | 230,72 | 217,28 | 213,72 | 205,48 | 199,28 | 209,25 | 212,92 | 219,3 | 218,0 | 220,5 |
| | Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | | |
| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 ^{a)} | 2009 ^{a)} | 2010 ^{a)} |
| Wohnungsbau | - 2,5 | - 6,1 | - 5,8 | - 1,0 | - 2,9 | - 3,8 | 5,6 | 0,3 | 1,5 | - 1,0 | 1,5 |
| Nichtwohnhochbau | - 2,2 | - 2,3 | - 7,1 | - 4,5 | - 5,4 | - 2,0 | 4,5 | 5,5 | 5,4 | - 0,3 | 0,8 |
| - gew. Hochbau | - 1,2 | - 2,1 | - 7,8 | - 4,6 | - 5,0 | - 1,8 | 4,5 | 5,9 | 5,5 | - 0,5 | 1,0 |
| - öff. Hochbau | - 6,6 | - 3,5 | - 3,4 | - 4,0 | - 7,2 | - 2,9 | 4,5 | 3,5 | 5,0 | 0,5 | 0,0 |
| Tiefbau | - 2,5 | - 2,9 | - 3,6 | 0,9 | - 4,6 | - 1,8 | 3,4 | 1,0 | 4,2 | 0,5 | 0,5 |
| - gew. Tiefbau | - 1,6 | - 1,7 | - 2,9 | 1,8 | - 4,8 | 1,5 | 5,5 | 3,1 | 4,0 | 0,5 | 1,0 |
| - öff. Tiefbau | - 3,3 | - 3,9 | - 4,1 | 0,1 | - 4,5 | - 4,6 | 1,5 | - 1,0 | 4,0 | 0,5 | 0,0 |
| Insgesamt | - 2,4 | - 4,6 | - 5,8 | - 1,6 | - 3,9 | - 3,0 | 5,0 | 1,8 | 3,0 | - 0,6 | 1,2 |
| davon: | | | | | | | | | | | |
| Hochbau | - 2,4 | - 4,9 | - 6,2 | - 2,1 | - 3,7 | - 3,2 | 5,3 | 1,9 | 2,7 | - 0,8 | 1,3 |
| Tiefbau | - 2,5 | - 2,9 | - 3,6 | 0,9 | - 4,6 | - 1,8 | 3,4 | 1,0 | 4,2 | 0,5 | 0,5 |
| davon: | | | | | | | | | | | |
| Wohnungsbau | - 2,5 | - 6,1 | - 5,8 | - 1,0 | - 2,9 | - 3,8 | 5,6 | 0,3 | 1,5 | - 1,0 | 1,5 |
| Nichtwohnbau | - 2,3 | - 2,6 | - 5,8 | - 2,5 | - 5,1 | - 1,9 | 4,1 | 3,8 | 5,0 | 0,0 | 0,7 |

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

energetischen Sanierung bestehender Wohngebäude, wird 2009 ein Rückgang um 1% nicht zu verhindern sein. Erst 2010 dürfte sich wieder – auch unterstützt von steigender Nachfrage im Neubaubereich – eine Belebung der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau einstellen (vgl. Tab. 4).

Nach den Boomjahren 2006 und 2007 verliert der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland in diesem Jahr deutlich an Schwung. Die deutschen Unternehmen sind zwar aufgrund der in den letzten Jahren durchgeführten Reformen auf dem Arbeitsmarkt sowie der gestiegenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit besser auf die weltweite Wirtschaftskrise vorbereitet als viele Unternehmen in anderen Industrienationen. Gleichwohl werden einzelne Branchen – neben den Banken – wie etwa der Automobilssektor in den beiden nächsten Jahren schwer zu kämpfen haben.

Gewerbliche Planungsaufträge weiter auf hohem Niveau

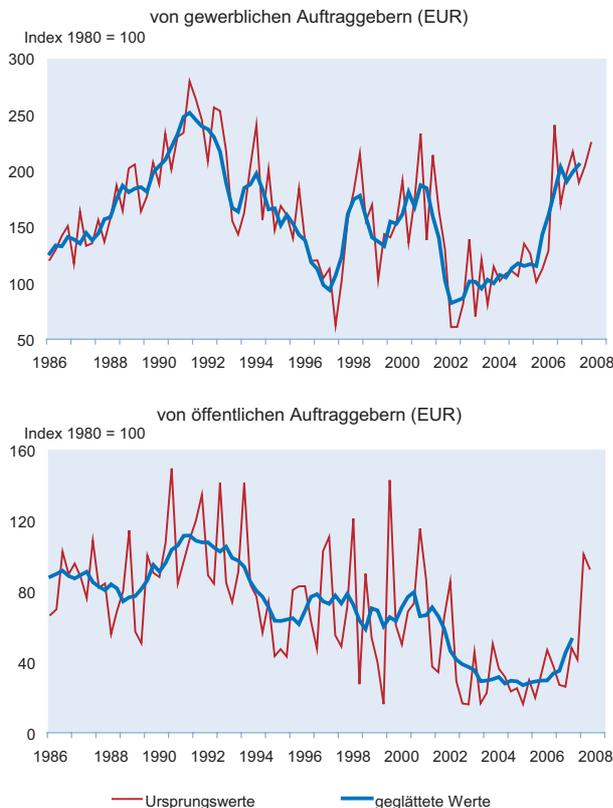
Dennoch ist das Geschäftsklima im gewerblichen Hochbau – nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests – im-

mer noch als gut zu bewerten, trotz einer leichten Eintrübung seit dem Sommer 2007. Die Auftragseingänge von gewerblichen Auftraggebern bei den freischaffenden Architekten befinden sich seit sieben Quartalen auf einem relativ hohen Niveau (vgl. Abb. 18 oben). Und die Auftragseingänge im gewerblichen Hoch- und Tiefbau weisen bei den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten immer noch – leicht – höhere Werte auf als im Vorjahr.

Diese Frühindikatoren geben also bislang immer noch positive Signale. Nach drei Jahren mit einer kräftigen Erhöhung der Bauinvestitionen (durchschnittlich + 5% p.a.) dürfte es kaum noch Unternehmen mit einem dringenden Bedarf an Baumaßnahmen geben. Die nächsten Jahre werden wohl in den meisten Firmen zur Konsolidierung genutzt werden.

Noch vor wenigen Jahren wurden im großen Stil ganze Produktionsbereiche »outsourced«, da insbesondere in den osteuropäischen Ländern oder in China zu deutlich niedrigeren Kosten produziert werden konnte. Diese Phase ist jedoch abgeschlossen: aufgrund steigender Logistik- und Personalkosten, zusätzlicher Planungskosten und Aufwendungen

Abb. 18
Geschätztes Bauvolumen der freischaffenden Architekten



Quelle: ifo Architektenumfrage.

für Qualitätssicherung oder wegfallender Steuervorteile für ausländische Unternehmen sowie steigende Landkosten verlagern immer mehr Firmen ihre Produktion wieder zurück nach Deutschland. Andererseits sehen sich die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes aufgrund der trüben Weltwirtschaftslage zunehmend mit einer nachlassenden Nachfrage konfrontiert, die die Kapazitätsauslastung reduzieren wird. Die Firmen werden somit zunächst bestrebt sein, erst einmal die vorhandenen Kapazitäten auszulasten. Daher dürften in einigen Fällen fest geplante Investitionsprojekte sogar zurückgestellt werden. Nach der aktuellen Kreditumfrage der Europäischen Zentralbank ist die Nachfrage nach Unternehmenskrediten für Anlageinvestitionen zwischen Juli und Oktober weiter zurückgegangen. Im Bereich der Industriegebäude ist somit in den beiden nächsten Jahren mit einer rückläufigen Neubautätigkeit zu rechnen.

Auch beim Bau von Bürogebäuden dürfte im Prognosezeitraum 2009 und 2010 die Entwicklung sehr verhalten verlaufen. So zeichneten sich gerade die deutschen Dienstleistungsunternehmen in den letzten Jahren als stabile Nachfrager moderner energieeffizienter und nachhaltig zu bewirtschaftender Büroflächen aus. Die globale Finanzkrise trifft aber gerade Banken, Versicherungen sowie IT-Dienstleister

besonders hart. In diesen Unternehmen wird daher tendenziell Personal abgebaut. Weitere Personalfreisetzungen dürften darüber hinaus aus zwei Bankenfusionen resultieren: der Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank sowie der Postbank durch die Deutsche Bank.

Schwacher Welthandel dämpft Nachfrage nach Lagerflächen

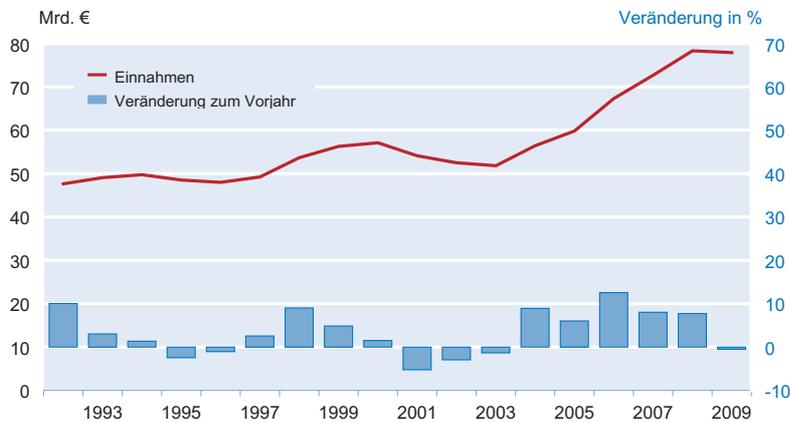
Nach der Öffnung Osteuropas ist Deutschland noch stärker als früher zu einer bedeutenden Verkehrsdrehscheibe mit zahlreichen Distributionszentren geworden. Im Gefolge davon wurden zahlreiche Lagergebäude sowie Logistikzentren errichtet bzw. ausgebaut. Hinzu kommt der Trend von Industrie und Handel, Vertriebs- und Lagerfunktionen sowie einzelne Produktionsbereiche auszulagern. Das führte einerseits zu weniger, dafür aber deutlich größeren Zentralumschlagsplätzen. Andererseits erhöhten sich die Handelsvolumina von Jahr zu Jahr derart, dass daraus ein erhebliches Flächennachfragepotential resultierte. Durch die merkbliche Abschwächung des Welthandels hat die Nachfrage nach Transportleistungen bereits nachgelassen, was auch zu einer sichtlichen Verringerung der Nachfrage nach Lagerfläche führte – und weiter führen wird.

In Konsolidierungsphasen kümmern sich Unternehmen im Allgemeinen wieder mehr um ihre Gebäudebestände. Auch die Erhöhung der Energieeffizienz der eigenen oder gemieteten Gebäude wird weiterhin eine hohe Priorität aufweisen. Der Rückgang bei der Neubautätigkeit wird somit – zumindest teilweise – durch umfangreichere Bestandsmaßnahmen ausgeglichen. Dennoch werden die Bauinvestitionen im Wirtschaftsbau, nach einem Anstieg um 5,2% in diesem Jahr, 2009 um 0,3% schrumpfen. Erst 2010 könnte sich wieder ein Plus von 1% ergeben.

Nach sechs Jahren rückläufiger Entwicklung wiesen die öffentlichen Bauinvestitionen 2006 einen Anstieg auf. Mit + 2,6% fiel er allerdings deutlich bescheidener aus als in den beiden anderen Bausparten. Insbesondere in diesem Jahr dürfte sich die öffentliche Baunachfrage weiter beleben, so dass die Bauinvestitionen in dieser Sparte um knapp 5% ansteigen dürften. Diese Prognose stützt sich auf bis zur Jahresmitte weiter steigende Auftragseingänge im öffentlich Hoch- und Tiefbau, ein immer noch gutes Geschäftsklima bei den im öffentlichen Bau tätigen Unternehmen des Bauhauptgewerbes sowie auf stark angestiegene Planungsaufträge öffentlicher Auftraggeber bei den freischaffenden Architekten (vgl. Abb. 18 unten).

Aber auch die verbesserte Haushaltssituation zahlreicher Gemeinden dürfte sich mittlerweile bemerkbar machen. So erhöhte sich das Gewerbesteueraufkommen, die Haupteinnahmequelle der Kommunen, zwischen 1992 und 2003

Abb. 19
Steuereinnahmen der Gemeinden 1992 bis 2009



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis „Steuerschätzungen“.

lediglich unbedeutend um 1 Mrd. € auf 24 Mrd. €. Erst 2004 setzte eine spürbare Verbesserung ein, so dass im Jahr 2007 Einnahmen in Höhe von 40,1 Mrd. € verbucht werden konnten.

Kräftige Steigerung der Steuereinnahmen der Gemeinden

Auch die weitere Entwicklung wird vom Arbeitskreis Steuerschätzungen recht positiv gesehen. So gingen die Experten auf ihrer letzten Sitzung am 4. und 5. November 2008 von einem Aufkommenszuwachs bei den auf die Gemeinden entfallenden Steuern von 5,7 auf 78,3 Mrd. € aus (vgl. Abb. 19). Die Gemeinden sind damit mit einem Plus von fast 8% der große »Gewinner«. 2009 dürfte das kräftig erhöhte Volumen jedoch nicht ganz erreicht werden.

Eine Mittelfristprognose legen die Experten leider nur einmal pro Jahr vor. Bei der vorletzten Sitzung im Mai 2008 gingen sie noch von Zunahmen bei den kommunalen Steuereinnahmen von durchschnittlich rund 5% in den Jahren 2010 bis 2012 aus. Diese Werte dürften wohl nicht erreicht werden. Andererseits ist aber auch nicht mit einem spürbaren Einbruch zu rechnen. Die Kommunen, die mit Abstand größten Investoren in Gebäude und Bauwerke, dürften damit in die Lage versetzt werden, wenigsten einen Teil der aufgeschobenen, aber dringend nötigen Baumaßnahmen, in Angriff zu nehmen.

Auch der Bund weist ein erhebliches Potential an dringend notwendigen Baumaßnahmen auf. So sind nach Angaben der Bundesregierung 15,4% aller Brücken im Fernstraßennetz so marode, dass sie umgehend saniert werden müssten. Auch bei Straßen sowie Schienen- und Wasserwegen ist die Situation nicht viel besser. Verbesserte

Gestaltungsspielräume dürften sich aus der Erhöhung der Lkw-Maut zum 1. Januar 2009 ergeben. Danach müssen Lkw-Fahrer mit schweren Lastwagen 16,3 anstatt 13,5 Cent je Kilometer an Maut entrichten. Noch drastischer erhöhen sich die Mautsätze für viele drei oder vier Jahre alte Fahrzeuge mit höheren Abgaswerten. Mit dieser Anhebung sollen die Mittel für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserwege um eine auf 5 Mrd. € steigen.

Aber auch im aktuellen Maßnahmenpaket zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung sind Gelder zur Stimulierung der öffentlichen Baunachfrage vorgesehen. So soll es besonders strukturschwachen Kommunen über zinsgünstige KfW-Mittel ermöglicht werden, Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen. Darüber hinaus gibt es 2009 und 2010 insgesamt 2 Mrd. € für dringliche Vorhaben im Bereich Verkehr. Diese Gelder sollen vor allem in Lärmschutz, in Instandhaltung und Ausbau der Bundesfernstraßen sowie in Schienen- und Wasserwege investiert werden.

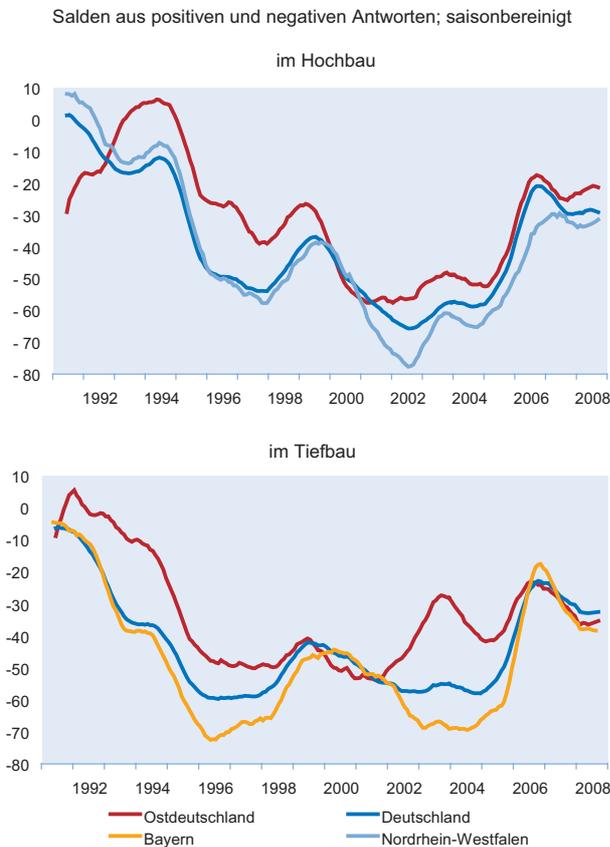
Angehoben werden auch die Haushaltsmittel, mit denen – über das KfW-Programm »Kommunalkredit Energetische Sanierung« – die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude verbessert werden soll. Verlängert bis zum 31. Dezember 2009 wurde das Investitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung«, in dem der Bau bzw. Umbau von Ganztagschulen sowie Kindertagesstätten oder Krippen gefördert wird. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften daher 2009 – trotz Wirtschaftsabschwächung – noch leicht ansteigen (+ 0,5%), 2010 auf dem dann erreichten Niveau stagnieren.

Baunachfrage vor zwei Jahren der Konsolidierung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Baunachfrage in diesem Jahr noch sehr positiv entwickeln wird (+ 3%). Insbesondere aufgrund schwacher Nachfrage im Wohnungsbau wird es 2009 zu einer Abschwächung kommen. Die gesamten Bauinvestitionen dürften um gut 1/2% schrumpfen. Erst 2010 ist wieder mit einem Wachstum von rund 1% zu rechnen.

Im abschließenden Teil seiner Ausführungen ging Erich Gluch auf die teilweise sehr großen Unterschiede in der konjunkturellen Entwicklung in einzelnen Bundesländern ein. So weisen beispielsweise die im Hochbau tätigen Unternehmen in Ostdeutschland bis zur Jahrtausendwende eine sichtlich bessere Geschäftslage auf als der Durchschnitt

Abb. 20
Geschäftslage



Quelle: ifo Konjunkturtest.

der Firmen in Deutschland, während die Verschlechterung im Verlauf des Jahres 2002 in Nordrhein-Westfalen besonders kräftig ausfiel (vgl. Abb. 20 oben). Im Tiefbau war demgegenüber Mitte der neunziger Jahre, aber auch 2003 und 2004, insbesondere bei den bayerischen Firmen die Geschäftslage erheblich schlechter als beim Durchschnitt der deutschen Firmen. Die ostdeutschen Tiefbauunternehmen waren 2003 mit ihrer Geschäftslage sogar merklich zufriedener als der Durchschnitt – was offensichtlich auf zusätzliche Aufträge zur Beseitigung der Flutschäden zurückzuführen sein dürfte (vgl. Abb. 20 unten).

Die drei externen Referenten zeigten anschließend exemplarisch Besonderheiten in der Entwicklung der Bauwirtschaft in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Ostdeutschland auf. Darüber hinaus stellten sie wesentliche Projekte vor, die die Bautätigkeit der nächsten Jahre erheblich prägen dürften.

Für den Flächenstaat Bayern, erläuterte Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband, spielen Investitionen in Straßen eine besonders große Rolle. Um das Verkehrsaufkommen wirtschaftlich und umweltfreundlich zu bewältigen, das seit der Wiedervereinigung sowie der Ostöffnung spürbar

angestiegen ist, hätte der Straßenbau in Bayern deutlich ausgeweitet werden müssen. Die Investitionen in Bundesfernstraßen, Staatsstraßen und kommunale Straßen lagen 2007 aber lediglich 18% über dem Niveau des Jahres 1996. Berücksichtigt man, dass vor allem in den Jahre 2006 und 2007 erhebliche Preissteigerungen vorgenommen wurden, so bleibt nur noch eine kleine reale Aufstockung der investierten Mittel.

Kommunale Bauinvestitionen in Bayern schrumpfen – Personalausgaben steigen

Für 2008 liegen die Planansätze sowohl im Bundesfernstraßenbau als auch beim kommunalen Straßenbau niedriger als 2007. Lediglich bei den Staatsstraßen ist eine Aufstockung um fast ein Viertel auf 206 Mill. € geplant. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von rund 40 Mill. € kommen allerdings ausschließlich aus dem Sonderetat »Bayern 2020«. Insbesondere die Zurückhaltung der Kommunen überrascht, da sich deren Haushaltssituation in den letzten Jahren merklich verbessert hat. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass sich die Gesamtausgaben der bayerischen Kommunen 2007 gegenüber 1995 um über 12% erhöht haben. Deutlich überdurchschnittlich kletterten dabei die Aufwendungen für die Sozialhilfe (+ 43,8%) sowie die Ausgaben für Personal (+ 20,2%) und Verwaltung (+ 20%), während die Baumaßnahmen in dieser Periode um 18% schrumpften.

Mit dem Aus für die Transrapid-Strecke zum Münchner Flughafen ist das letzte größere Verkehrsinfrastrukturprojekt Bayerns weggefallen. Eine neue, durchführbare Alternative ist noch nicht erkennbar. Auch die Bayern betreffenden Teilstrecken aus den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (VDE) sind abgeschlossen. Lediglich der Bau der ICE-Verbindung Nürnberg-Berlin stockt weiterhin.

Auch beim dritten Verkehrsträger – der Wasserstraße – geht es nicht voran: Der nicht vollendete Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen verhindert, dass die Donau als leistungsfähige europäische Wasserstraße einen gewichtigen Beitrag zur Entlastung der anderen Verkehrsträger im Gütertransport leisten kann. Denn voll ausgebaut wäre die Donau in der Lage, das Transportvolumen einer vierspurigen Autobahn zu bewältigen – mit weniger Energieverbrauch und damit auch weniger Umweltbelastung.

Der Bedarf an einem weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wäre in Bayern sogar besonders groß. Bayern liegt zwar im Zentrum der erweiterten EU, die Verkehrsinfrastruktur ist darauf aber noch nicht ausgerichtet. Dringend notwendig wäre beispielsweise ein nachhaltiger Ausbau des Fernstraßensystems und des Schienennetzes in Ost-West-Richtung.

Nach den Ausführungen von Jürgen Michel, Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen, verlief die Entwicklung der Bauwirtschaft bis Mitte der neunziger Jahre noch recht positiv bzw. zufriedenstellend. Seit 1996 war allerdings nicht nur die Auftragseingangsentwicklung bis 2005 kontinuierlich rückläufig; parallel hierzu vollzog sich auch in etwa gleichem Umfang ein Beschäftigtenabbau. Das heißt, in dieser Zehnjahresperiode verringerte sich der Umfang der Auftrags-eingänge sowie die Zahl der Beschäftigten um rund 45%. Erst seit 2006 verbesserte sich die Situation bei den Auf-tragseingängen; ein leichter Beschäftigtenabbau hielt aber bis 2007 an.

Nordrhein-Westfalen liegt im Schnittpunkt europäischer Hauptverkehrsachsen und ist darüber hinaus Knotenpunkt des Hafenhinterlandes von Rotterdam und Antwerpen. Im Fernstraßenbereich ist daher vor allem der sechsspurige Ausbau des Ruhrgebietsdreiecks Köln-Oberhausen-Dort-mund (A1-A2-A3) geplant. Im Schienenbereich sollen, neben der »Betuwe-Linie« (Ausbaustrecke Emmerich-Ober-hausen), der »Eiserne Rhein« sowie der »Rhein-Ruhr-Ex-press« die Verkehrsinfrastruktur verbessern.

Logistik-Standort Ruhrgebiet soll aufgewertet werden

Eine historische Bahnstrecke, die Antwerpen mit dem Duisburger Hafen verbindet, wurde 1992 endgültig stillgelegt. Nun soll mit einer neuen Güterbahntrasse, dem »Eisernen Rhein«, der Logistik-Standort Ruhrgebiet wieder stärker von dem stetig steigenden Containerumschlag im Hafen von Antwerpen profitieren. Dabei ist noch offen, ob die alte Bahntrasse reaktiviert wird oder ob ein Neu-bau günstiger ist.

Der geplante RRX-Rhein-Ruhr-Express soll als komfortables, schnelles, zuverlässiges und gut getaktetes Verkehrs-mittel das Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs an Rhein und Ruhr bilden. Bis spätestens 2015 soll das 1,4 Mrd. € teure System komplett fertiggestellt sein, bei dem der sechsspurige Ausbau der Schienentrasse zwi-schen Duisburg und Düsseldorf das wichtigste Einzelpro-jekt darstellt.

Nordrhein-Westfalen ist ein bedeutender Standort von Koh-lekraftwerken. Unter Umwelt- und Effizienzgesichtspun-ken sollen bis 2013 sukzessive alte Kraftwerke durch neue mit höheren Wirkungsgraden ersetzt werden. Zur Erreichung der Klimaschutzziele in Nordrhein-Westfalen sind diese In-vestitionen unverzichtbar.

Auch in Ostdeutschland, berichtete Susann Friedrich, Bau-industrieverband Sachsen/Sachsen-Anhalt, verlief die Ent-wicklung seit der Mitte der neunziger Jahre wenig erfreu-lich, wobei die Ertragslage der Unternehmen 2005 den bis-

herigen Tiefpunkt erreichte. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich seitdem auch die Betriebsstrukturen deut-lich verändert haben. So nahm in den neuen Bundeslän-dern die Zahl der Firmen im Bauhauptgewerbe von knapp 15 000 im Jahr 1995 auf rund 23 000 im Jahr 2005 zu. Seitdem ist ein geringfügiger Abbau zu beobachten. In der Zwölfjahresperiode 1995 bis 2007 schrumpfte der An-teil der »größeren« Betriebe (mit 50 und mehr Beschäftig-ten) von 12 auf 2%; nicht ganz so ausgeprägt war der Rück-gang bei den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten (18% in 2007 nach 54% in 1995). Der einzige »Gewinner« wa-ren die kleinen Betriebe mit unter zehn Beschäftigten, de-ren Anteil von lediglich gut einem Drittel in 1995 auf 78% im Jahr 2007 kletterte.

Die Bauinvestitionen in Ostdeutschland wurden bereits in den letzten Jahren von drei Programmen – den Verkehrs-projekten Deutsche Einheit (VDE), dem Solidarpakt sowie dem Stadtumbau Ost – ganz nachhaltig stimuliert. Auch in den nächsten Jahren werden im Rahmen dieser Program-me noch umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt.

Bald 20 Jahre Verkehrsprojekte Deutsche Einheit ...

Ziel der 1991 beschlossenen Verkehrsprojekte Deutsche Ein-heit (VDE) war es, das Zusammenwachsen der ost- und west-deutschen Bundesländer zu beschleunigen. Von den insge-samt 17 Projekten mit einem Gesamtvolumen von 38,8 Mrd. €, wurden bis Ende 2007 bereits 27 Mrd. € umgesetzt, das entspricht über zwei Drittel des Investitionsvolumens.

| Straße | Schiene | Wasserstraße |
|--------------------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|
| 7 Autobahnprojekte | 9 Projekte | 1 Projekt |
| Gesamtvolumen: 13,4 Mrd. € | Gesamtvolumen: 20 Mrd. € | Gesamtvolumen: 2,3 Mrd. € |
| Freigabe: 1 770 km im Bau: 130 km | bisher verausgabt: 12,7 Mrd. € | bisher verausgabt: 1,3 Mrd. € |
| Geplante Fertigstellung: 2010 | | |

Im Jahr 2001 wurde vereinbart, den Solidarpakt I (1995–2004) zu verlängern. Im Rahmen des anschließenden Soli-darpakts II stellt der Bund nunmehr bis 2019 den neuen Län-dern ein Volumen von 156,6 Mrd. € zur Verfügung, wobei der sog. Korb I die Bundesergänzungszuweisungen im Rah-men des Länderfinanzausgleichs in Höhe von 105,3 Mrd. € beinhaltet. Diese Mittel sollen für die Schließung der Infra-strukturlücke sowie zum Erhöhen der kommunalen Finanz-kraft genutzt werden. Korb II umfasst sonstige Zuwendun-gen des Bundes in Höhe von 51,1 Mrd. €. Die Zuweisun-gen sind degressiv ausgelegt. Das heißt, dass nach 10 Mrd. €

2007 ab 2008 die Mittel schrittweise gekürzt werden. 2019 werden nur noch 2 Mrd. € zugeteilt.

Seit 2002 wurden bereits 390 ostdeutsche Kommunen mit insgesamt 820 Stadtumbaugebieten mit Mitteln aus dem Stadtumbau Ost gefördert. Gemeinsam mit der Förderung zur Wohneigentumsbildung in innerstädtischen Altstadtquartieren liegt das Investitionsvolumen zwischen 2002 und 2009 bei 2,5 Mrd. €, wovon der Bund 1 Mrd. € trägt. Im Durchschnitt der Länder wurden in den letzten Jahren 60% der Fördersummen für Rückbau- und 40% für Aufwertungsmaßnahmen verwendet. Es ist davon auszugehen, dass das Programm über das Jahr 2009 hinaus fortgeführt wird.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Im ersten Block des Forums ging es um die **aktuelle konjunkturelle Situation und die wirtschaftlichen Perspektiven für 2009 und 2010**. Harald Blau und Gernot Nerb, ifo Institut, präsentierten die aktuellen Ergebnisse des ifo Dienstleistungs-Konjunkturtests bzw. die einschlägigen Ergebnisse der EU-Konjunkturumfrage³ und Erich Bagus, Feri Rating & Research AG, Bad Homburg, ging auf die Jahresprognosen für die einzelnen Dienstleistungssparten in den Jahren 2009 und 2010 ein. Im Anschluss daran wurden zwei Beispiele aus der angewandten Dienstleistungsforschung vorgestellt, zum einen aus dem Bereich des Messewesens (Stefan Koller, Messe München GmbH) und zum anderen aus der Regionalforschung (Dienstleistung und Standortentwicklung, Johannes Glückler, Universität Heidelberg).

Dienstleistungen: Aktuelle wirtschaftliche Situation und Ausblick auf die nächsten sechs Monate (Deutschland)

Der ifo Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe (ohne Handel, Kreditgewerbe, Leasing, Versicherungen und ohne Staat) ist zuletzt (Oktober 2008) deutlich gesunken. Die derzeitige Geschäftslage wurde von den Befragungsteilnehmern erneut weniger positiv eingestuft, war aber insgesamt noch gut. Die Dienstleister erwarten jedoch einen erheblich schwächeren Geschäftsverlauf in den kommenden sechs Monaten. Die Zahl der Firmen, die mit Umsatzrückgängen in der nächsten Zeit rechneten, hat sich deutlich erhöht. Der bisherige Beschäftigungsaufbau hat sich im Oktober nicht fortgesetzt.

Im **Transportwesen** hat sich das Geschäftsklima im Bereich Personenbeförderung zu Land, Güterbeförderung im Straßenverkehr, Taxibetriebe u.a. erneut verschlechtert. Für die nahe Zukunft erwarteten die Firmen einen spürbaren Umsatzrückgang. Der Bereich Güterbeförderung im Straßenverkehr meldete zuletzt eine schlechtere Geschäftslage. Bei der Sonderfrage nach Behinderungen der inländischen Geschäftstätigkeit berichteten die Firmen wieder deutlich häufiger über eine »unzureichende Nachfrage« (32% der Nennungen; Juli 2008: 20%). Auch »Finanzierungsengpässe«

³ Ergänzend zu den auf dem ifo Branchen-Dialog vorgestellten Ergebnissen wurden in der vorliegenden Auswertung auch die erst nachträglich veröffentlichten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests und der EU-Konjunkturumfrage für den Monat Oktober mit berücksichtigt. Bei den angesprochenen Konjunkturergebnissen handelt es sich um Originalwerte, eine Saisonbereinigung der Daten erscheint wegen des kurzen Stützbereichs derzeit noch nicht sinnvoll.

(21%) wurden öfter genannt, während der »Fachkräftemangel« mit 28% unverändert bedeutsam blieb. Der Bereich Spedition (einschließlich Logistik) beurteilte seine aktuelle Situation nicht mehr so günstig wie in den Vormonaten, der Lageindikator blieb aber im positiven Bereich. Bezüglich ihrer Geschäfte im kommenden halben Jahr waren die Unternehmen jedoch pessimistisch gestimmt. Der Geschäftsklimaindikator verschlechterte sich deutlich. Aufgrund der schwächer werdenden Nachfrage plante die Branche einen Personalabbau.

Im Bereich **Touristik** meldeten die Reisebüros und Reiseveranstalter zuletzt eine etwas günstigere Geschäftssituation. Für die nahe Zukunft erwarten die Firmen nur leichte Umsatzeinbußen, die Aussichten für die nächsten sechs Monate bewerten sie allerdings wesentlich skeptischer als in den Vormonaten. Preisanhebungen waren nur noch selten vorgesehen.

Bei den **Architektur- und Ingenieurbüros** hat sich das Geschäftsklima verschlechtert. Die aktuelle Geschäftslage gilt zwar nach Ansicht der befragten Firmen noch als gut, in ihren Geschäftserwartungen äußerten sich die Unternehmen jedoch sehr viel negativer als in den Vormonaten. Nach dem »Fachkräftemangel« (31%) wurde vor allem »unzureichende Nachfrage« (29%) als Behinderungsgrund genannt.

Der Bereich **Datenverarbeitung** stufte seine aktuelle Situation im Oktober noch positiver ein als in den Vormonaten. Allerdings wurden die bislang zuversichtlichen Perspektiven nach unten korrigiert und waren per saldo – zum ersten Mal seit 2001 – im negativen Bereich. Aus diesem Grund gab der Klimaindikator deutlich nach. Für die nahe Zukunft rechnen die Unternehmen jedoch mit einem leichten Umsatzplus und wollen zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Durch den »Fachkräftemangel« fühlten sich 23% der DV-Dienstleister in ihrer Geschäftstätigkeit behindert, was gegenüber dem Frühjahr nur eine leichte Entspannung widerspiegelt (April 2008: 32%).

Im Bereich **Unternehmens-/Steuer-/Rechtsberatung** (einschließlich Wirtschaftsprüfung, Marktforschung, Public-Relations-Beratung u.a.) bewerteten die Firmen zuletzt ihre momentane Lage günstiger, waren aber hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten sechs Monaten nicht mehr so optimistisch. Der Klimaindikator zeigte deutlich nach unten, blieb aber noch im positiven Bereich. Obgleich die befragten Unternehmen für die nächste Zeit von stagnierenden Umsätzen ausgingen, planten sie, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Die Preise wollte man in nächster Zeit anheben. Der Teilbereich Unternehmens- und Public-Relations-Beratung beurteilte seine aktuelle Lage nicht mehr ganz so günstig wie im September und war auch hinsichtlich der Entwicklung im kommenden halben Jahr weniger zuversicht-

lich. Die Firmen wollten die Zahl der Mitarbeiter noch leicht erhöhen.

Die **Werbebranche** bewertete im Oktober ihre aktuelle Situation wesentlich ungünstiger als im Vormonat, und bei den Aussichten für das nächste halbe Jahr hat sich die Zahl der skeptischen Stimmen stark erhöht. Der Geschäftsklimaindikator wurde zum ersten Mal seit 2005 wieder negativ (– 6 Prozentpunkte). Den Firmenantworten zufolge könnte in der nahen Zukunft aber noch ein leichtes Umsatzplus gelingen.

Im Bereich **Personal- und Stellenvermittlung/Überlassung von Arbeitskräften** wurde die aktuelle Situation zum dritten Mal in Folge ungünstiger beurteilt. Mit per saldo + 24% blieb der Lageindikator aber deutlich im positiven Bereich. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate wurden demgegenüber erheblich nach unten angepasst, so dass der Klimaindikator von + 8 auf – 18 Prozentpunkte abrutschte. 37% der Firmen sahen im Oktober ihre Geschäftstätigkeit durch eine unzureichende Nachfrage behindert, im Juli 2008 waren es nur 6% gewesen.

Im **Gastgewerbe** fiel die Lagebeurteilung etwas günstiger aus, die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate wurden jedoch erneut deutlich nach unten angepasst. Das Beherbergungsgewerbe (Hotels, Gasthöfe, Pensionen) bewertete seine momentane Situation merklich weniger positiv als bisher. Mehr als 40% der teilnehmenden Betriebe befürchteten in nächster Zeit Umsatzeinbußen. Auch die Perspektiven für das kommende halbe Jahr wurden spürbar skeptischer eingeschätzt. Der Bereich Gastronomie (Restaurants, Cafés) war mit seiner Lage etwas zufriedener und schätzte auch die Entwicklung in den nächsten sechs Monaten nicht mehr ganz so negativ ein wie im September. Der Klimaindikator stieg etwas, blieb aber im negativen Bereich.

Im Bereich **Mobilien-Leasing** hat sich die aktuelle Geschäftslage wesentlich verschlechtert. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2003 sackte der Lageindikator wieder in den negativen Bereich ab. Da auch die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate nochmals pessimistischer eingeschätzt wurden, sank der Klimaindikator auf – 16 Prozentpunkte.

Konjunkturelle Tendenzen auf dem europäischen Dienstleistungssektor

Der EU-Vertrauensindikator für den europäischen Dienstleistungssektor fiel im Oktober auf seinen tiefsten Stand seit Einführung der Dienstleisterumfrage vor zwölf Jahren. Im Durchschnitt der EG war die Verschlechterung des Dienst-

leistungs-Vertrauensindikatoren seit dem konjunkturellen Höhepunkt dieses Sektors im Herbst letzten Jahres wesentlich ausgeprägter als in Deutschland. Der stärkste Rückgang im bisherigen Konjunkturzyklus lag in Großbritannien, Italien sowie Ungarn vor. Der Rückgang des europäischen Vertrauensindikatoren ist – anders als in Deutschland – im aktuellen Konjunkturzyklus noch stärker ausgeprägt als im vorangegangenen Konjunkturabschwung 2000/2001.

Wachstumsprognose für den deutschen Dienstleistungssektor in den Jahren 2009 und 2010

Unternehmensdienstleister

Nach einem Umsatzwachstum (preisbereinigter Vorjahresvergleich) von 4,4% im Jahre 2008 ist im nächsten Jahr eine Wachstumsverlangsamung auf 2,3% und im Jahre 2010 wieder eine leichte Verstärkung des Wachstums auf 2,9% zu erwarten (vgl. Tab. 5). Die Wachstumsverlangsamung im Zeitraum 2007 bis 2010 gegenüber dem Zeitraum 2004 bis 2007 wird besonders deutlich, wenn man auf kumulierte Wachstumsraten abstellt. Bei diesem Vergleich ist mit einer Halbierung der Wachstumsrate auf 9,9% gegenüber 20,2% zu rechnen (vgl. Tab. 6)

**Tab. 5
Dienstleistungssektoren 1: Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr**

| | WZ-Nr. | 2008 | 2009 | 2010 |
|---------------------------------------|----------|------------|------------|------------|
| Unternehmensnahe Dienstleister | K | 4,4 | 2,3 | 2,9 |
| Immobilienwesen | 70 | 1,1 | 0,4 | 0,7 |
| Mobilienvermietung, -Leasing | 71 | 6,0 | 4,1 | 4,5 |
| Datenverarbeitung | 72 | 4,7 | 2,9 | 3,7 |
| Forschung und Entwicklung | 73 | 2,3 | 2,0 | 2,7 |
| Beratung, Planung, Auftragsdienst | 74 | 5,6 | 2,6 | 3,4 |
| Rechts-, Wirtschaftsberatung | 74.1 | 5,3 | 3,3 | 3,9 |
| Rechtsberatung | 74.11 | 4,5 | 1,9 | 2,6 |
| Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung | 74.12 | 1,9 | 1,7 | 2,3 |
| Markt-, und Meinungsforschung | 74.13 | 4,5 | 3,2 | 4,0 |
| Unternehmensberatung | 74.14 | 8,8 | 5,1 | 5,6 |
| Beteiligungsgesellschaften | 74.15 | 5,5 | 3,7 | 4,2 |
| Architektur- und Ingenieurbüros | 74.2 | 4,8 | 1,9 | 1,7 |
| Technische Untersuchung | 74.3 | 2,0 | 1,4 | 1,9 |
| Werbung | 74.4 | 1,5 | 1,0 | 1,9 |
| Personalvermittlung und -überlassung | 74.5 | 10,6 | 3,8 | 5,7 |
| Sicherheitsdienste, Detekteien | 74.6 | 2,2 | 1,2 | 1,9 |
| Gebäudereinigung | 74.7 | 2,1 | 1,5 | 1,4 |
| Auftragsdienste | 74.8 | 8,4 | 2,5 | 4,2 |

Quelle: Feri EuroRating Services AG.

**Tab. 6
Dienstleistungssektoren 1: Umsatz, preisbereinigt, kumulierte Veränderung in %**

| | WZ-Nr. | 2007 gg. 2004 | 2010 gg. 2007 |
|---------------------------------------|----------|---------------|---------------|
| Unternehmensnahe Dienstleister | K | 20,2 | 9,9 |
| Immobilienwesen | 70 | 14 | 2 |
| Mobilienvermietung, -Leasing | 71 | 19 | 15 |
| Datenverarbeitung | 72 | 14 | 12 |
| Forschung und Entwicklung | 73 | 14 | 7 |
| Beratung, Planung, Auftragsdienst | 74 | 26 | 12 |
| Rechts-, Wirtschaftsberatung | 74.1 | 22 | 13 |
| Rechtsberatung | 74.11 | 17 | 9 |
| Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung | 74.12 | 5 | 6 |
| Markt-, und Meinungsforschung | 74.13 | 37 | 12 |
| Unternehmensberatung | 74.14 | 34 | 21 |
| Beteiligungsgesellschaften | 74.15 | 30 | 14 |
| Architektur- und Ingenieurbüros | 74.2 | 19 | 9 |
| Technische Untersuchung | 74.3 | 6 | 5 |
| Werbung | 74.4 | 13 | 4 |
| Personalvermittlung und -überlassung | 74.5 | 98 | 21 |
| Sicherheitsdienste, Detekteien | 74.6 | 7 | 5 |
| Gebäudereinigung | 74.7 | 5 | 5 |
| Auftragsdienste | 74.8 | 39 | 16 |

Quelle: Feri EuroRating Services AG.

Die Umsatzschwerpunkte der Unternehmensdienstleister liegen im Immobilienwesen, in der Datenverarbeitung, bei Auftragsdiensten (wie Call Center, Messe-, Verpackungs-, Sekretariatsdiensten u.Ä.), Architektur- und Ingenieurbüros sowie in der Mobilienvermietung. Dies sind überwiegend wachstumsstarke Branchen, deren Expansion eng mit der Investitionstätigkeit von Unternehmen und staatlichen Institutionen bzw. mit den Exporterfolgen des verarbeitenden Gewerbes verknüpft ist.

Ein beachtenswertes Basiswachstum schöpfen die Unternehmensdienste aus der Auslagerung von Servicefunktionen aus der gewerblichen Wirtschaft. Sie können daher über die gesamtwirtschaftliche Investitionsaktivität hinaus zusätzliche Marktanteile gewinnen.

Damit geht aber zugleich eine verstärkte Einbindung in die Produktionsprozesse von Industrie, Handel und übrigen Dienstleistern einher, so dass die strukturellen Wachstumsvorteile des unternehmensnahen Sektors zunehmend von konjunktursensiblen Investitionsentscheidungen überlagert werden.

Folglich expandieren die Unternehmensdienste im Vergleich zu den öffentlichen und persönlichen Diensten nicht nur mit deut-

lich höherer Dynamik, sondern auch mit größeren Auslastungsschwankungen. Letztere schlagen sich in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl aber nur unvollständig bzw. verzögert nieder, zumal viele unternehmensnahe Wirtschaftszweige intensiv um qualifiziertes und erfahrenes Fachpersonal ringen, z.B. im Ingenieurbereich. Im Hinblick auf die Beschäftigungsausweitung bei Unternehmensdiensten darf ferner die außergewöhnlich starke Expansion der Branche »Personalvermittlung und -überlassung« nicht unerwähnt bleiben, die vor allem durch bereits weiter zurückliegende merkliche Deregulierungen der Zeitarbeit begünstigt wird.

Öffentliche und persönliche Dienstleistungen

Anders als bei den Unternehmensdienstleistern dürfte es hier in den nächsten zwei Jahren zu einer Wachstumsverstärkung kommen (vgl. Tab. 7, Tab. 8 und Abb. 21). Diese Aussage gilt auch bei einem Mehrjahresvergleich (2010 gegenüber 2007 und 2007 gegenüber 2004).

Für das kommende Jahr haben sich besonders die Umsatzperspektiven von Gesundheits- und Sozialdiensten merklich erhöht, weil das Ausgabenpotential der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im Zusammenhang mit Vergütungs- und Verwaltungsreformen, höheren Grundlöhnen sowie Beitragssatzsteigerungen merklich expandiert.

Dahinter stehen sowohl die Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Kranken- (ca. 0,5 Prozentpunkte ab 1. Januar 2009) und Pflegeversicherung (Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte vom 1. Juli 2008, zur Hälfte für 2009 wirksam) als auch die seit einiger Zeit etwas stärker zulegender Bruttolöhne der Arbeitnehmer, so dass (bei einigermaßen stabiler Beschäftigtenzahl) das Einnahmepotential der Krankenkassen gesteigert wird.

Auf der Ausgabenseite der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen kommen zusätzliche Honorarzusagen von mehr als 2,5 Mrd. € an die niedergelassenen Ärzte im Zusammenhang mit der Neuordnung der Honorierung zum Tragen. Zudem sieht das Krankenhausfinanzierungs-Reformgesetz

Tab. 7
Dienstleistungssektoren 2: Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

| | WZ-Nr. | 2008 | 2009 | 2010 |
|--|------------|------------|------------|------------|
| Öffentliche und persönliche Dienste | L-O | 1,0 | 1,1 | 1,3 |
| Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung | L | 0,9 | 1,5 | 0,8 |
| Erziehung und Unterricht | M | 0,6 | 0,3 | 0,3 |
| Kindergärten, Grundschulen | 80.1 | -0,2 | -0,4 | -0,6 |
| Weiterführende Schulen | 80.2 | 1,4 | 0,4 | 0,7 |
| Hochschulen | 80.3 | 1,2 | 0,9 | 0,8 |
| Erwachsenenbildung | 80.4 | -1,6 | 0,2 | -0,2 |
| Gesundheit und Soziales | N | 1,2 | 1,6 | 2,3 |
| Gesundheitswesen | 85.1 | 0,7 | 0,9 | 2,0 |
| Krankenhäuser | 85.11 | 0,1 | 0,5 | 2,2 |
| Arztpraxen | 85.12 | 1,6 | 3,2 | 1,9 |
| Zahnarztpraxen | 85.13 | 0,8 | 0,1 | 1,4 |
| Sonstige Heilberufe, Rettungsd. u.a. | 85.14 | 0,9 | -1,1 | 1,9 |
| Veterinärwesen | 85.2 | 1,0 | 0,6 | 1,9 |
| Sozialwesen | 85.3 | 3,0 | 3,7 | 3,3 |
| Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a. | O | 1,0 | 0,6 | 1,2 |
| Entsorgung | 90 | 0,2 | -0,1 | 0,6 |
| Interessenvertretungen | 91 | 1,2 | 0,8 | 1,3 |
| Kultur, Sport und Unterhaltung | 92 | 1,3 | 0,9 | 1,4 |
| Persönliche Hygiene u.a. | 93 | 0,8 | 0,3 | 0,9 |

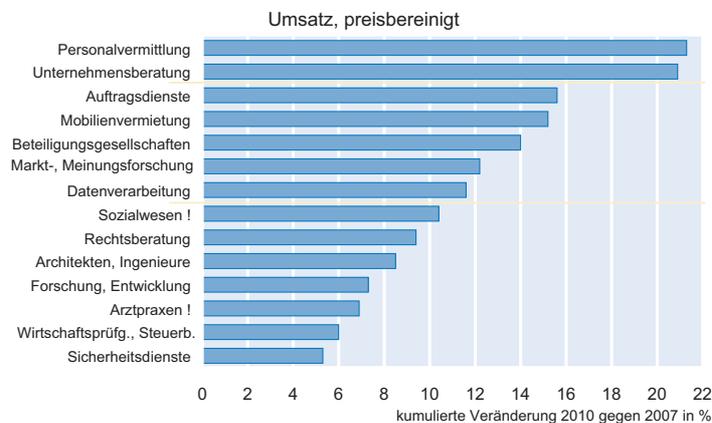
Quelle: Feri EuroRating Services AG.

Tab. 8
Dienstleistungssektoren 2: Umsatz, preisbereinigt, kumulierte Veränderung in %

| | WZ-Nr. | 2007 gg. 2004 | 2010 gg. 2007 |
|--|------------|---------------|---------------|
| Öffentliche und persönliche Dienste | L-O | 2,3 | 3,4 |
| Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung | L | 3 | 3 |
| Erziehung und Unterricht | M | 2 | 1 |
| Kindergärten, Grundschulen | 80.1 | 1 | -1 |
| Weiterführende Schulen | 80.2 | 3 | 3 |
| Hochschulen | 80.3 | 3 | 3 |
| Erwachsenenbildung | 80.4 | -3 | -2 |
| Gesundheit und Soziales | N | 2 | 5 |
| Gesundheitswesen | 85.1 | -1 | 4 |
| Krankenhäuser | 85.11 | -4 | 3 |
| Arztpraxen | 85.12 | 3 | 7 |
| Zahnarztpraxen | 85.13 | 1 | 2 |
| Sonstige Heilberufe, Rettungsd. u.a. | 85.14 | 2 | 2 |
| Veterinärwesen | 85.2 | 8 | 4 |
| Sozialwesen | 85.3 | 9 | 10 |
| Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a. | O | 2 | 3 |
| Entsorgung | 90 | -5 | 1 |
| Interessenvertretungen | 91 | 2 | 3 |
| Kultur, Sport und Unterhaltung | 92 | 5 | 4 |
| Persönliche Hygiene u.a. | 93 | 2 | 2 |

Quelle: Feri EuroRating Services AG.

Abb. 21
Wachstumsprognose Dienstleistungssektor



Quelle: Feri EuroRating Services AG.

(KHRG) für die Krankenhäuser in 2009 Mehreinnahmen von 3,2 Mrd. € vor. Allein diese außerordentlichen Einnahmehöhen im Gesundheitswesen bedeuten schon ca. 1% Umsatzwachstum für die öffentlichen und persönlichen Dienste, wobei ein Großteil dieses Wachstums als reiner Preiseffekt zu werten ist.

Hinzu kommt natürlich noch die nahezu zwangsläufige reale Leistungsausweitung als Folge der demographischen Entwicklung. Zur Finanzierung dieses Basiswachstums trägt die private Krankenversicherung einen wachsenden Anteil bei, ganz zu schweigen von zunehmend direkt mit den privaten Haushalten abgerechneten Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen.

Öffentliche und persönliche Dienste folgen zwar insgesamt einem flachen, dafür aber auch wenig schwankenden Wachstumspfad. Den Umsatz- bzw. Einnahmenschwerpunkt dieser Dienste bildet mit rund 31% Anteil am Gesamtumsatz der Sektor »Gesundheit und Soziales«, gefolgt von der öffentlichen Verwaltung (inkl. Sozialversicherung) mit 27%, der Sammelbranche »Entsorgung, Interessenvertretung, Kultur u.a.« (24%) und dem Sektor »Erziehung und Unterricht« (gut 17%).

Die Nachfrage nach diesen Diensten wird vorwiegend von der Bevölkerungsentwicklung sowie der Konsumbereitschaft der öffentlichen und privaten Haushalte bestimmt und leitet sich in erster Linie aus den staatlichen und privaten Einnahmen bzw. Einkommen sowie den entsprechenden Ausgabenbudgets ab.

Für einen Großteil der konsumabhängigen Serviceleistungen im Bereich »Entsorgung, Interessenvertretung, Kultur u.a.« stellt der langjährig verhaltene private Konsum auch zukünftig eine nur schwer überwindbare Nachfrageherde dar, zumal ein dauerhafter realer Zuwachs der

frei verfügbaren Kaufkraft kaum zu erwarten ist. Neben eher gedämpften Effektivlohnsteigerungen und deutlichen Preiserhöhungen bei Grundbedarfsgütern wirken sich dahingehend sowohl die steigende Bedeutung von Leiharbeitsverhältnissen und Teilzeit- sowie Minijobs als auch die schrumpfende Bevölkerungszahl negativ aus. Die Leistungsanbieter im Erziehungs- und Unterrichtswesen sind besonders durch dauerhaft sinkende Kinder- und Jugendlizenzen benachteiligt, und zwar trotz steigender Qualitätsanforderungen an das Bildungsangebot.

Auf der anderen Seite profitiert mit dem Fokus auch die öffentliche Verwaltung (inkl. Sozialversicherung) von im Trend spürbar steigenden Staatseinnahmen, beispielsweise durch höhere Steuer- und Abgabensätze oder durch die »kalte Progression« der Einkommensteuer. Außerdem haben sich besonders für das kommende Jahr die Umsatzerwartungen von Gesundheits- und Sozialdiensten merklich erhöht, weil das Ausgabenpotential der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im Zusammenhang mit Vergütungs- und Verwaltungsreformen, höheren Grundlöhnen sowie Beitragssatzsteigerungen merklich expandiert. Real unterlegt wird diese Entwicklung durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung, die ein nahezu zwangsläufiges und zeitweilig auch recht dynamisches Basiswachstum von Wellness- bzw. Gesundheits- und Sozialdiensten bewirkt.

Da ein großer Teil der entsprechenden Serviceangebote als individuelle Sachleistung über Konsumausgaben des Staates bzw. der Sozialversicherung finanziert wird, leidet der Ausbau dieser personalintensiven und potentiell sehr beschäftigungsfördernden Dienste in der Langfristbetrachtung dennoch sowohl unter direkten Steuerungseingriffen durch die öffentliche Hand als auch unter gesetzlich verordneten Kostendämpfungsmaßnahmen. Letztere laufen faktisch darauf hinaus, bisher öffentlich bereitgestellte Leistungen zunehmend selbst zu verantworten und privat zu finanzieren. Obwohl dieser Prozess zum Teil die ohnehin steigende Wertschätzung der individuellen Gesundheit durch die alternde Bevölkerung widerspiegelt, fixiert er zugleich bisher eher frei verfügbare Einkommensbestandteile für bestimmte Verwendungszwecke.

Folglich bleibt für die übrigen, mehr einkommensabhängigen persönlichen Serviceangebote weniger Kaufkraft übrig. Im Bereich der persönlichen Dienste stehen also gewichtige Branchen mit den übrigen Sparten im direkten Wettbewerb. Bei unternehmensnahen Diensten wirken die exogenen Nachfragedeterminanten demgegenüber gleichförmiger, während sich Konkurrenzbeziehungen zwischen Branchen eher auf Einzelfälle beschränken. Insofern überrascht

es auch nicht, dass der Beschäftigtenstamm der Unternehmensdienste sowohl in den vergangenen Jahren als auch im Prognosezeitraum um eine deutlich größere Kopfzahl zulegen, als dies bei den öffentlichen und persönlichen Diensten der Fall ist.

Ausgewählte Beispiele aus der Dienstleistungsforschung

Wie bei den vorangegangenen Branchen-Dialog-Veranstaltungen wurden im Forum ergänzend zu dem Konjunkturausblick im Dienstleistungssektor auch zwei Beispiele aus der angewandten Dienstleistungsforschung präsentiert. Zum einen ging es um Trends im Messewesen, dargestellt am Beispiel der Messe München, und zum anderen um das Thema »Dienstleistungen und Standortentwicklung, eine Analyse am Beispiel Bayerns«.

Die Welt im Umbruch – die Messe im Wandel

Im Anschluss daran referierte Stefan Koller, Messe München GmbH, über die **Herausforderungen der globalen wirtschaftlichen Entwicklungen** auf das Medium Messe. Aufgrund der relativ hohen Wachstumsdynamik in den asiatischen Ländern wie China und Indien sowie in Osteuropa entstanden große Absatzmärkte, denen nicht nur Wirtschaftsunternehmen verstärkt ihre Aufmerksamkeit schenken, sondern auch Dienstleistungsunternehmen wie Messegesellschaften. Durch Errichten und Betreiben von Messeplätzen im Ausland, Ausbau von Auslandsmessegesellschaften, Gründung von neuen Auslandsmessen bzw. Internationalisierung von Eigenveranstaltungen treten Messegesellschaften zunehmend in den »neuen« ausländischen Wachstumsmärkten auf. Durch eine starke Präsenz im Ausland wird nicht nur die Ansprache des ausländischen Besucher- und Ausstellerpotentials optimiert, sondern auch die inländische Standortsicherung forciert. Koller wies am Beispiel der beiden internationalen Münchner Leitmessen *analytica* und *electronica* darauf hin, dass infolge der Internationalisierung dieser beiden Messen die Besucher- und Ausstellerzahlen aus Ostasien auf der jeweiligen Münchner »Muttermesse« deutlich angestiegen sind. Zur Stärkung der eigenen Wettbewerbsposition bauen die Messegesellschaften zudem ihr Dienstleistungsangebot aus. So werden beispielsweise Serviceleistungen wie Reiseorganisation, Standbetreuung oder Standplanung übernommen, Internet-Portale eingerichtet, Mailing-Dienstleistungen installiert (wie zielgruppenspezifische Einladungen der Besucher) und Foren (z.B. Job-Börsen) im Zusammenhang mit Messeveranstaltungen angeboten. Die Messegesellschaften entwickeln sich zum Full-Service-Dienstleister. Zum Schluss thematisierte Koller noch den konjunkturellen Einfluss auf das Messegeschehen. Die konjunkturelle Lage wirkt sich vor allem auf das

Messebesucherverhalten aus. Generell ist aber zu berücksichtigen, dass die Intensität des Konjunkturlinflusses vom Stellenwert der Messe geprägt wird. Je bedeutender eine Messe für die Branche ist (Branchenleitmesse), desto unabhängiger von der konjunkturellen Situation ist die betreffende Messeveranstaltung. Oberste Priorität für eine Messegesellschaft ist es daher, Branchenleitmessen zu kreieren und diese zu stärken und zu festigen.

Dienstleistungen und Standortentwicklung

Nach Johannes Glückler, Universität Heidelberg, verdienen Dienstleistungen eine stärkere Berücksichtigung in regionalen Entwicklungsstrategien. Dienstleistungen sind jedoch nicht gleich Dienstleistungen. Die herkömmliche statistische Gruppierung in die verschiedenen Kategorien von Dienstleistungen ist nach Glückler jedoch nicht ausreichend, um standortpolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Er schlägt eine neue Einteilung in fünf Typen von Dienstleistungen vor:⁴

Typ 1: Operative Haushaltsdienstleistungen,
 Typ 2: Wissensintensive Haushaltsdienstleistungen,
 Typ 3: Operative Unternehmensdienstleistungen,
 Typ 4: Wissensintensive Unternehmensdienstleistungen,
 Typ 5: Technologie- und wissensintensive Unternehmensdienstleistungen.

Nach Glückler wuchsen nur die operativen Unternehmensdienstleistungen in allen Bundesländern. Vor allem in den neuen Bundesländern traten dagegen im Untersuchungszeitraum 1999–2006 Beschäftigungsverluste in den wissensintensiven Wachstumssektoren auf. Der Süden – Baden-Württemberg und Bayern – konnte in allen fünf Dienstleistungskategorien in diesem Zeitraum 1999–2006 Beschäftigungszuwachse verzeichnen.

Jeder Dienstleistungstyp hat eine geographische Dynamik der Beschäftigungsverteilung. Während wissensintensive Dienstleistungen ihre Konzentration in Städten aufweisen, breiten sich technologische und operative Unternehmensdienstleistungen im Raum aus.

Als Fazit für die Standortpolitik folgt: Nicht nur Metropolen haben Zukunft als Standorte der Dienstleistungsökonomie.

⁴ Zu den fünf neuen Kategorien gehören im Einzelnen folgende NACE-Gruppen:
 Typ 1) 40.1, 40.2, 40.3, 41.0, 50.1–50.5., 51.1–51.9, 52.1, 52.2., 52.4–52.7, 55.1–55.5, 60.1, 60.2, 61.2., 62.1, 63.1–63.4, 75.1, 75.3, 80.1, 85.3, 90.0, 91.1, 91.2, 91.3, 92.6, 92.7, 93.0
 Typ 2) 52.3, 60.3, 61.1, 52.2., 52.3, 65.1, 65.2, 66.0, 75.2, 80.2, 80.3, 80.4, 85.1, 85.2, 92.5
 Typ 3) 64.1, 67.2, 70.2, 70.3, 71.1–71.4, 74.5–74.8
 Typ 4) 22.2, 64.3, 67.1, 70.1, 74.1, 74.4, 92.1–92.4
 Typ 5) 72.1–72.6, 73.1, 73.2, 74.2., 74.3.

Am Rande und außerhalb der Verdichtungsräume ergeben sich neue Optionen vor allem im Bereich operativer Unternehmensdienste.

Konjunkturabschwung – Herausforderung an Unternehmen und Politik

Den Abschluss der Konferenz bildete ein Vortrag von Michael Blatz, Partner Roland Berger Strategy. Seine Kernthesen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Finanzkrise wurde in ihrer Auswirkung anfangs massiv unterschätzt. Ein genereller Abschwung war für die deutsche Wirtschaft aber bereits länger zu sehen – aus branchenbezogenen Gründen etwa oder wegen der Entwicklung der Rohstoffpreise. Die Finanzkrise hat uns für den Abschwung sensibilisiert und den Abschwung selber dynamisiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung für 2009 ist für Deutschland schwer vorherzusagen, weil die Signale (zum Beispiel aus dem Einzelhandel, dem Maschinenbau, aus M&A-Aktivitäten) sehr unterschiedlich sind. Viele negative Nachrichten sind wahrscheinlich auch taktisch bedingt (wegen Tarifverhandlungen, zur Verbesserung der Ergebnisse im nächsten Geschäftsjahr). Dementsprechend reichen die Konjunkturprognosen vom schwächeren Wachstum bis hin zu einer tiefen Rezession.

Auch das internationale Bild ist unklar. Die USA sind mit Sicherheit in der Krise. Die Entwicklung in wichtigen Schwellenländern wie China und Indien zeigt erste negative Seiten – ebenso in Russland. Reichen die staatlichen Eingriffe für eine Stabilisierung?

2009 wird schwierig und unsicher. Sechs Handlungsempfehlungen für Unternehmen lassen sich geben:

1.) Selbstbewusst in die Krise gehen!

In den vergangenen Jahren wurde viel erreicht. Die Verfassung der meisten deutschen (und europäischen) Unternehmen ist gut. Das zeigen zum Beispiel die Rankings des World Economic Forum.

2.) Auf Stärken setzen!

Unternehmen, die ihre Systemkopf-Funktionen (Forschung und Entwicklung, Fertigungssteuerung, Marketing und Branding, Design sowie hochwertige Produktion) gezielt stärken und in den Mittelpunkt ihrer Strategie rücken, schneiden dauerhaft am besten ab.

3.) Kurzfristig absichern!

Keiner weiß genau, was in den nächsten Wochen oder Monaten passieren wird. Unternehmen müssen sich deshalb

gegen kurzfristige Überraschungen (vor allem finanzielle Belastungen) wappnen, selbst wenn sie (noch) nicht an eine lang anhaltende Krise glauben. Und das bedeutet konkret:

- striktes Cash Management.
- striktes Forderungsmanagement,
- Optimierung der Corporate Finance.

4.) Vorbereitet sein!

Die Finanzkrise wird wahrscheinlich nicht nur kurzfristige Überraschungen bringen, sondern das Geschäft unter Umständen längerfristig belasten. Dafür können sich Unternehmen fit machen:

- Effizienzpotentiale identifizieren und heben,
- Überprüfung der M&A- und der Investmentstrategie,
- Überprüfung des Beteiligungsportfolios,
- Überprüfung des Produktportfolios,
- Planungsspielraum schaffen,
- Stress-Test durchführen,
- Vertrauen im Markt stabilisieren (angemessene Kommunikation).

5.) Wachstum nicht aufgeben!

6.) Wertmanagement betreiben und durch verlässliche Informationspolitik gegenüber den Mitarbeitern **Vertrauen innerhalb des Unternehmens schaffen**.

Auch die Politik spielt eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Krise. Rettungspaket und Änderungen am Insolvenzrecht/an Bilanzierungsregeln sind zu loben. Was bleibt, sind aber die grundlegenden strategischen Themen:

- Entbürokratisierung,
- Bildung und Wissenschaft,
- Energieeffizienz und Klimaschutz,
- Diversity.

Die Trends, die diese Themen vorantreiben, laufen weiter:

- Globalisierung,
- der demographische Wandel,
- der Klimawandel.

Die langfristigen Folgen der Finanzkrise werden sein:

- eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft von Markt und Wirtschaft hin zum Staat. Dadurch gerät die Dynamik in der Wirtschaft in Gefahr. Der Staat darf nicht überziehen!
- Europa wird gegenüber den USA an Gewicht gewinnen, weil die USA in der Krise an Glaubwürdigkeit verloren haben. Die langfristige Orientierung Europas ist wieder attraktiv.

Nur wenige Jahre lang hat sich die Werbebranche von dem erheblichen Wachstumseinbruch nach der Dotcom-Krise erholen können. Jetzt steht die konjunkturabhängige Werbung erneut vor einem Abschwung. 2009 wird ein schwieriges Jahr werden für die Werbemedien und die Werbetreibenden.

Für manche ist es die Branche »des ewig schönen Scheins«. Die Branche selbst versteht sich selbst als »absatzfördernde Kommunikationsdienstleistung«. Tatsache ist, dass Werbung zur Massenproduktion und zum Massenkonsum gehört, mit denen sie einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat und mit denen sie zu einem bedeutenden Wirtschaftssegment geworden ist. Nach Berechnungen und Schätzungen des Zentralverbands der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) belief sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in der Werbung im Jahr 2007 auf ca. 563 000 Personen (vgl. Tab. 1). Jedoch eine anhand klarer Kriterien abgrenzbare und identifizierbare Werbebranche gibt es nicht. Die vom ZAW verwendete Abgrenzung ist wertschöpfungsorientiert und berücksichtigt außer den Unternehmen mit dem Geschäftszweck Werbung auch Werbefunktionen in nicht überwiegend werbeorientierten Unternehmen sowie Zulieferbeziehungen. Somit umfasst die Werbewirtschaft neben den Werbeagenturen und den anderen Werbegestaltern auch Teile der Medien, sowie Werbeforschung und werbeabhängige Bereiche des Papier- und Druckgewerbes. Dadurch entstehen Zuordnungsprobleme, die eine Unschärfe in die Quantifizierung der Branche bringen. Beson-

ders auffällig wird das bei den statistisch schwer erfassbaren Arbeitsplätzen im Telefonmarketing der Call-Center, die der ZAW in die Beschäftigtenzahl einrechnet. Andererseits dürften jedoch Beschäftigte, die Online-Werbung betreiben, nur unzureichend berücksichtigt sein, weil über ihre Anzahl und Zuordnung zu wenig bekannt ist.

Über die Höhe der Werbeinvestitionen gibt die amtliche Statistik keine Auskunft. Man muss auf andere Quellen zurückgreifen, will man wissen, wie viel die deutsche Wirtschaft jährlich für den Werbeaufwand ausgibt. Die Werbeinvestitionen werden jährlich vom ZAW erhoben und berechnet (vgl. Tab. 2). Sie umfassen die Nettowerbeeinnahmen der Medien und Werbeträger sowie die Honorare und Gehälter der Werbeabteilungen und externen Werbeagenturen plus die Ausgaben für die Produktion von Werbemitteln (z.B. Herstellung von Werbespots).¹ Rund zwei

¹ Eine weitere gebräuchliche Werbekennzahl sind die Bruttowerbeaufwendungen der Wirtschaft, die auf Listenpreisen basieren und von dem Marktforschungsunternehmen Nielsen Media Research berechnet werden. Da, anders als bei den Nettowerbeaufwendungen Rabatte und Sonderkonditionen aus den Bruttoangaben nicht herausgerechnet sind, sind sie für die vorliegende Analyse weniger aussagekräftig.

**Tab. 1
Beschäftigte in der Werbewirtschaft 2007**

| Bereich | Beschäftigte | |
|--|----------------|-------------------------------|
| | Anzahl | Veränderung gegenüber Vorjahr |
| Kernbereiche des Werbegeschäfts: ^{a)} | 186 796 | 1,5 |
| Auftraggeber (Werbeabteilungen bei Industrie, Handel und Dienstleistern) | 37 803 | 1,5 |
| Werbegestaltung (Werbeagenturen, Fotografen, Graphiker, Schauwerber etc.) | 134 570 | 1,4 |
| Werbemittelverbreitung (Verlage, Funk, Fernsehen, Plakatanschlagunternehmen) | 14 423 | 2,7 |
| Korrespondierende Bereiche: | 375 923 | 11,4 |
| Zulieferbereiche ^{b)} (Papierwirtschaft, Druckindustrie etc.) | 165 923 | - 1,0 |
| Telefonmarketing (nur Call-Center-Plätze, pro Arbeitsplatz durchschnittlich zwei Beschäftigte) | 210 000 | 23,5 |
| Beschäftigte insgesamt | 562 719 | 7,9 |

^{a)} Werbefachleute in den angegebenen Sektoren. – ^{b)} Von der Werbewirtschaft abhängige Arbeitsplätze.

Quelle: Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW).

Tab. 2
Werbeinvestitionen^{a)} und Nettowerbeeinnahmen^{b)} erfassbarer Werbeträger

| Jahr | 200/0 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
|----------------------------------|------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | Mill. Euro | | | | | | | |
| Werbeinvestitionen insg. | 33 210 | 31 490 | 29 690 | 28 910 | 29 620 | 29 600 | 30 230 | 30 780 |
| Nettowerbeeinnahmen: | | | | | | | | |
| Tageszeitungen | 6 556,6 | 5 642,2 | 4 936,7 | 4 454,9 | 4 502,3 | 4 476,6 | 4 532,9 | 4 567,4 |
| Fernsehen | 4 705,1 | 4 469,0 | 3 956,4 | 3 811,3 | 3 860,4 | 3 929,6 | 4 114,3 | 4 155,8 |
| Werbung per Post | 3 383,5 | 3 255,8 | 3 334,7 | 3 303,9 | 3 398,4 | 3 398,1 | 3 318,9 | 3 347,3 |
| Anzeigenblätter | 1 791,9 | 1 751,0 | 1 702,0 | 1 746,0 | 1 836,4 | 1 898,0 | 1 943,0 | 1 971,0 |
| Publikumszeitschriften | 2 247,3 | 2 092,5 | 1 934,8 | 1 861,5 | 1 839,2 | 1 791,4 | 1 855,9 | 1 822,5 |
| Verzeichnis-Medien ^{c)} | 1 268,0 | 1 269,4 | 1 249,9 | 1 219,5 | 1 195,7 | 1 197,0 | 1 198,6 | 1 214,3 |
| Fachzeitschriften | 1 267,0 | 1 074,0 | 966,0 | 877,0 | 865,0 | 902,0 | 956,0 | 1 016,0 |
| Außenwerbung | 746,2 | 759,7 | 713,5 | 710,0 | 720,1 | 769,1 | 787,4 | 820,4 |
| Hörfunk | 732,9 | 678,0 | 595,1 | 579,2 | 618,0 | 663,7 | 680,5 | 692,1 |
| Online-Angebote ^{d)} | 153,4 | 185,0 | 227,0 | 246,0 | 271,0 | 332,0 | 495,0 | 689,0 |
| Wochenzeitschriften | 277,6 | 286,7 | 267,8 | 225,1 | 239,5 | 252,8 | 260,2 | 269,7 |
| Filmtheater | 175,1 | 170,2 | 160,5 | 160,7 | 146,8 | 132,4 | 117,5 | 106,2 |
| Zeitungsbeilagen | 67,6 | 89,5 | 96,8 | 85,5 | 90,0 | 91,0 | 89,9 | 89,5 |
| Gesamt | 23 372,3 | 21 723,0 | 20 141,2 | 19 280,5 | 19 582,8 | 19 833,7 | 20 350,0 | 20 761,2 |

^{a)} Honorare und Gehälter der Werbeabteilungen und externer Werbeagenturen, Ausgaben für Produktionskosten von Werbemitteln plus Nettowerbeeinnahmen der Medien. – ^{b)} Werbeeinnahmen nach Abzug von Mengen- und Malrabatten sowie Mittlerprovisionen, ohne Produktionskosten. – ^{c)} Nach Skonti, vor MwSt., inkl. rund 10% MwSt. – ^{d)} Fremdwerbung in Online-Diensten, ohne Suchwort- und Affiliatevermarktung.

Quelle: ZAW-Jahrbuch »Werbung in Deutschland 2008«.

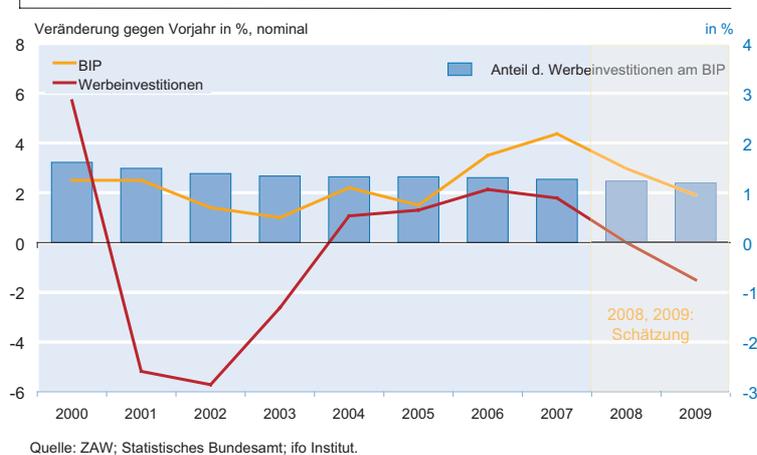
Drittel der Werbeausgaben entfallen auf die Einnahmen der Medien und Werbeträger. Gemessen an den Nettowerbeeinnahmen waren 2007 die Tageszeitungen und das Fernsehen die wichtigsten Werbeträger (22 und 20% aller Einnahmen). Danach folgen Werbung per Post (16%) und Anzeigenblätter (9%). Umstritten ist die Bedeutung von Online-Werbung im Mediamix. Das Internet ist in relativ kurzer Zeit zu einem starken Werbemedium aufgestiegen, aber ob es sich um einen unaufhaltsamen Siegeszug auf Kosten der anderen Medien handelt, ist bei Branchenkennern heftig umstritten. Der ZAW spricht von einem nur allmählichen Aufstieg des Mediums als Werbeträger, der keine ausgeprägten Verschiebungen der Marktanteile mit sich gebracht hat (vgl. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft 2008, 15 ff.). Dagegen sehen die Digital-Fans einen schnellen digitalen Durchbruch voraus. Bereits in wenigen Jahren könnten die Investitionen in die Online-Werbung die Ausgaben für Fernsehwerbung übertreffen (vgl. Feldmeier 2008). Schein und Sein sind hier kaum zu trennen. Tatsächlich hat sich über Jahre hinweg der Status quo weitgehend bestätigt. Die klassischen Medien konnten ihre Substanz halten, aber die Marktanteile der Medien am Werbegeschäft deuten eine Bewegung an. Trotz der im Allgemeinen stagnierenden Marktentwicklung ist der Online-Bereich deutlich gewachsen. Da das Internet für junge Zielgruppen zu einer wichtigen Werbepattform geworden ist, wird sich mit dem kontinuierlichen Generationenwechsel auch der Mix der Werbemedien verändern. Dennoch dürften die gedruckten Werbeträger und die Werbe-

spots, auch wenn die Menge abschmilzt, den Medienmarkt in Deutschland noch lange dominieren.

Konjunkturabhängige Werbung

Gegenwärtig ist es aber nicht der Strukturwandel der Branche Sorgen macht, sondern die Konjunkturentwicklung. Werbung ist ein stark konjunkturabhängiges Geschäft und Marketingausgaben entwickeln sich in der Regel prozyklisch. Bei einem Anstieg der inländischen Produktion und Nachfrage ziehen auch die Ausgaben für Werbung an und sobald sich die Absatzlage verschlechtert, reagieren viele Unternehmen mit Einsparungen in diesem Bereich. Werbeetats werden somit häufig als Puffer benutzt, über den relativ zügig auf verringerte Einnahmen reagiert werden kann. Der schwerste Einbruch der Werbeausgaben in der jüngeren Vergangenheit hatte die erfolgsverwöhnte Branche in den Jahren 2001 und 2002 ziemlich unvorbereitet getroffen. Der Rückgang der Werbeinvestitionen fiel deutlich höher aus, als es angesichts der allgemeinen Wachstumszahlen zu erwarten gewesen wäre (vgl. Abb. 1). Zwar geriet die deutsche Wirtschaft in der zweiten Hälfte 2001 in die Rezession, das nominale Bruttoinlandsprodukt wuchs übers Jahr aber immer noch um 2,5% (real: + 1,2%), während die Werbeinvestitionen mit – 5,2% regelrecht einbrachen. Die Branche wurde durch das Platzen der »Dotcom-Blase« und die Folgen der Anschläge vom 11. September 2001 besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen. Unter anderem gin-

Abb. 1
Bruttoinlandsprodukt und Werbeinvestitionen



gen 2001 die Werbeausgaben für Touristik um rund 9% und die für Finanzdienstleistungen um 12% zurück. Der Schrumpfungprozess der Werbeinvestitionen wurde erst 2004 gestoppt. Dennoch, bisher konnte das hohe Niveau des Jahres 2000 nicht wieder erreicht werden, und es ist unwahrscheinlich, dass das in absehbarer Zeit gelingen wird. Die Ausgaben für Werbung lagen 2007 noch rund 7% unter dem Niveau von 2000, und der Anteil der Werbeinvestitionen am BIP ist von 1,6% (2000) auf 1,3% (2007) zurückgegangen.

Im Abschwung dabei

Im Herbst 2008 sind die wirtschaftlichen Aussichten düster. Wurde der deutschen Volkswirtschaft vor kurzem noch attestiert, sie befinde sich »am Rande einer Rezession« (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose), sei »im Sog der Finanzkrise« und »im Abschwung« (Sachverständigenrat), hat sie jetzt Gewissheit. Nach den neuesten Angaben des Statistischen Bundesamts ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2008 gegenüber dem Vorquartal real um 0,5% gesunken.² Werbung kann sich nicht gegen den Abschwung stemmen. In den Marketingabteilungen ist die Stimmung schlechter geworden, und das schlägt auf die gesamte Werbewirtschaft durch. Die Indikatoren sind gleichgerichtet: Erstmals nach vier Jahren meldet die Branche, dass die Nachfrage nach Werbefachleuten wieder rückläufig sei. Zeitschriftenverlage spüren die allgemein angespannte Lage schon seit Monaten und müssen mit Anzeigenrückgängen von Banken, Versicherungen und Autoherstellern zurechtkommen. Die Umsätze der Werbeagenturen, die nach Angaben des Verbands der Kommunikationsagenturen im Jahr 2007 durchschnittlich ein Wachstum von rund 4% verzeichnen konnten, werden 2008 allenfalls noch um

rund 2% zulegen. Die Werbeinvestitionen insgesamt bewegen sich im laufenden Jahr bei rückläufigen Werbeausgaben vor allem im Bereich der Printmedien und bei einer Wachstumsschwäche in der Werbegestaltung stark in Richtung Stagnation.

Die Aussichten der Werbewirtschaft für das Jahr 2009 sind überwiegend düster. Dabei wird vieles im nächsten Jahr davon abhängen, wie sich der private Konsum entwickelt. Sollte er, wie es im Basisszenario der Gemeinschaftsdiagnose angenommen wird, die Konjunktur stützen, weil die verfügbaren Einkommen selbst bei der schlechter werdenden Lage am Arbeitsmarkt noch expandieren, dann wird das dämpfend auf den Rückgang der Werbeinvestitionen einwirken. Zu-

dem könnten konsumorientierte Elemente eines Konjunkturprogramms, wie sie jetzt beim Kauf von Neuwagen in Aussicht gestellt sind, die Herstellerkonkurrenz und damit die Marktkommunikation stärken. Die Signale aus den Marketingabteilungen deuten jedoch auf Zurückhaltung. Desgleichen hat sich das Geschäftsklima bei den Druckereien verschlechtert, was sehr stark auf einen einbrechenden Print-Werbemarkt zurückzuführen ist. Eine genaue Prognose ist in der gegenwärtigen Situation riskant, aber auf Basis der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose vorgelegten Prognose des BIP und der beobachteten, leicht rückläufigen Anteile der Werbeinvestitionen am BIP, muss 2009 mit negativen Veränderungsdaten von mindestens 1 bis 2% gerechnet werden. Es wird also auch für die Werbebranche ein schwieriges Jahr werden.

Literatur

- Feldmeier, S. (2008), »Das Ende der Budget-Silos«, *Werben&Verkaufen* (29), 40.
Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW, 2008), *Werbung in Deutschland 2008*, Verlag edition, Berlin.

² Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Dieser kurze Länderüberblick schließt sich einer Reihe¹ an, die einige bedeutende Industrie- und Schwellenländer anhand wichtiger Globalisierungsindikatoren präsentiert. Die Darstellung der brasilianischen Wirtschaftsdaten bezieht sich auf die Jahre 2001 bis zum aktuellen Rand. Um die Vergleichbarkeit zu gewähren, wird auf internationale Statistiken zurückgegriffen.

Eckdaten

Mit einer Landfläche von 8,5 Mill. km² ist Brasilien das größte Land Südamerikas. Die brasilianische Bevölkerung wird aktuell auf 192 Millionen geschätzt. Die Daten weisen auf einen leicht positiven Wachstumstrend hin. In der Periode von 1995 bis 2000 wanderten netto 210 000 Brasilianer ins Ausland ab. In der Folgeperiode bis 2005 hat sich die Nettoauswanderung auf 229 Mill. Personen erhöht. Der Anteil der Migranten an der Bevölkerung Brasiliens betrug im Jahr 2005 0,34% (2000: 0,39%) (vgl. CIA 2008 und Weltbank 2008).

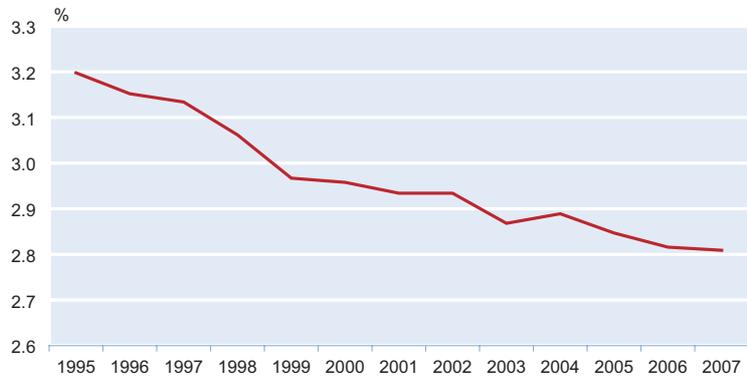
Das Bruttoinlandsprodukt

Brasilien hat im Jahr 2007 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1 314 Mrd. US-Dollar in laufenden Preisen erzielt (2001: 554 Mrd. US-Dollar). Gemessen in Kaufkraftparitäten entspricht dies einem Wert von 1 837 Mrd. US-Dollar (2001: 1 277 Mrd. US-Dollar). Somit lag der Anteil Brasiliens am weltweit erzielten BIP 2007 nur noch bei 2,8% (vgl. Abb. 1). Der durchschnittliche brasilianische Bürger hat im Jahr 2007 einen Wert von 9 703 US-Dollar, gemessen in Kaufkraftparitäten, erwirtschaftet. 2001 wies die Statistik noch ein BIP je Einwohner in Höhe von 7 346 US-Dollar aus. So ist das durchschnittliche Einkommen um 32,1% von 2001 nach 2007 gewachsen (vgl. IWF 2008a).

Der Welthandel und Indikatoren der Handelsbilanz

Ein Blick auf die Handelsbilanz zeigt eine zunehmende Bedeutung Brasiliens für den Welthandel, wenn auch auf

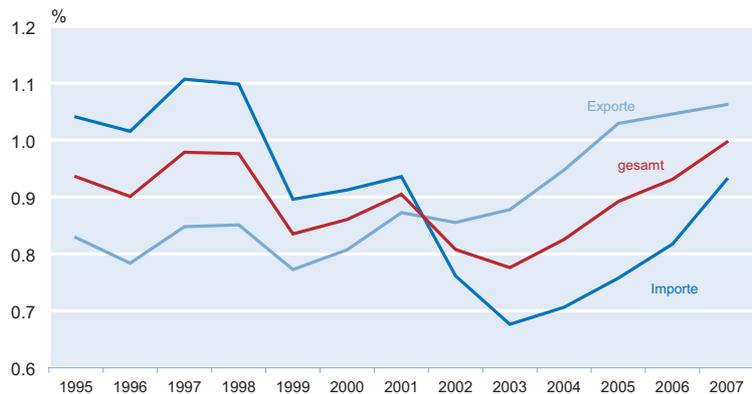
Abb. 1
Brasilianischer Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt^{a)}



^{a)} Gemessen in Kaufkraftparitäten.

Quelle: IWF, WEO Oktober 2008.

Abb. 2
Entwicklung der brasilianischen Welthandelsanteile^{a)}



^{a)} Waren und Dienstleistungen.

Quelle: WTO, ITS 2008.

geringem Niveau. Im Jahr 2001 wurden sowohl die Exporte als auch die Importe mit einem Wert von rund 70 Mrd. US-Dollar bewertet. Die jeweiligen Weltanteile lagen in dem Jahr bei 0,9%. Zum Jahr 2007 hin haben sich die Exporte stärker entwickelt. Ein Wert von 183 Mrd. US-Dollar wurde 2007 ins Ausland exportiert. Die Importe werden mit 161 Mrd. US-Dollar ausgewiesen. Die Veränderung der Weltanteile ist unbedeutend (vgl. Abb. 2). Der brasilianische Anteil am weltweiten Export betrug 2007 1,1%.

Das Verhältnis der Summe aus Exporten und Importen zum BIP, der reale Offenheitsgrad, hat sich in der betrachteten Periode nur minimal verändert. So ist der Offenheitsgrad von 25,5% (2001) auf 26,2% (2007) angestiegen. In einer längerfristigen Betrachtung lässt sich hingegen die zunehmende Bedeutung der Ex- und Importe für die brasilianische Wirtschaft feststellen.

¹ Im ifo Schnelldienst Nr. 17/2008 wurde zu Beginn der Länderpräsentationen Deutschland vorgestellt (vgl. Zeiner 2008a). Es folgten die Beiträge zu China im ifo Schnelldienst 18/2008 (vgl. Zeiner 2008b) und zu den USA im ifo Schnelldienst 21/2008 (vgl. Zeiner 2008c). Zum Begriff Globalisierung vgl. ebenfalls Zeiner (2008a, FN 1).

Tab. 1
Brasilien: ausgewählte Länderindikatoren

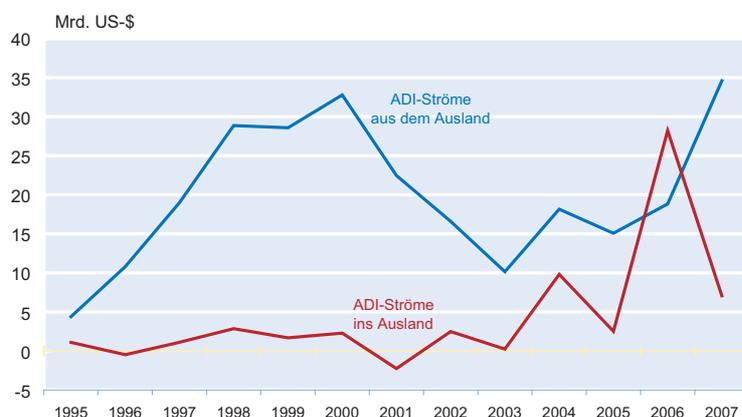
| Eckdaten | 8,5 Mill. km ² 192 Mill. | | |
|--|--|-------------|-------------------------------|
| Landfläche | | | |
| Bevölkerung | | | |
| | 2000 | 2005 | 2000–2005^{a)} |
| Immigranten (Anteil an der Gesamtbevölkerung) | 0,4 | 0,3 | – 12,7 |
| Nettomigration in Tausend | – 210 | – 229 | – 9,1 |
| | 2001 | 2007 | 2001–2007^{a)} |
| BIP (Mrd. US-\$, KKP ^{b)}) | 1 277 | 1 837 | 43,9 |
| BIP pro Einwohner (US-\$, KKP) | 7 346 | 9 703 | 32,1 |
| Anteil am Welt-BIP (% KKP) | 2,9 | 2,8 | – 4,3 |
| Handelsbilanz | 2001 | 2007 | |
| Exporte ^{c)} (Mrd. US-\$) | 67 | 183 | |
| Importe ^{c)} (Mrd. US-\$) | 74 | 161 | |
| Offenheitsgrad (%) | 25,5 | 26,2 | |
| Welthandelsanteil (%) | 0,9 | 1,0 | |
| Handelsbilanzsaldo (Mrd. US-\$) | – 8 | 22 | |
| Kapitalbilanz | 2001 | 2007 | |
| Devisenhandel (Mrd. US-\$) | 5 | 5 | |
| Anteile des brasilianischen Real an allen Devisentransaktionen (%) | 0,4 | 0,4 | |
| Ausländische Direktinvestitionen^{d)} | 2001 | 2007 | |
| Bestand (Mrd. US-\$) | 172 | 458 | |
| Offenheitsgrad | 31,0 | 34,9 | |
| Weltanteil | 1,3 | 1,5 | |
| Ströme (Mrd. US-\$) | 20 | 42 | |
| Offenheitsgrad | 3,6 | 3,2 | |
| Weltanteil | 1,3 | 1,1 | |
| Portfolioinvestitionen | 2001 | 2007 | |
| Aktiva (Mill. US-\$) | – 795 | 286 | |
| Passiva (Mill. US-\$) | 872 | 48 104 | |
| Offenheitsgrad | 0,3 | 3,7 | |

^{a)} Wachstum in Prozent. – ^{b)} Kaufkraftparitäten. – ^{c)} Waren und Dienstleistungen. – ^{d)} Summe inländischer und ausländischer ADI.

Quelle: BIZ; CIA; IWF; UNCTAD; Weltbank; WTO.

Abb. 3

Ausländische Direktinvestitionen



Quelle: UNCTAD, WIR 2008.

Nachdem die Handelsbilanz im Jahr 2001 noch einen negativen Saldo von – 7,5 Mrd. US-Dollar ausgewiesen hat,

investitionen von 328 Mrd. US-Dollar erreicht (2001: 122 Mrd. US-Dollar). Im Jahr 2007 erreichten somit 2,2% der welt-

hat sich Brasilien 2007 zum Nettoexporteur entwickelt. Es wurde 2007 ein Wert von 21,8 Mrd. US-Dollar ausgewiesen (vgl. WTO 2008 und IWF 2008a).

Der internationale Finanzmarkt und Indikatoren der Kapitalbilanz

Internationaler Devisenhandel

Die Bedeutung Brasiliens für den internationalen Kapitalmarkt ist gering. So wurden im Tagesdurchschnitt im April des Jahres 2001 bzw. 2007 gut 5 Mrd. US-Dollar in Form von Devisen umgesetzt. Der brasilianische Real nahm 2001 bzw. 2007 im Tagesdurchschnitt (April) an 0,4% aller Devisentransaktionen teil. Nach der BIZ-Rangliste liegt der Real auf dem 22. – und damit dem letzten – Platz (vgl. BIZ 2007).

Ausländische Direktinvestitionen

Um einen weiteren Indikator zur weltwirtschaftlichen Verflechtung Brasiliens darzustellen, werden hier die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) herangezogen. Neben den Beständen werden auch jährliche Stromgrößen in den Direktinvestitionsstatistiken erfasst.

Auf der einen Seite engagieren sich brasilianische Unternehmen im Ausland. Der Bestand dieser Outward-ADI wurde im Jahr 2007 mit 130 Mrd. US-Dollar bewertet. Im Jahr 2001 lag noch ein Bestand von 50 Mrd. US-Dollar vor. 2007 steuerte Brasilien somit einen Anteil von 0,8% zum weltweiten ADI-Outward-Bestand bei. Die entsprechende Stromgröße brasilianischer ADI weist die erwartete Volatilität auf. Im Durchschnitt kann festgehalten werden, dass seit dem Jahr 2001 brasilianische Unternehmen verstärkt ins Ausland investieren. So kann die Statistik 2007 einen Wert von 7 Mrd. US-Dollar ausweisen. Für Brasilien ergab sich so ein Anteil von 0,4% an den weltweiten Outward-ADI im Jahr 2007.

Auf der anderen Seite sind ausländische Unternehmen daran interessiert, in Tochtergesellschaften in Brasilien zu investieren. 2007 wurde ein Bestand ausländischer Direktinvestitionen von 328 Mrd. US-Dollar erreicht (2001: 122 Mrd. US-Dollar). Im Jahr 2007 erreichten somit 2,2% der welt-

weit getätigten Inward-ADI die brasilianische Wirtschaft. Die Entwicklung der Stromgröße dieser ADI lässt auf ein zurückgegangenes Investitionsinteresse ausländischer Unternehmen in den Jahren 2001 bis 2006 schließen. Erst im Jahr 2007 wurde wieder ein Wert von 35 Mrd. US-Dollar in der Statistik der Stromgrößen erfasst (vgl. Abb. 3). Dies entspricht einem Weltanteil von 1,9% (2001: 2,7%).

Als abschließende Bemerkung zu den ausländischen Direktinvestitionen und ihr Indikator zur weltwirtschaftlichen Verflechtung ist noch auf den Offenheitsgrad als Summe ausgehender und eingehender Direktinvestitionen im Verhältnis zum BIP zu betrachten. Der Offenheitsgrad auf Basis der ADI-Bestände für das Jahr 2007 lag bei 34,9%. 2001 waren es 31,0%. Auf Basis der addierten ADI-Ströme ergab sich für 2007 ein Offenheitsgrad von 3,2% (2001: 3,6%) (vgl. UNCTAD 2008 und IWF 2008a).

Portfolioinvestitionen

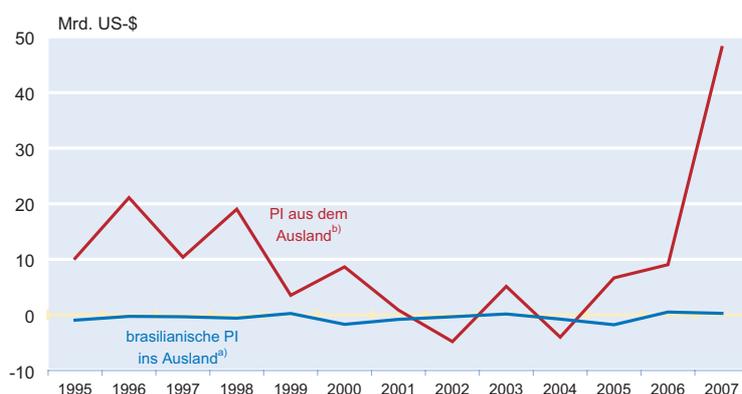
Kurzfristig orientierte grenzüberschreitende Anlageinvestitionen werden durch die Portfolioinvestitionen in der Kapitalbilanz erfasst. Brasilianische Investoren, die Kapital im Ausland anlegen, sind zuletzt zurückhaltender geworden. Im Jahr 2001 investierten sie noch 795 Mill. US-Dollar im Ausland. 2007 haben sie ihre Anlagen um 286 Mill. US-Dollar reduziert. Auch die ausländischen Anleger agierten in den Jahren 2001 bis 2006 vorsichtiger. Erst im Jahr 2007 haben die Anleger wieder Vertrauen in die brasilianische Wirtschaft gezeigt. Es wurden Portfolioinvestitionen in Höhe von 48 Mrd. US-Dollar aus dem Ausland in Brasilien angelegt (vgl. Abb. 4).

Die Summe beider Bilanzseiten der Portfolioinvestitionen zum BIP ins Verhältnis gesetzt, ergibt den finanziellen Offenheitsgrad. Dieser erreichte 2007 3,7%. 2001 lag dieser Wert noch bei 0,3% (vgl. IWF 2008a und IWF 2008b).

Literatur

BIZ (2007), *Triennial Central Bank Survey*, Dezember 2007.
 CIA (2008), *The World Factbook*, Update: 10. Juni 2008.
 IWF (2008a), *World Economic Databases*, Oktober 2008.
 IWF (2008b), *International Financial Statistics*, 2008.
 UNCTAD (2008), *Foreign Direct Investment Database*, September 2008.
 Worldbank (2008), *World Development Indicators – Online*, Mai 2008.
 WTO (2008), *Statistics Database, International Trade Statistics*, November 2008.
 Zeiner, C. (2008a), »Ausgewählte Länder und ihre weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 61(17), 28-31.
 Zeiner, C. (2008b), »Ausgewählte Länder und ihre weltwirtschaftliche Verflechtung: China«, *ifo Schnelldienst* 61(18), 35-37.
 Zeiner, C. (2008c), »Ausgewählte Länder und ihre weltwirtschaftliche Verflechtung: die USA«, *ifo Schnelldienst* 61(21), 30-32.

Abb. 4
Portfolioinvestitionen (PI)



^{a)} Zunahme/Kapitalausfuhr (-) ^{b)} Zunahme/Kapitalausfuhr (+).

Quelle: IWF, IFS 2008.

ifo Forschungsberichte

- 23 *Fluktuationen des Wohnimmobilienmarktes. Mikroökonomische Grundlagen und makroökonomische Auswirkungen.*
Von S. Rady, V. Rußig. 200 S. 2004. € 28,-
- 24 *Die Besteuerung gemeinnütziger Organisationen im internationalen Vergleich.*
Von P. Friedrich, A. Kaltschütz, Ch.W. Nam. 378 S. 2005. € 20,-
- 25 *Identification of Available and Desirable Indicators for Patent Systems, Patenting Processes and Patent Rights.*
Von S. Lachenmaier. 49 S. 2005. € 14,-
- 26 *Auswirkungen familienpolitischer Instrumente auf die Fertilität.*
Von V. Meier. 50 S. 2005. € 18,-
- 27 *Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem.*
Von H. Hofmann, M. Werding. 197 S. 2005. € 30,-
- 28 *Berechnung der BIP-Elastizität öffentlicher Ausgaben und Einnahmen zu Prognosezwecken und Diskussion ihrer Volatilität.*
Von Th. Büttner, G. Flaig, A. Dehne, O. Hülsewig, P. Winkler. 100 S. 2006. € 20,-
- 29 *Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie.*
Von G. Nerb, H. Schmalholz, B. Frank, M. Gornig u.a. 348 S. 2006. € 20,-
- 30 *Ökonomische Auswirkungen umweltpolitischer Regulierungen. Eine Machbarkeitsstudie vor dem Hintergrund der Anforderungen der Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen (IVU-Richtlinie).*
Von T. Rave, U. Triebswetter. 161 S. 2006. € 20,-
- 31 *Tu felix Austria: Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Österreich und Deutschland im Vergleich.*
Von Th. Büttner, P. Egger, H. Hofmann, Chr. Holzner u.a. 98 S. 2006. € 20,-
- 32 *Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Sportwettmarkt auf die deutsche Volkswirtschaft.*
Von L. Hornuf unter Mitarb. von G. Britschkat, R. Lechner, G. Nerb. 51 S. 2006. € 40,-
- 33 *ifo Konjunkturumfragen und Konjunkturanalysen. Ausgewählte methodische Aufsätze aus dem ifo Schnelldienst.*
Von K. Abberger, G. Flaig, W. Nierhaus. 240 S. 2007. € 42,-
- 34 *Das Rentenmodell der katholischen Verbände.*
Von M. Werding, H. Hofmann, H.-J. Reinhard. 213 S. 2007. € 18,-
- 35 *Different approaches to implementation of the IPPC Directive and their impact on competitiveness. Some evidence from the steel and glass industry.*
Von T. Rave, U. Triebswetter. 271 S. 2007. € 25,-
- 36 *Positionierung der deutschen Industrie im globalen Konsolidierungsprozess.*
Von M. Reinhard, H. Schedl unter Mitarb. v. A. Buchwald, R. Henger. 144 S. 2007. € 25,-
- 37 *Industrienähe Forschungs- und Technologiepolitik der chinesischen Regierung.*
Von G. Nerb, M. Reinhard, Chr. Schmidkonz unter Mitarb. von S. Schönherr, M. Taube, C. Wasmer. 139 S. 2007. € 20,-
- 38 *Übertragbarkeit risikoabhängiger Alterungsrückstellungen in der privaten Krankenversicherung.*
Von V. Meier, M. Werding. 41 S. 2007. € 18,-
- 39 *Exportentwicklung und Exportpotenziale der bayerischen Außenwirtschaft.*
Von M. Larch, G. Nerb, R. Osterkamp. 240 S. 2007. € 20,-
- 40 *Sektorspezifische Regulierung: Transitorisch oder ad infinitum? Eine internationale Bestandsaufnahme von Regulierungsinstitutionen.*
Von H. Schedl, K. Sülzle. 124 S. 2008. € 15,-
- 41 *Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen.*
Von T. Büttner, F. Holm-Hadulla, R. Parsche, C. Starbatty. 213 S. 2008. € 25,-
- 42 *Fertility and Prosperity. Links Between Demography and Economic Growth.*
Von M. Werding, S. Munz, V. Gács. 280 S. 2008. € 23,-
- 43 *Valuation of Privatization in Europe by Experts and Stakeholders: Results of Explorative Surveys and Interviews. EU-supported Project Understanding Privatization Policy: Political Economy and Welfare Effects.* Von G. Nerb, S. Schönherr, B. Schroeder, L. Hornuf, J. Koenig, M. Mauch, J. Pahlke. 82 S. 2008. € 18,-
- 44 *Methoden der Steuerschätzung im internationalen Vergleich.*
Von Th. Büttner, B. Kauder. 210 S. 2008. € 20,-

Zu beziehen beim

ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Poschingerstr. 5, 81679 München

CESifo WORLD ECONOMIC SURVEY

VOLUME 7, No. 4

NOVEMBER 2008



WORLD ECONOMIC CLIMATE

World Economic Climate deteriorates further

ECONOMIC EXPECTATIONS

Assessments of the current economic situation and economic expectations again downgraded

INFLATION

Lower inflation expectations

INTEREST RATES

Decline expected

CURRENCIES

Euro seen overvalued to a lesser degree

SPECIAL TOPIC

Climate change policies and international trade

With the support of  International Chamber of Commerce
The world business organization


www.cesifo.de/wes



CESifo International Spring Conference 2009



Vorankündigung: Berlin 19.-20. März 2009

Die Frühjahrskonferenz der CESifo Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Themen zur Wirtschaft und zur Wirtschaftspolitik zu behandeln, die sich den vor uns liegenden Problemen widmen:

Im Jahr 2007 wurde unter der Überschrift:
“Europe’s Prospects in the Face of Slower Economic Growth”
der Frage nach den Auswirkungen der sich anbahnenden Finanzmarktkrise auf die Wirtschaft nachgegangen.

Im Jahr 2008 wurden unter der Überschrift:
“Europe’s Economy at a Crossroads”
die Ursachen der Finanzmarktkrise und der Konsolidierungsbedarf untersucht.

Im Jahr 2009 werden wir uns mit dem Thema beschäftigen:
“The Outlook for the World Economy After the Financial Market Crisis”
Hierbei werden der bisherigen Tradition folgend sowohl die Muster regionaler als auch sektoraler Entwicklungen analysiert.

Kontakt

Veranstaltungsleitung:

Herr Dr. Hans-Günther Vieweg

Tel: ++49-89-9224-1362

E-Mail: vieweg@ifo.de

<http://www.ifo.de/isc>

Organisation:

Frau Deirdre Hall

Tel.: ++49-89-9224-1410

E-Mail: hall@cesifo.de



ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

